

W. Becken

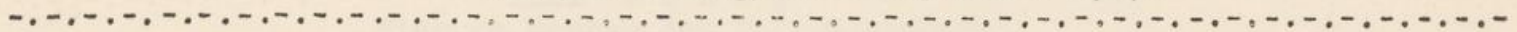
.....
Rekordbesuch in den städtischen Bädern. Der gestrige heisse Sonntag brachte den städtischen Sommerbädern ausserordentlich starken Besuch. Insgesamt wurden rund 65.000 Badegäste gezählt. Am besten besucht war das Strandbad Gänsehäufel; es verzeichnete rund 18.000 Badegäste. An zweiter Stelle steht das im Vorjahr eröffnete Sommerbad auf dem Kongressplatz in Ottakring mit ungefähr 11.000 Besuchern. Der stärkste Besuch in den städtischen Sommerbädern wurde am Sonntag, den 21. Juli verzeichnet. Damals waren am Gänsehäufel allein mehr als 20.000 Personen und die Gesamtzahl der städtischen Badegäste betrug ungefähr 70.000.

.....
Bezirksvertretung Margareten. Am Montag, den 9. September findet eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung statt. Beginn 5 Uhr nachmittags.

.....
Die letzten Viehmärkte. Wie die städtische Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der Woche vom 25. bis 31. August berichtet, wurden auf dem Rindermarkt 1.691 Stück Mastvieh und 748 Stück Beinlvieh zugeführt. Davon waren 1.367 Stück Mastvieh und 357 Stück Beinlvieh aus dem Ausland. Die Zufuhren auf dem Schweinemarkt betragen 10.683 Stück Fleischschweine und 4.102 Stück Fettschweine. 10.669 Stück Fleischschweine sowie die Fettschweine waren ausländischer Konvenienz. Der Rindermarkt war weit geringer beschickt als in der Vorwoche. Der grösste Ausfall geht auf Konto der weiteren Sperre von Produktionsgebieten in Rumänien. Auch die anderen Staaten sowie das Inland lieferten mit Rücksicht auf die Preisrückgänge der Vorwoche weniger. Das stark verringerte Angebot, insbesondere an guter Ware, brachte eine Preissteigerung für Ia Ochsen und Kühe um 10 g, mittlere Ware und mindere Kühe, sowie Beinlvieh um 5 bis 10 g, Stiere um 5 g per 1 Kilogramm. Die Mehrzufuhren auf dem Schweinemarkt sind hauptsächlich aus Jugoslawien; trotz der erhöhten Zufuhren blieben jedoch die Preise ziemlich auf der Höhe der Vorwoche, lediglich schwerere Fleisch- und Fettschweine minderer Qualität verbilligten sich um 5 g per 1 Kilogramm. Auf dem Jung- und Stechviehmarkt war der Verkehr langsam. Einzelne Preise gingen zurück.

.....
Autobusverkehr in der Messewoche. Während der Wiener Herbstmesse verkehrt die Autobuslinie 4 in der Zeit von 7 Uhr bis 19 Uhr 20 Minuten vom Westbahnhof über Messepalast - Neue Burg zur Rotunde und zurück. Die Wagenfolge beträgt 2 bis 5 Minuten, die Fahrzeit Messepalast - Neue Burg - Rotunde 18 Minuten.

Mr. Zielon

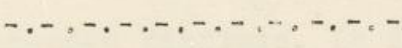


Dreitausend Arbeitersänger bringen dem Bürgermeister ein Ständchen.

Am Mittwoch feiert Bürgermeister Seitz seinen sechzigsten Geburtstag. Aus diesem Anlass brachte ihm heute abends der Gau Wien des Arbeitersängerbundes Oesterreichs ein Ständchen. Um 1/2 8 Uhr hatten ungefähr 3.000 Arbeitersänger vor dem Rathaus Aufstellung genommen. Trotzdem die Feier nicht angekündigt worden war ^{umsäumten} den weiten Rathausplatz viele Hunderte von Menschen, die dem Bürgermeister bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßten. Der Obmann des Gaues Wien Karl Becek ^{holte} mit den Vorstandsmitgliedern Karl Katzenschlager und Rudolf Hurka den Bürgermeister ein. Während der Bürgermeister in Begleitung der amtsführenden Stadträte auf der Freitreppe erschien, trugen die Sängerinnen den Chor "Sonntagslied" von Josef Scheu vor. Dann beglückwünschte Obmann Becek im Namen der Arbeitersänger den Bürgermeister. Nach dem Chor "Die Nacht" von Franz Schubert dankte der Bürgermeister den Sängern für die Glückwünsche.

"Ich bin ein alter Wiener", sagte der Bürgermeister, "und wenn man einem Wiener eine Freude machen will, singt man ihm ein Lied; darum freut es mich besonders, dass mich die Sänger zuerst begrüßt haben. Ich weiss, Ihr Gruss gilt nicht nur dem Bürgermeister, nicht nur dem Politiker, sondern vor allem dem Freund. (Stürmischer Beifall) Sie haben das Lied gesungen, das den Sonntag preist. Für den Menschen, der im öffentlichen Leben steht, ist eigentlich der Sonntag kein Sonntag. Er kommt jedoch der Tag, an dem man Rückschau hält auf das Leben, an dem man erkennt, dass man nicht umsonst gelebt hat, wenn man einer grossen Idee dient. Wir alle dienen einer grossen Idee, die Sänger mit ihrem Lied, das die Menschen durch das ganze Leben begleitet, andere mit den Worten und der Tat. Noch einmal Ihnen allen herzlichen Dank." (Brausende Hochrufe)

Die Sänger brachten noch Freiheitschöre zum Vortrag. Mit stürmischen Ovationen für den Bürgermeister wurde die eindrucksvolle Kungebung beendet.



RATHAUSKORRESPONDENZ:

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honary
Wien, am Montag, den 2. Septemb. 1929.

Sehr geehrte Redaktion!

Bürgermeister Karl Seitz vollendet am 4. September 1929 sein sechzigstes Lebensjahr. Wir geben Ihnen nachfolgend aus diesem Anlass eine kurze Biographie:

Karl Seitz Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien.

Geboren 4. September 1869, entstammt einer alten Wiener Bürgerfamilie. Er verlor als Kind seinen Vater, ein Weinbauer in Nussdorf, und wurde im städtischen Waisenhaus Galileigasse erzogen. Nach der Volksschule, die er im Liechtental besuchte, sollte er das Schneiderhandwerk erlernen, begann es, wurde auf Intervention des Gemeinderates Wilhelm Baecher, der seine Begabung erkannte, ins Lehrerseminar St. Pölten zur Ausbildung geschickt. Nach Absolvierung wird er als städtischer Unterlehrer angestellt; einige Zeit ist er auch Lehrer in einem Waisenhaus. Politische Tätigkeit und Lehrtätigkeit im Arbeiterbildungsverein. Er rief unter den Lehrern die Bewegung der "Jungen" ins Leben, ist einer der Gründer der "Freien Lehrerstimme". Er organisierte den Abwehrkampf gegen den von Vergani im Niederösterreichischen Landtag eingebrachten Änderungsantrag des Volksschulgesetzes (Reichsvolksschulgesetz), auch gegen alle anderen klerikalen Schulanträge, die von Ebenhoch, Gessmann etc. eingebracht wurden. Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde er wiederholt diszipliniert. Zuletzt war er Lehrer an einer Volksschule in Ottakring. Dort gründete er ein Lehrerhilfskomitee zur Speisung und Bekleidung armer Schulkinder. 1896 wurde er Obmann des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft, 1897 Mitglied des Bezirksschulrates. 1901 wird er vom Wahlkreis Floridsdorf-Stockerau in den Reichsrat entsendet. 1902 zieht er als erster und einziger Vertreter in den Niederösterreichischen Landtag ein. Seine Kenntnis des Parlamentsrechtes und seine Handhabung der Parlamentstechnik verschafft der sozialdemokratischen Fraktion ^{einen} über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehenden Einfluss. In den letzten Kriegsjahren ist er Vizepräsident des Abgeordnetenhauses und Präsident der kriegswirtschaftlichen Kommission. Nach Zusammenbruch der Monarchie ist er mit Hauser und Dinghofer Präsident der Nationalversammlung. Nach der Verfassung vom März 1919 wird er erster Präsident der konstituierenden Nationalversammlung und mit der Funktion des Staatsoberhauptes betraut. Nach den Wahlen 1920 übernimmt er die Leitung der soz. dem. Partei und der sog. dem. Parlamentsfraktion. Im Nationalrat ist er zweiter Präsident. Am 13. November 1923 wird er nach Jakob Reumann Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien. Seine persönliche Lebenswürdigkeit, seine Gabe des Ausgleichens von Gegensätzen, seine besonders in Debatten bedeutende Rednergabe wird gerühmt.

Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub ehrt den Bürgermeister.Antrag auf Ernennung zum Ehrenbürger!

Im Rathaus versammelten sich heute nachmittag die sozialdemokratischen Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Fürsorgeinstitutsvorsteher zu einer Festsitzung. Der Klubvorstand unterbreitete den Vorschlag, der für Freitag einberufenen Gemeinderatssitzung den Antrag vorzulegen, Bürgermeister Seitz aus Anlass der Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres zum Ehrenbürger zu ernennen. Der Klub stimmte unter grossem Beifall einhellig diesem Antrag zu. Inzwischen waren Bürgermeister Seitz und seine Frau in der Festsitzung erschienen, wo sie mit grosser Herzlichkeit aufgenommen wurden. Klubobmann Präsident Dr. Danneberg hielt an den Bürgermeister folgende Ansprache:

Wir sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre haben uns heute hier versammelt, um Ihnen unsere Glückwünsche zum sechzigsten Geburtstag darzubringen. Wir haben uns beeilt, möglichst die ersten zu sein, und wohl mit Recht. Wenn Sie auch erst sechs von sechzig Jahren in diesem Hause verbracht haben und wenn es uns auch nicht einfällt, zu bestreiten, dass Sie der ganzen Partei gehören und alles, was in der grossen vielfältigen österreichischen Arbeiterbewegung lebt und wirkt, ein Recht hat, sich mit Ihnen verbunden zu fühlen, so ist doch kein Zweifel, dass unter den Aufgaben, deren Bewältigung der Arbeiterklasse Deutschösterreichs zugefallen ist, die Verwaltung der Millionenstadt Wien eine der schwierigsten, aber auch der schönsten ist, weil sich an ihr die Schaffenskraft des Sozialismus zu bewähren vermag, und dass diese grosse Leistung mit Ihrer Persönlichkeit und mit Ihrer Wirksamkeit untrennbar verknüpft ist.

Aufbauarbeit im wahrsten Sinne des Wortes haben wir unsere Arbeit genannt. Und in der Tat, sie war es und sie ist es auch. Hat auch Wien im Kriege nicht unter den unmittelbaren militärischen Einwirkungen der Front gelitten, wie Paris und London, so hat der furchtbare Krieg die Bevölkerung dieser Stadt doch stärker mitgenommen, als die irgend einer anderen Grosstadt des Kontinents. Es schien eine schier unlösbare Aufgabe zu sein, in dieser Stadt der grössten Kindersterblichkeit, des Hungers, der Arbeitslosigkeit und der Kohlennot, der allgemeinen Verwahrlosung in dieser Stadt, deren Untergang viele Politiker nahe glaubten und manche Dichter schon geschildert haben, vor allem den Glauben an ihre Bestandfähigkeit zu wecken und die Kräfte zu sammeln, die für den Wiederaufbau nötig waren. In mancher bitterer Stunde, in der wir noch unter Reumann's Führung beisammen sassen, mochte man wirklich bezweifeln, ob der Weg nach aufwärts noch möglich ist. Wir haben das Schwerste überwunden und haben in den letzten sechs Jahren unter Ihrer Führung ein Werk vollbracht, das tiefste Befriedigung, Freude und Begeisterung bei Hunderttausenden in dieser Stadt erweckt hat, das auch den gerechten Gegnern Anerkennung abgerungen hat, das die Aufmerksamkeit der Fachleute des ganzen Erdenkreises auf sich gezogen hat.

Ein Prominenter der Gegenseite hat uns vor sieben Jahren in diesem Hause höhrend und drohend zugerufen: Die Steine werden reden und gegen uns zeugen! Jawohl, die Steine reden! Sie erzählen heute jedermann laut und vernehmlich, dass eine Zeit angebrochen ist, in der die Menschen anders wohnen sollen, als in den finsternen Löchern, die schlimmstes Spekulantentum den Volksmassen als Obdach geboten hat. Die Steine reden und erzählen, dass die Menschen in dieser Stadt gesund und froh sein wollen. Die Steine reden und erzählen, dass jedem Schwachen und Hilfsbedürftigen, dem Kind wie dem Greis, dem Kranken und Sorgenvollen eine Stätte bereitet sein soll. Die Steine reden und erzählen, dass in dieser Stadt den Kindern das Beste geboten werden und dass alle Tüchtigkeit, die in der Wiener Bevölkerung steckt, geweckt werden soll, um wirtschaftliche und kulturelle Kraft zu werden, zum Nutzen des Einzelnen und zum Heil des Ganzen.

Ein anderer Geist ist hier eingezogen, als früher hier gewaltet hat. Es gibt immer noch Leute, die von der guten, alten Zeit schwärmen und verneinen, dass echtes Wienertum identisch sei mit dem Geist jener Backhendelzeit, in der eine triviale Glückseligkeit spiessbürgerliches Ideal und für eine schmale Schichte auch Wirklichkeit war. Wir aber wissen, dass dieselbe Zeit für die vielen Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten in dieser Stadt eine Aera der Rechtlosigkeit, der politischen Aechtung und der grausamsten Verfolgungen war. Wir wissen, dass in dieser guten, alten Zeit die Glückseligkeit der einen auf der Glücklosigkeit der andern, die freie Zeit der einen auf dem Zwölfstundentage der andern aufgebaut war und dass die herrschenden Klassen ihr Gewissen durch eine Wohlfahrtspflege erleichterten, deren Geist und Umfang durch den Ursprung bedingt war: dass sie Gnaden spenden wollte.

Sie, Genosse Seitz, haben selbst diese Gnaden ausgekostet und die Erinnerung aus harten Kindheitstagen bewahrt.

Zehn Jahre sozialdemokratische Gemeindeverwaltung haben gezeigt, dass echtes Wienertum sich auch anders zu äussern vermag. Diese Mischung von echter Frönllichkeit und Frische mit der ausdauernden Kraft zu grossen Taten, die der Wiener Arbeiterbewegung das Gepräge gibt, sie ist in Ihnen lebendig und gehört zu Ihrer Persönlichkeit. Sie wird lebendig in allem, was hier geleistet und geschaffen wurde.

Ein Mann, wie Sie, der den Ablauf des letzten halben Jahrhunderts nicht nur vom Hörensagen und durch Studien, sondern aus eigener Erfahrung kennt, hat erst recht die Leidenschaft und die Kraft, die öffentlichen Dinge und die Sorgen der Massen anders zu behandeln, als das ehemals üblich war.

Sie haben selbst als hilfloses Kind die Einrichtungen, die die Stadt Wien damals zu bieten vermochte, in Anspruch nehmen müssen. Sie können sich aus eigener Erfahrung in das Schicksal der Aermsten und Hilflosesten hineindenken. Darum ist alles, was für die Kinder, was für die Jugend, was für die Schwachen und Kranken zu geschehen hat, Gegenstand Ihres besonderen Interesses.

Wir Aelteren, wir kennen alle noch den Karl Seitz, der als forscher Kämpfer, eben dreissig Jahre alt geworden, zum erstenmal als Kandidat der Partei in die politische Arena trat und sich bei den ersten Wahlen der vierten Kurie um das Gemeinderatsmandat der Inneren Stadt beworben hat. Es war ein aussichtsloses Beginnen. Wirksamkeit im Gemeinderat ist Ihnen damals versagt geblieben. Wir Aelteren kennen noch den Karl Seitz, der im harten Kampf in der privilegierten Städtekurie des alten Parlaments im Jahre 1901 als erster Bresche geschlagen hat. Wir kennen jenen Seitz, der als einziger Sozialdemokrat im niederösterreichischen Landtag den Kampf gegen eine brutale Mehrheit aufgenommen und sich in der ganzen Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen gewusst hat.

Wir kennen den Agitator Seitz, der es verstanden hat, ein wirklicher Aufklärer und Wecker der Massen zu sein, dessen Worte zünden und dem Sozialismus tausende und abertausende Anhänger geworben haben. Wir kennen Sie, Genosse Seitz, als einen der Führer der grossen Parlamentsfraktion, der neben Viktor Adler in dem Wirrwarr der acht Nationen und der fünfundzwanzig Parteien immer wieder Mittel und Wege gefunden hat, die Sache der Arbeiterklasse ein Stück nach vorwärts zu bringen.

Was Sie auf diesem Gebiet geleistet haben, reicht allein aus, ein Menschenleben im Dienste der Partei und des Sozialismus auszufüllen und ein grosses Vorbild zu sein.

Aber jeder, der Sie kannte, wusste auch damals schon, dass der Meister der Kritik, der grosse Taktiker der Opposition, der Organisator des Angriffskampfes auch das Zeug besitzt, nach einem siegreichen Krieg die eroberten Stellungen zu behaupten und eine ganz andere Arbeit zu leisten. So war es nicht das Ergebnis langwieriger Beratungen und umständlicher Prüfung, sondern eine Selbstverständlichkeit, dass in den Tagen des Umsturzes, als die Partei zu entscheiden hatte, wer an die Spitze des neuen Staatswesens treten soll, Sie Präsident geworden sind. So war es vor sechs Jahren keine Minute zweifelhaft, dass Sie Bürgermeister von Wien werden müssen, als Reumann uns seinen Entschluss mitteilte, dass er sich nach den Jahren schwerster Arbeit zurückziehen wolle.

Anders als früher sind in der heutigen Verfassung die Aufgaben des Bürgermeisters. Er soll nicht mehr ein Kingfou sein wie früher und auch nicht ein absolutistischer Beherrscher dieser Stadtverwaltung. Aber er soll auch nicht bloss eine nach oben abschliessende Figur sein, was nach den Buchstaben der Verfassung so scheinen könnte. Ihre kraftvolle Persönlichkeit hat diese Funktion gestaltet, wie sie sein soll: als eine wirkliche Repräsentanz der Stadt, nicht in dem Sinne langweiliger Formalitäten, sondern als eine Verkörperung der ganzen Arbeit, die hier geleistet wird, und des starken Wollens, dem diese Arbeit entspringt. Und wer einen Einblick in das innere Getriebe der Stadtverwaltung hat, der weiss, wieviel Anregungen Ihnen diese Arbeit verdankt und wie nicht nur

das Grosse, sondern auch jedes kleine Detail dieser ungeheueren Verwaltung Ihr Interesse findet. Die Verbundenheit, mit der sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit dem Rathaus und seiner Arbeit heute fühlt, sie ist zugleich eine Verbundenheit mit Ihnen selbst. Darum jubeln Ihnen die Massen zu, darum prallen alle Versuche der Verleumdung wieder auf unserer Arbeit, so auch an Ihnen selbst ab. Es ist nicht angenehm heutzutage öffentliche Funktionen zu bekleiden, in einer Zeit, in der die Widersacher des Sozialismus den politischen Kampf nicht bloss mit den Mitteln führen, die in zivilisierten Ländern üblich sind, sondern in der österreichische Kapitalisten sich für bare Geld Verleumder dinge und Pinkertons aushalten, um den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten. Dass Sie persönlich in hohem Grade die Zielscheibe dieser schmierigen Kämpfe sind, beweist nur, wie sehr auch die Gegner wissen, dass das grosse Aufbauwerk der Stadt und Sie untrennbar miteinander verbunden sind. Wir werden mit den Gegnern fertig werden, wie wir mit gefährlicheren und grösseren Gegnern fertig geworden sind. Aber gerade am heutigen Tag soll auch von dieser Stelle gesagt werden: Dieses Wien, das die Gegner hassen und das die skrupellosen und böswilligsten unter ihnen bekämpfen wollen in einem Feldzug mit der Waffe in der Faust, das sie entrechten wollen, dieses Wien wird sich zu wehren und zu verteidigen wissen, welche Formen immer der Kampf auch annehmen mag. (Lebhafter Beifall) Wir sind ehrlich dazu bereit, jeden Streit als demokratische Republikaner auszutragen. Wir sind Demokraten aus Ueberzeugung, weil die Sache des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie am besten gedeiht. Wenn aber verblendete Menschen und Mietlinge eines gewalttätig gewordenen Kapitalismus es wagen sollten, den Marsch auf Wien mit der Waffe in der Faust zu unternehmen und das Unglück eines Bürgerkriegs heraufzubeschwören, so mögen sie wissen, dass Wien nicht Rom ist. Sie haben schon erfahren, dass der Weg nach Wien von Vorwerken geschützt ist, die nicht überrannt werden können. Sie mögen wissen, dass sie in Wien eine Festung finden werden, die nicht mit Wall und Graben umgeben ist, aber umgürtet von der Liebe und Treue der Wiener Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall.) Diese Hunderttausende sind ein lebendiger Wall, der undurchbrechbar sein wird.

Es ist eine ernste Zeit, in die Genosse Seitz, Ihr sechzigster Geburtstag fällt. Wir wissen, dass es nicht Ihre Billigung gefunden hätte, wenn wir diesen Tag mit Festlichkeiten begehen würden und darum soll von derlei abgesehen werden. Aber die Erinnerung an diesen Tag kann schöner, in anderer Form festgehalten werden. Die Versicherungsanstalt der Stadt Wien hat einstimmig beschlossen, einen Betrag von zunächst dreihunderttausend Schilling, der später durch regelmässige Zuwendungen erhöht werden soll, für eine Karl Seitz-Stiftung zu verwenden, aus der Kranke und Bedürftige, vor allem aus dem Kreise der Versicherten, Unterstützung in verschiedener Form empfangen sollen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben bei einem anderen traurigen und zugleich freudigen Anlass hier beschlossen, eine Karl Seitz-Lesehalle zu errichten, die hoffentlich bald auch wirklich auf einem geeigneten Platz stehen wird. Diese beiden Einrichtungen sollen ein Symbol bilden für das, was der Sinn Ihrer Lebensarbeit ist: Aufklärungsarbeit, Hilfe für die aufstrebende Jugend, Hilfe den Mühseligen und Beladenen. Und noch eines soll geschehen als ein äusseres Zeichen der Anerkennung für die ungeheuere Arbeit die Sie hier in diesem Hause geleistet haben. Die Stadt Wien, der Sie mit Leib und Seele gehören, deren neuer Aufstieg mit Ihrer persönlichen Wirksamkeit untrennbar verbunden ist, ehrt sich selbst, indem sie Ihnen als einem ihrer besten Söhne die höchste Auszeichnung verleiht, die sie zu vergeben hat, das Ehrenbürgerrecht. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Der Name des Waisenknaben aus dem Liechtental soll in das goldene Buch der Stadt eingetragen werden. Nehmen Sie, Genosse Seitz, mit dieser Mitteilung, der morgen die Tat folgen soll, die Glückwünsche Ihrer Freunde und Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung, die Wünsche aller der tausende Gemeindefunktionäre unserer Partei zu Ihrem morgigen Geburtstag entgegen. Seien Sie der Liebe und Treue aller Ihrer Mitarbeiter in der Gemeinde versichert. Wir wünschen und hoffen im Interesse der Stadt Wien und im Interesse unserer Partei, dass es Ihnen gegönnt sein möge, noch viele Jahre in voller Kraft zu bleiben der Bürgermeister und Landeshauptmann der Stadt Wien. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen. - Die Versammelten erheben sich von ihren Sitzen und bringen auf den Bürgermeister begeisterte Hochrufe aus.)

- Die Erwiderung des Bürgermeisters folgt! -

Bürgermeister Seitz erwiderte:

Sie wünschen mir Kraft und Stärke. Es hat nicht wenige Augenblicke in meinem Leben gegeben, wo ich mir sagen musste, sei stark! Aber ich bekenne, dass es mir heute schwer wird, stark zu bleiben, wenn ich mir vergegenwärtige, dass ich nun - es ist dies ein Symbol der Zuneigung und Liebe, die mir entgegengebracht wird - in dieser Stadt, die ich mit meinem ganzen Herzen liebe, der meine Väter durch viele Generationen angehört haben und der ich mein ganzes Leben weihen will, Bürger werden soll, ja Ehrenbürger. Danneberg hat gemeint, ich hätte die Führung hier im Hause. Ich lehne das ab.

Erstens deshalb, weil ich als einer von der alten Garde mich noch daran erinnere, was für ein wichtiges und grosses Problem es am Ende der Achtzigerjahre für uns Sozialdemokraten war, ob wir Führer haben oder nicht. Und dann auch deshalb, weil man meine Tätigkeit hier im Hause nicht führen nennen kann - man könnte sie im günstigsten Falle Zusammenführen nennen. Damit ist auch ausgesprochen, was die Wesensart dieser Verwaltung ist: Dass sie von gewählten Vertretern, von Männern aus dem Volke geführt wird, die mit der Kenntnis der Sache auch die Kenntnis der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notwendigkeiten verbinden, - die auf dem betreffenden Gebiete die ersten Fachmänner sind und denen man daher keinen Führer voranstellen muss. Es ist selbstverständlich, dass, wo so starke Naturen miteinander wirken und zusammenwirken müssen, sich natürlich auch Gegensätze zeigen. Da kommt es vor, dass ein Ressort das andere beeinflusst oder dass sich ein Ressort durch das andere beeinflusst fühlt und dass nicht selten Kompetenzkonflikte, ja sogar auch tiefgründige Meinungsverschiedenheiten entstehen. Es ist das Kennzeichen dieser Verwaltung, dass dem Bürgermeister die Aufgabe zufällt, die Gegensätze auszugleichen, diese starken Kräfte zusammenzuführen, sie hier und da zu begrenzen oder sie anzufeuern, jedenfalls aber sie zielbewusst auf eine gemeinsame Linie zu bringen.

So ist die Aufgabe eines Bürgermeisters in der heutigen Zeit eine wesentlich andere als die Aufgabe der Bürgermeister von früher, die nicht selten entweder nur als Diktatoren oder nur als Repräsentanten erschienen. Ich gestehe, dass ich mich diesem Amt mit Liebe und Freude zugewendet habe. Ich habe schon in den neunziger Jahren mich viel mit Gemeindepolitik beschäftigt und es war immer das höchste Ideal für mich, an einer Verwaltung teilnehmen zu können. Jetzt in meinem Alter bin ich zum Traum meiner Jugend zurückgekehrt und habe das Glück, an der Verwaltung meiner Vaterstadt teilzunehmen.

Man spricht jetzt oft davon, eine "Parteiverwaltung" sei immer schlecht und man entwickelt Theorien, die sich gegen die Parteien und gegen die Herrschaft der Parteien richten. Ich muss gestehen, ich verstehe die Menschen nicht, die so sprechen. Eine Partei ist die organisatorische Zusammenfassung einer grossen Zahl von Menschen, die in wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder Weltanschauungsfragen im Wesen eines Sinnes sind. Im Grunde genommen könnte die Menschheit überhaupt nicht leben, sie würde in Anarchie verfallen, wenn nicht politische, wirtschaftliche, soziale und Weltanschauungssysteme bestünden, um die sich die Menschen gruppieren und organisieren. Die Partei ist also eine Notwendigkeit.

Etwas anderes ist es, ob eine Verwaltung parteiisch sein soll. Da kann ich mit Stolz sagen, unsere Verwaltung ist nicht parteiisch. Nicht nur weil es eine sittliche Forderung ist, unparteiisch zu sein, sondern weil wir es gar nicht notwendig haben, in diesen Fehler zu verfallen. (Lebhafter Beifall)

Was uns unsere Partei und unser soziales, politisches und wirtschaftliches System vorschreibt, ist das Interesse der Allgemeinheit. Wir können mit Stolz sagen: Indem wir im Geiste des Sozialismus verwalten, verwalten wir im Interesse der grossen Mehrheit des Volkes. (Stürmischer Beifall.) So ist unsere Verwaltung eine Parteiverwaltung im besten Sinne des Wortes. Wir danken Ihnen, unseren Mitarbeitern, dass sie es uns ermöglichen, über alle kleinlichen parteiischen Interessen hinweg der grossen gemeinsamen Sache zu dienen. Sie sind es, die durch ihre Kritik und durch ihre Anregungen jeden Verwalter der Stadt davor behüten, in Bürokratismus zu verfallen und in seinem Fach einseitig zu werden. Sie bringen ihn immer wieder, wenn er Gefahr laufen sollte, zu stark zu theoretisieren, zur praktischen Arbeit zurück.

Danneberg hat auch der Bestrebungen gedacht, die auf eine Beschränkung der Autonomie der Stadt Wien abzielen.

Hier liegt wirklich das grosse Problem, der Gegensatz zwischen uns und den anderen Parteien. Es gibt Politiker in Oesterreich, denen der Gedanke unerträglich ist, dass nicht sie und ihre Partei, sondern Sozialdemokraten eine Stadt verwalten.

Stadt verwälten.

Sie haben ein eigenartiges Argument, die Autonomie der Stadt Wien müsse beschränkt werden, weil sie die Bundeshauptstadt ist, weil sie daher mehr als jede andere Stadt und jedes andere Land von der jeweiligen "Mehrheit des Parlamentes abhängig sein müsse. Wien war lange Zeit, eine höfische Zeit in doppeltem Sinne, nämlich die Stadt des Hofes der Habsburger und die Stadt der Zentralbehörden und Gerichtshöfe. Dieses Wien ist längst verschwunden. Wien ist geworden, was es nach seinem ganzen Wesen werden musste, ein grosser Verkehrs- und Handelsknotenpunkt, eine grosse Industriestadt, eine Stadt des Fremdenverkehrs, des Kunstgewerbes, der Kunst und Wissenschaft. Das Verschwinden des Hofes, so glaubten manche Wirtschaftspolitiker, müsse auch das Wirtschaftsleben der Stadt gefährden. Aber dieses Wien lebt, es wird als Wirtschaftsstadt bestehen und nie zu Grunde gehen. (Lebhafter Beifall.)

In der Zeit des Umsturzes gab es manche Bestrebungen, das Parlament und die Zentralbehörden hätten alterierend in verschiedenen Städten der Bundesländer ihren Sitz aufzuschlagen. Das war eine groteske Idee. Dass aber Wiens eine autonomen Rechte preisgeben soll, weil es die Bundeshauptstadt ist, ist noch grotesker. (Lebhafte Zustimmung) Es freut uns, dass Wien die Bundeshauptstadt ist, wir betrachten es gewiss als eine Ehre und wir werden das Parlament und die Zentralbehörden immer gerne in unseren Mauern sehen. Wir verwahren uns aber dagegen, dass diese Ehre etwa Gegenstand eines privilegium odiosum werde. Wien kann nicht eine Kolonie, es kann nicht eine Provinz, nicht ein Steueremporium für die Länder werden, aus dem man die Mittel schöpft und das man regiert. Das wird sich Wien niemals gefallen lassen und wer immer Bürgermeister der Stadt ist, er müsste alle derartigen Bestrebungen abwehren und wir werden sie auch mit aller Macht abzuwehren wissen, dass das Land auch nur ein Quentchen weniger Rechte hat als irgend ein anderes Bundesland. (Stürmischer Beifall.)

Der Bürgermeister dankt zum Schluss für die beiden grossen Geschenke, die ihm zugedacht sind. "Die Stiftung der Versicherungsanstalt ist mir eine wirkliche Herzensfreude", sagt der Bürgermeister, wenn ich mich auch - wie ich dies schon immer getan habe -, dagegen ausspreche, dass derartige Stiftungen mit einem bestimmten Namen verbunden werden. Darüber zu sprechen, wird ein anderes Mal Gelegenheit sein.

Danneberg hat von mir gesagt, dass ich mit Leidenschaft und mit Kraft kämpfe. Die Leidenschaft wird - das kann ich Ihnen versprechen - in meinem Herzen nicht erlöschen. Ich war im Grunde genommen schon als kleiner Junge Sozialdemokrat, ohne zu wissen, was Sozialismus ist, ich war es durch meinen Lebenslauf, durch meine wirtschaftliche Lage und durch die Tatsache, dass mein Bildungsgang nicht bestimmt wurde auf Grund meiner Fähigkeiten, sondern von der Armut meines Lebens. Das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus brachte mir nicht nur Erkenntnis, es war ein stetes Auslösen dessen, was ich empfand. Dieses Feuer wird immer in mir brennen. Was die Kraft anlangt, so liegt ihre Erhaltung nicht an mir, hier wirkt die Natur. Aber vorläufig fühle ich mich noch kräftig genug (lebhafter, anhaltender Beifall) Ich fühle mich als ein echter Wiener, dem nichts anhaben kann, der sich seine optimistische Weltanschauung und seinen Humor über alle Misere hinweg bewahrt hat und aus ihm die Kraft schöpft, für das Ganze zu wirken."

Die Rede des Bürgermeisters wurde von den Versammelten mit stürmischem, anhaltendem Beifall und jubelnden Ovationen aufgenommen.

.....

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 4. September 1929

Ehrung des Bürgermeisters im Stadtsenat.Ernennung zum Ehrenbürger.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der die Ernennung des Bürgermeisters aus Anlass seines sechzigsten Geburtstages zum Ehrenbürger der Stadt Wien beschlossen wurde. Anschliessend tagte der Stadtsenat. Amtsführender Stadtrat Linder stellte den Antrag, Bürgermeister Karl Seitz in Würdigung der hohen Verdienste, die er sich um die Republik Oesterreich und insbesondere als Bürgermeister der Stadt Wien erworben hat, zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen. In der Begründung seines Antrages führte Stadtrat Linder aus, dass es hiesse, das Wirken des Bürgermeisters zu verkleinern, wenn man versuchen würde, seine Verdienste um die Republik Oesterreich und : um die von ihm so heiss geliebte Stadt Wien in Worte zu kleiden. Bürgermeister Seitz besitzt die Liebe und Wertschätzung der ganzen Stadt; seine Ernennung zum Ehrenbürger soll ein Zeichen dieser Wertschätzung sein. Der Antrag wurde angenommen und wird am Freitag den Gemeinderat beschäftigen.

Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Simmering findet am Mittwoch, den 11. September, um 17 Uhr 30 Minuten statt. Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Donnerstag, den 26. September um 16 Uhr im Sitzungssaal VI., Ammerlingstrasse 6, zusammen.

Autobusverkehr in der Messewoche. Während der Wiener Herbstmesse verkehrt die Autobuslinie 4 in der Zeit von 7 Uhr bis 19 Uhr 20 vom Westbahnhof über Messepalast-Neue Burg zur Rotunde und zurück. Die Wagenfolge beträgt 2 bis 5 Minuten, die Fahrtzeit Messepalast-Neue Burg-Rotunde 18 Minuten.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. In der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, beginnen Mitte September folgende neue Kurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Frisieren und Modistenarbeit. Einschreibungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr in der Schulkanzlei. Fernsprecher B 27-0-76.

Zielen

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

305

Wien, am Mittwoch, den 4. September 1929 Zweite Ausgabe

.....
Der sechzigste Geburtstag des Bürgermeisters.

Bundespräsident Miklas hat anlässlich der Geburtstagsfeier des Bürgermeisters folgendes Schreiben an ihn gerichtet:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie feiern morgen Ihr 60. Wiegenfest. Nehmen Sie aus diesem Anlass, Herr Bürgermeister, meine herzlichen und aufrichtigen Glückwünsche entgegen! Ich gedenke am heutigen Tage gerne unserer guten persönlichen Beziehungen und unserer langjährigen gemeinsamen parlamentarischen Arbeit, seit dem Tage, an dem uns im Jahre 1907 die Schaffung des allgemeinen Wahlrechtes zusammengeführt hat. Uns beiden war es beschieden, in schwieriger Zeit den Vorsitz in der obersten Volksvertretung zu führen. Und auch als höchster Repräsentant der oesterreichischen Republik, deren erstes Staatsoberhaupt Sie gewesen sind, waren Sie in meiner gegenwärtigen Funktion mein erster Vorgänger.

Mögen Sie sich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, noch recht lange bester Gesundheit erfreuen! Indem ich daran noch den aufrichtigen Wunsch knüpfe, dass Ihrer Arbeitskraft und Schaffensfreude jener Erfolg beschieden sein möge, der unserem Volke und gemeinsamen Vaterlande Wohlfahrt und Frieden sichert, zeichne ich mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung

Miklas m.p.

* * *

Die Zahl der Glückwunschschriften- und Telegramme, die bis jetzt für den Bürgermeister eingelaufen sind, ist ausserordentlich gross. Immer wieder bringt die Post neue Stösse von Glückwunschschriften, nicht nur aus Wien und Niederösterreich, sondern auch aus dem Ausland.

Von den Vertretern der Regierung liegen bis jetzt Schreiben bzw. Telegramme des Bundeskanzlers Streeruwitz, des Vizekanzlers Ing. Schummy, des Unterrichtsministers Czermak vor. Ein sehr herzliches Telegramm hat im Namen der deutschen Reichsregierung Reichskanzler Hermann Müller gesendet, ebensolamens des Berliner Magistrates und im eigenen Namen der Berliner Oberbürgermeister Wilhelm Böss. Weiters liegen Telegramme des Präsidenten der britischen Arbeiterpartei und englischen Verkehrsministers Morrison, des deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld, des deutschen Parteivorstandes Otto Wels, des Karlsbader Bürgermeisters Hermann Jakob, weiters eine Reihe von Glückwunschschriften von verschiedenen Stadtverordnetenfraktionen, auch Telegramme anderer deutscher, belgischer und tschechischer Institutionen vor.

Sehr gross ist auch die Zahl der Glückwunschtelegramme von den Bürgermeistern der österreichischen Städte und Gemeinden. Auch aus den grossen Betrieben in den österr. Ländern sind von der Arbeiterschaft und den Direktionen Glückwunschschriften eingetroffen.

Mit einer Fülle von Glückwunschschriften hat auch die Wiener Gelehrten- und Künstlerschaft den Geburtstag des Bürgermeisters gefeiert. So unteren anderem Univ. Prof. Dr. Julius Wagner Jauregg, Hofrat Karl Glossy, Generaldirektor Franz Schneiderhan, Franz Lehar, Julius Bittner, Alfred Piccaver, Direktoren Dr. Rudolf Beer, Dramaturg Heinrich Glücksmann, Ernst Lothar, Erich Meller, viele Mitglieder der Wiener Theater, wie Viktor Kutschera, Lotte

Lehmann, Blanka Glossy, Karl Zeska, Ernst Arndt, Karl Alwin und Elisabeth Schumann, Frau Kalina, Armin Berg, Blanka Pechy, Helene Odilon, ausserdem Korporativ der Wiener Staatoperchor, der Wiener Lehrer a cappella Chpr, der Wiener Männergesangsverein, weiters Präsident Lipschütz namens des Wiener Journalisten- und Schriftstellerverein Concordia, der österr. Ing.- und Architektenverein, der deutsche Schriftstellerverband, die Veteinigung der Berichterstatter der Reichsdeutschen Presse in Wien und viele andere.

Vor allem bemerkenswert ist die ausserordentlich grosse Zahl der Glückwünsche, die dem Bürgermeister aus dem Kreise der Wiener Bevölkerung selbst zugekommen ist. Aus der Fülle der persönlichen und korporativen Glückwunschschriften seien hier ausser dem Präsidium des Wiener Industriellen-

Bilder

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 5. September 1929.

Lasst Eure Kinder lernen!
Sprachen- und Werkstättenunterricht an den Bürgerschulen.

Um auch den Haupt- und Bürgerschülern Gelegenheit zu geben, ausser den vorgeschriebenen, obligaten Lehrgegenständen andere, wertvolle Kenntnisse für das praktische Leben zu erlernen, sind schon seit Jahren an den Haupt- und Bürgerschulen nicht obligate Lehrfächer für den freien Besuch errichtet. Vor allem waren das bis zum Schuljahr 1924/25 Stenographie und französische Sprache, in den folgenden Jahren sind Englisch, Esperanto, Musik, Werkstätten- und Schulküchenunterricht dazugekommen.

Es ist sicherlich kein Zweifel, dass es nur an der Initiative der Eltern fehlt, wenn diese, gerade für den Bürgerschüler in der heutigen Zeit sehr wichtigen Freigegegenstände nicht in wünschenswerter Masse besucht werden. Man kann nicht einwenden, dass diese Lehrfächer in den weniger Bürgerschuljahren nicht gut genug gelehrt werden können. Stenographie kann in dieser Zeit vollkommen erlernt werden, die fremden Sprachen aber mindestens so weit, dass die Anfangsgründe beherrscht werden und die Möglichkeit eines späteren Weiterstudiums dieser Sprache gegeben ist.

Wenn man die vom statistischen Amt der Stadt Wien zusammengestellten Zahlen über den Besuch der nicht obligaten Lehrfächer ansieht, kommt man zu wenig erfreulichen Ergebnissen. Allerdings ist festzustellen, dass der Besuch der nicht obligaten Lehrgegenstände in den letzten Jahren langsam steigt. Denn während 1924 von rund 44.000 Bürgerschülern nur 24.000 Stenographie oder die französische Sprache dazulernten, sind es 1927/28 bereits rund 33.000 Schüler, die Stenographie, Französisch, Englisch oder Esperanto, Musik oder Werkstätten- und Schulküchenunterricht nehmen.

Wenn man nachrechnet, so hat 1924 nur jeder fünfte Bürgerschüler den Französischen, nur jeder dritte den Stenographiekurs besucht.

Infolge der Einführung neuer Freigegegenstände haben sich in den letzten Jahren die Besuchszahlen der nicht obligaten Lehrgegenstände verschoben. Aus den Tabellen des statistischen Amtes der Stadt Wien ist der Stenographiebesuch seit 1924 von 9.800 auf 11.200 Schüler gestiegen. Es besucht also heute schon jeder vierte Schüler seinen Stenographiekurs an den Haupt- und Bürgerschulen. Der Besuch der französischen Sprachkurse ist hingegen um 2.000 Schüler gefallen, und zwar bezeichnenderweise um dieselbe Schüleranzahl, die heute Englisch oder Esperanto lernen. 1925 haben erst 400 Schüler Englisch angefangen, im nächsten Jahre waren es aber schon 750, im Jahre 1927 aber schon rund 1.400. Das Esperantostudium ist 1926 eingeführt worden mit einer Schülerzahl von 360, - heute besuchen aber schon 612 Schüler den Esperantokurs.

Allerdings sind diese Besucherzahlen noch sehr klein, wenn man umrechnet, dass nur jeder vierte Schüler Stenographie oder Französisch, aber gar erst jeder dreissigste Englisch, jeder achtzigste Schüler Esperanto lernt. Dabei soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass die Beteiligung der Mädchen an diesen Kursen ungleich stärker ist als die der Knaben. Fast dreimal so viel Mädchen als Knaben lernen die französische, mehr als dreimal so viel Mädchen die englische Sprache. Nur beim Esperantokurs ist es umgekehrt, hier besuchen viermal so viel Knaben als Mädchen diese Kurse.

Sehr interessant ist, dass der eingeführte Musikunterricht seit 1926 regen Fortschritt macht. Rund 2.500 Kinder werden jetzt schon unterrichtet und zwar sind hier wieder weit mehr, nämlich zwanzigmal so viel Knaben als Mädchen am Unterricht beteiligt. Auch der eingeführte Werkstättenunterricht hat sich bewährt, seit 1926 ist er um 3.000 auf fast 5.000 Schüler gestiegen, wobei auch hier naturgemäss die Knaben in der bedeutenden Uebersahl sind.

Ausgestaltete elektrische Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neu hergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Dittrichgasse auf der Landstrasse in Betrieb gesetzt.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. In der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V. Margaretenstrasse 152, beginnen Mitte September folgende neue Kurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Frisieren und Modistenarbeit. Einschreibungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr in der Schulkanzlei. Fernsprecher B 27-0-76.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 6. September 1929.

.....

Sperrung von Bahnübergängen. Ueber die Verbindungsbahn führt im Zuge der Kleistgasse auf der Landstrasse der Kleiststeg. In Ottakring übersetzt im Zuge der Degengasse der Degensteg die Vorortelinie. An beiden Bahnübergängen sind Instandsetzungsarbeiten notwendig. Mit diesen wird in den nächsten Tagen begonnen. Die beiden Stege werden daher von morgen Freitag an auf etwa sechs Wochen für den Verkehr gesperrt.

.....

Grosse Strassen- und Kanalbauten. Der Gemeindeausschuss für technische Angelegenheiten hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der einige grosse Strassen- und Kanalbauten beschlossen wurden. In der Zentagasse wird der Hauptunratskanal umgebaut, grössere Kanalneubauten werden ferner am Handelskai, in der Vergartenstrasse und in der Judengasse sowie auf der Landstrasse, auf der Wieden, in Hietzing und in der Brigittenau durchgeführt. Die Strassenbauten betreffen Neubauten, Umbauten und Pflasterungsarbeiten sowie Walzasphaltherstellungen. Von solchen Arbeiten werden grössere in den Siedlungen Freihof, Lockerwiese, Neustrassacker und Flötzersteig vorgenommen.

.....

Tagung des Verbandes Oesterreichischer Lokal- und Kleinbahnen. Kürzlich fand in Klagenfurt die 27. Hauptversammlung des Verbandes Oesterreichischer Lokal- und Kleinbahnen unter dem Vorsitze des Präsidenten Ingenieur Spängler statt. Sie war mit einem Betriebsleitertag und einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes verbunden. An der Tagung nahmen auch Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung der Stadt Klagenfurt, sowie Gäste aus Deutschland, der Schweiz und der Tschechoslowakei teil. Es wurde ein reiches Arbeitsprogramm bewältigt, da sowohl technische als auch administrative Angelegenheiten der Lokal- und Kleinbahnen von inländischen und ausländischen Fachleuten besprochen wurden. Die Hauptversammlung beschloss zwei Resolutionen an die Regierung, in denen auf die ausserordentlich schwierige finanzielle Lage zahlreicher Lokal- und Kleinbahnen ausdrücklich hingewiesen und Abhilfe durch Steuerermässigungen verlangt wird. Auch wurde neuerlich die endliche gesetzliche Festlegung bei der Konzessionierung der öffentlichen Kraftfahrlinien gefordert, um Ordnung auf diesem wichtigen Verkehrsgebiete zu schaffen. Die Kurkommission Velden und die Kancelbahngesellschaft veranstalteten anlässlich der Tagung Empfänge.

.....

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 6. September 1929

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung am Freitag, den 6. September 1929

Vorsitzender W e i g l eröffnet die Sitzung um 17. Uhr 15 Minuten.

Zunächst wird der Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Bürgermeister Karl Seitz in Verhandlung gezogen.

Stadtrat Linder erklärt hiezu als Referent: Unser Herr Bürgermeister hat am 4. September seinen sechzigsten Geburtstag ^{gefeiert.} Ich glaube, dass es die Verdienste unseres Bürgermeisters verringern ^{würde,} wenn ich jetzt über sein/Wirken in der Republik Oesterreich und für die ^{in der} von ihm so heiss geliebte Stadt Wien viele Worte gebrauchen ^{te.} Eines ^{aber muss ich sagen:} dass die Liebe ^{der Wiener Bevölkerung} und Wertschätzung für unseren Herrn Bürgermeister eine allgemeine ist. Im Sinne dieser Wertschätzung möchte ich folgenden Antrag stellen: Bürgermeister Karl Seitz wird in Würdigung der hohen Verdienste, die er sich um die Bevölkerung Oesterreichs und insbesondere als Bürgermeister der Stadt Wien erworben hat, zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt. Ich bitte diesem Antrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Gemeinderat Kunschak: Die Mehrheit des Wiener Gemeinderates hat die Absicht, den Herrn Bürgermeister zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen. Der Bürgermeister ist Kraft seiner Stellung der erste Bürger der Stadt, Meister der Bürgerschaft. Wozu es bei dieser Stellung noch des Ehrenbürgerrechtes bedarf, dafür finde ich nur in der Ueberlieferung eine Erklärung, sachlich ist sie gewiss nicht erforderlich und geeignet, das Mandat des Bürgermeisters mit leuchtenderer Gloriöle zu umgeben. Wenn Sie sich aber auf die Ueberlieferung berufen, dann scheint mir dies doch im Widerspruch zu stehen mit den von Ihnen sonst vertretenen Ansichten über die herkömmlichen Auszeichnungen der bürgerlichen Welt und deren Eitelkeiten.

Die Berufung auf Ueberlieferung ruft in unserer Erinnerung Tatsachen wach, die uns das Recht geben würden, in anderer Art, als dies der Fall sein wird, zu Ihrem Antrag Stellung zu nehmen. In wenigen Wochen werden es 25 Jahre sein, dass ein anderer, ich darf sagen, Wiens grösster Bürgermeister sein sechzigstes Geburtsfest feierte. Ihre Partei hat damals diese Feier mit einer wüsten

Wiener Gemeinderat vom 6. September II. Blatt

Demonstration begleitet. Durch viele Stunden hallte die Umgebung des Rathauses wider von den Pfuirufen einer verhetzten vieltausendfachen Menge. Diese Pfuirufe sind längst verstummt, übriggeblieben sind die gewaltigen Schöpfungen dieses Bürgermeisters und die allgemeine Erkenntnis und dankbare Würdigung der immensen Verdienste Dr. Lueger's um die Grösse, den Ruhm und die Wohlfahrt unseres geliebten Wien.

Wir erinnern uns in diesem Augenblicke auch daran, dass ein Beschluss vorliegt, im Museum der Stadt Wien ein Luegerzimmer einzurichten. Dieses Lueger-Zimmer sollte in dem von Lueger selbst geplanten Bau eines neuen Museums untergebracht werden. Der Krieg hat, wie so vieles andere, auch den Bau des Museums, wie zu befürchten steht, auf nicht absehbare Zeit zunichte gemacht. Unterdessen aber führt die Einrichtung des Lueger-Zimmers seit einigen Jahren ein würdeloses, seinen Bestand schwer schädigendes Wanderleben durch ungeeignete Lagerräume in städtischen Häusern im XII. Bezirk. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe bei der E.L.) Wir beschränken uns darauf, diese ~~XXX~~ Pietätlosigkeit gegenüber dem Andenken eines grossen, verdienstvollen Sohnes der Stadt Wien aufzuzeigen.

In den letzten Monaten wird sehr laut und sehr viel von Demokratie gesprochen. Auch von parlamentarischer Demokratie. Leider übt bei dieser, an sich begrüssenswerten Diskussion das Wort "Demokratie" in sehr breitem Umfang nur die Funktion eines Schlagwortes. Wir haben in diesem Saale innerhalb der 10 Jahre unserer oppositionellen Stellung immer wieder durch unser Verhalten den Nachweis geliefert, dass wir die Demokratie als Grundgesetz jedes parlamentarischen Lebens achten. Wir haben diesen Nachweis selbst auch dann erbracht, wenn wir uns gestehen mussten, dass der Wille zur Achtung und Beachtung der Minderheitsrechte bei der Mehrheit dieses Saales nur ganz mangelhaft entwickelt und wiederholt in einem überheblichen Machtgefühl der Mehrheit vollständig untergegangen ist.

Es entspricht ganz dieser unserer bisher geübten Auffassung, wenn wir den Standpunkt beziehen, es sei das Recht der Mehrheit, die Verdienste einzelner Personen um das Gemeinwohl abzuwägen und darnach die Wertung dieser Person und ihres Wirkens zu bestimmen.

Wenn Sie heute finden, dem Herrn Bürgermeister das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien zu verleihen, so wollen und werden wir mit Ihnen nicht hadern.

Von uns aber wollen Sie nicht erwarten, dass wir für Ihren Antrag stimmen, wir werden uns der Abstimmung enthalten, was Ihnen und der Öffentlichkeit besagen soll, dass die Wertung des Minderheitsrechtes, wie Sie dieselben üben, es uns unmöglich macht, einem Antrag zuzustimmen, der, weil rein persönlich, am ehesten eine objektive Einigung ermöglichte. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

G.R.P f e i f f e r: Es wäre ausserordentlich angenehm und sympatisch, wenn man die Geburtstagsfeier des Mannes, der auf dem Bürgermeisterstuhl dieser Stadt berufen wurde, von rein menschlichem und persönlichem Standpunkt betrachten könnte. Das trifft aber leider in diesem Falle nicht zu.

Der Gegenstand, der heute hier verhandelt wird, wurde zuerst besprochen und beschlossen in einer Sitzung des sozialdemokratischen Klubs nach einer Rede des Vorsitzenden dieses Klubs, Dr. Danneberg. Und diese Rede ist es, die uns ausserordentlich zu denken gibt. Denn in dieser Rede wurde Karl Seitz keineswegs als der Bürgermeister dieser Stadt gefeiert, auch nicht als der Mann, der sich um die Republik Oesterreich grosse Verdienste erworben hat, sondern er wurde gefeiert als der erfolgreiche, als der siegreiche Parteiführer, der den Sozialismus und der sozialdemokratischen Partei sein ganzes Leben hindurch Dienste erwiesen hat. Nicht genug damit, Dr. Danneberg hat sich auch veranlasst gesehen, während seiner Rede die politischen Gegner auf das Schwerst zu beschimpfen. Er hat davon gesprochen, dass diejenigen, die Gegner der sozialdemokratischen Partei sind, im Dienste des Kapitalismus gegen bare Bezahlung stehen. Auch das war noch nicht genug. Er hat schliesslich die Bürgermeister der Stadt Wien, die schon die kühle Erde bedeckt beschimpft und sie king-Fou genannt. Kurz und gut, Dr. Danneberg hat sich veranlasst gesehen, aus diesem Anlass, der für ihn doch ein feierlicher hätte sein sollen,

eine Parteisache zu machen für die sozialdemokratische Partei Kapital zu schlagen und das in einer Art, die nicht unwidersprochen bleiben kann.

G.R. Kunschak hat schon hervorgehoben, dass die Minorität nicht gewillt und auch nicht in der Lage ist, Sie an den Beschlüssen, die Sie heute fassen werden, zu hindern. Ich schliesse mich dieser Erklärung an. Aber unseren entschiedenen Protest gegen die Art und Weise wie Dr. Danneberg diese Sache aufgezaunt hat, müssen Sie bei dieser Gelegenheit entgegennehmen. Sie sind die Mehrheit des Hauses, Sie haben das Recht und die Macht, Ihren Parteigenossen Seitz zum Ehrenbürger zu ernennen. Wir sind die Minderheit des Hauses. Wir haben das

Recht und die Pflicht, dagegen entschieden Einspruch zu erheben und uns der Abstimmung zu enthalten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Der Antrag, dem Bürgermeister Karl Seitz das Ehrenbürgerrecht zu verleihen wird unter stürmischem Beifall der Mehrheit angenommen.

Es wird nun die Tagesordnung erledigt. Ohne Debatte wird eine Reihe von Anträgen angenommen, die Abänderungen von Generalregulierungs- und Generalbauplänen, die Subventionierung des Dr. Krüger-Heimes für Kriegswaisen, Lehrlinge und Arbeiterinnen mit 500 Schilling, Kostengenehmigungen für den Neubau von Hauptunratskanälen und Strassenherstellungen betreffen.

G.R. Bermann berichtet sodann über die Auflassung der verlängerten Pfeilgasse auf der Landstrasse. Dazu spricht G.R. Altmayer (E.L.), worauf der Antrag angenommen wird.

Stadtrat Weber berichtet über die Errichtung einer Wohnhausanlage in Floridsdorf in der Schillgasse. Die Kosten werden sich voraussichtlich auf 320.000 Schilling belaufen.

G.R. Millik (E.L.) wendet sich gegen eine Einschränkung der städtischen Bautätigkeit. Vom Ausschuss und Gemeinderat wurden einige Bauten bereits bewilligt, trotzdem aber werden diese Bauten nicht ausgeschrieben und nicht vergeben. Der Redner verlangt, dass vom Gemeinderat bereits bewilligte Bauvorhaben nicht zurückgestellt werden.

In seinem Schlusswort weist der Referent darauf hin, dass gegenwärtig auf städtischen Neubauten rund 11.000 Arbeiter beschäftigt sind, weshalb von einer Einschränkung der städtischen Bautätigkeit nicht gesprochen werden kann.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Kohl berichtet über einen Haus- und Grundankauf auf der Wieden.

G.R. Stöger (E.L.) erklärt, dass es sich bei diesem Hauskauf nur darum handle, die Möglichkeit zu schaffen, das in dem Hause untergebrachte sozialdemokratische Parteisekretariat zu vergrößern.

Der Referent entgegnet, dass das Haus deswegen angekauft wird, um das dem Hause benachbarte städtische Bad vergrößern zu können.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Suchanek berichtet über den Ankauf eines Hauses in der Thaliastrasse in Ottakring. G.R. Zimmerl (E.L.) wendet sich gegen die Hausankäufe der Gemeinde, die systematisch das Ziel verfolgen, den Privatbesitz in Gemeindebesitz überzuführen. Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen und die Sitzung um 18 Uhr 30 Minuten geschlossen.

Herausgeber und verantwort. Redakteur:
Karl Honay

Wien, am Samstag, den 7. September 1929.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält am Freitag um 17 Uhr eine Geschäftssitzung ab.

.....
Sonntag Beleuchtung des Hochstrahlbrunnens. Morgen Sonntag wird der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz von 20'30 Uhr bis 21'30 Uhr seine farbenprächtigen Wasserspiele zeigen.

.....
Die letzten Viehmärkte. Wie die städt. Marktams-Direktion über die Viehmärkte in St. Marx in der Woche vom 1. bis 7. September berichtet, wurden auf dem Rindermarkt 1.983 Stück Mastvieh und 867 Stück Beinvieh aufgetrieben. Der Schweinemarkt wurde mit 1.381 Stück Fleischschweinen und 4.800 Stück Fettschweinen beliefert. Das Inland sowie Ungarn und Rumänien brachten auf den Rindermarkt etwas mehr Ware, und zwar hauptsächlich mindere Qualitäten, die sich auch im Preise um 5 Groschen, teilweise um 10 Groschen verbilligten, während Frimaware die Preise der Vorwoche erzielte. Der Schweinemarkt war in der Berichtswche wesentlich besser beschickt. Die Anlieferung aus Polen ging wohl zurück, dagegen brachten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien bedeutend mehr. Die Mehrzufuhren und die Zurückhaltung der Käufer führte für beide Sorten einen stärkeren Preisrückgang herbei; lediglich prima leichte Fleischschweine könnten die Vorwochenpreise noch schwach behaupten. Die Zufuhren auf dem Jung- und Stechviehmarkt waren etwas geringer.

.....
Spenden. Herr Jakob Turnauer hat dem Mautner-Markhof'schen Kinderspital der Stadt Wien 2102 Schilling und die Elternvereinigung der Mädchen-Haupt- und Bürgerschule in Ottakring in der Lorenz Mandlgasse einen Stutzflügel gespendet. Der Bürgermeister hat in der gestrigen Gemeinderatssitzung den Spendern den Dank ausgesprochen.

Der Parteienverkehr im Wohnbausteuerbüro. Die Novellierung des Mietengesetzes brachte es mit sich, dass im Laufe der letzten zwei Monate eine grosse Anzahl von Parteien im Wohnbausteuerbüro der Magistrats-Abteilung 5 erschien, um in die Hauszinssteuerfassungen und in die Wohnbausteuerbemessungsgrundlagen Einsicht zu nehmen. So waren es im Juli 7883 und im August 6708 Personen. Dieser Andrang hat es notwendig gemacht, den Parteienverkehr, der bis dahin auf Montag, Mittwoch und Freitag beschränkt war, vom 6. Juli an auf alle Tage der Woche auszudehnen. Der grosse Parteizustrom und der Umstand, dass die Tage ohne Parteienverkehr abgeschafft waren, verursachten eine starke Verzögerung der sonstigen Amtsgeschäfte. Da nunmehr der aussergewöhnlich starke Parteienverkehr abgeflaut ist, wird er für das Wohnbausteuerbüro wieder auf Montag, Mittwoch und Freitag von 8 Uhr bis 13 Uhr eingeschränkt.

.....

Goldene Hochzeiter. Am Donnerstag feierten die Ehepaare Theodor und Theresia Bibus, Franz und Magdalena Hartmann, Julius und Anna Kofron, Georg und Antonia Plauka, Ferdinand und Anna Liebler, Mano und Deborah Kolisch, Michael und Josefine Wolf und Georg und Hermine Kraus das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte den Jubelpaaren amtsführender Stadtrat Julius Einder die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

266 Einäscherungen im August. In der Feuerhalle der Stadt Wien wurden im August 266 Leichen eingeäschert. 169 von den Verstorbenen waren männlichen und 97 weiblichen Geschlechtes. 152 waren römisch katholisch, 3 waren Altkatholiken, 25 evangelisch, 70 konfessionslos und 16 waren Juden. In der Zeremonienhalle wurden im August 56 Einsegnungen nach altkatholischem und 25 nach evangelischem Ritus vorgenommen. 234 Leichen wurden aufgebahrt.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf dem Alsergrund in der Rögergasse, Georg Siglgasse, Schulz Strassnitzkigasse, Gläsergasse, Strohbeckgasse und Clusiusgasse und in Favoriten in der Wienerbergstrasse, Unter Meidlingerstrasse, Kastanienallee, Rotdornallee, Eschenallee, im Birkenhof, Fliederhof und Ulmenhof in Betrieb gesetzt.

.....

Wien, am Montag, den 10. September 1929

.....
Zum Brande in der jugoslawischen Gesandtschaft. Heute vormittag erschien der jugoslawische Gesandte Exzellenz Milan Miloyevitch beim Bürgermeister. Der Gesandte dankte in herzlichen Worten dem Bürgermeister für die aufopfernde Tätigkeit der Wiener Feuerwehr, die diese beim Brande in der jugoslawischen Gesandtschaft entfaltet hat. Er ersuchte den Bürgermeister, dem Feuerwehrkommando und der Feuerwehrmannschaft seinen Dank und seine Anerkennung für die vorbildliche Hilfsbereitschaft auszusprechen. Bürgermeister Seitz dankte dem Gesandten für die Aufmerksamkeit und versicherte ihm, dass die Wiener Feuerwehr wie in allen so auch in diesem Falle nur ihre Pflicht erfüllt habe. Er nehme mit Freuden die herzliche Anerkennung entgegen und werde sie in der entsprechenden Form den braven Feuerwehrleuten übermitteln.

.....
Die Schaufensterdekorateure im Wiener Rathaus. Anlässlich des gegenwärtig in Wien tagenden internationalen Kongresses der Schaufensterdekorateure veranstaltet die Stadt Wien Sonntag nachmittag im Rathaus einen Empfang, bei dem Bürgermeister Seitz die Kongressteilnehmer in Wien herzlich willkommen hiess. Die Schaufensterdekorateure, sagte der Bürgermeister, sind Bahnbrecher einer neuer Kunst. Sie sind nicht nur als Kaufleute, sondern auch als Künstler international. Im Namen der Gäste dankte der Syndikus des Bundes der Schaufensterdekorateure Oesterreichs Dr. Schulhof für die überaus freundliche Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. An dem Empfang nahmen unter anderm die amtsführenden Stadträte Kokrka und Linder teil.

.....
Was uns die Statistik sagt. Nach einer Mitteilung des städtischen statistischen Amtes zählte die Stadt Wien Ende August 1,849.848 Einwohner. Von diesen sind 995.955 weiblichen und 853.893 männlichen Geschlechtes. Im August heirateten in Wien 1641 Paare. Vor den römisch katholischen Seelsorgern wurden 946 Ehen und vor der politischen Behörde 372 geschlossen. Gestorben sind im August in Wien 1900 Personen. Von den Verstorbenen waren 951 männlichen und 949 weiblichen Geschlechtes. In Anstalten starben 188. und in ihren Wohnungen 720 Menschen. 1765 gehörten der Wiener Bevölkerung an, 135 waren ortsfremd. Die meisten Verstorbenen, und zwar 466, waren über 70 Jahre alt. Die häufigste Todesursache war der Krebs, an dem 305 Menschen starben.

Wien, am Dienstag, den 10. September 1929

Geehrte Redaktion!

Am Sonntag, den 15. September werden die grossen städtischen Wohnhausanlagen auf den Gründen der ehemaligen Krimskykaserne und die umliegenden Wohnhausbauten durch den Bürgermeister feierlich eröffnet. Um der Redaktion Gelegenheit zu geben, diese Anlagen vor der offiziellen Eröffnung zu besichtigen, ersucht der amtsführende Stadtrat für Wohnungswesen Anton Weber um Entsendung eines Vertreters Ihrer Redaktion zu einer

V o r b e s i c h t i g u n g

am Samstag, den 14. September 1929. Zusammenkunft 10 Uhr vormittags auf der Terasse der Wohnhausanlage in der Rabengasse (Strassenbahnlinie F (Haltestelle Schrottgasse) und J (Haltestelle Rüdengasse).

Wir ersuchen bis längstens Freitag, den 13. September, den Vertreter Ihrer Redaktion namhaft zu machen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Demnächst werden in der Inneren Stadt die Löwelstrasse, Schauflergasse, der Platz um das Burgtheater und der Ballhausplatz mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren für ~~September~~ sind unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses für August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Verrechnung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

461.679 Gaskonsumenten in Wien. Die starke Zunahme der Gasabnehmer in Wien hält dauernd an. Während die städtischen Gaswerke am 31. Dezember 1913 nur 211.815 Gasabnehmer zählten, bezogen am 31. August dieses Jahres nicht weniger als 461.679 Konsumenten Gas von den städtischen Gaswerken. Diese haben auch im August zahlreiche Teilzahlungsanlagen eingerichtet. Vom 1. Jänner bis 31. August dieses Jahres wurden 35 Häuser mit 177 Wohnungen mit Teilzahlungsanlagen ausgestattet.

Bezirksvertretung Rudolfsheim. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am Freitag, den 13. September, um 18 Uhr statt.

Faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.



Additional faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

Schule
wartetes Relief

in dieser

4. Beilagen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

312

Wien, am Dienstag, den 10. September 1929

Zweite Ausgabe

.....

Verhandlungen mit dem Verbands der städtischen Angestellten. Der vor wenigen Wochen getroffenen Vereinbarung entsprechend, hat der Personalreferent der Gemeinde Wien, amtsführender Stadtrat Paul Speiser, für heute Dienstag das Verhandlungskomitee des Verbandes der städtischen Angestellten zu einer Verhandlung eingeladen, an der auch Magistratsdirektor Dr. Hartl teilnahm. In der Sitzung wurden die in der Zwischenzeit über die Kosten der einzelnen Forderungen angestellten Berechnungen vorgelegt und über die anhängigen Gruppenwünsche eine mehrstündige Debatte abgeführt. Nach deren Abschluss verwies Verbandspräsident Rumler auf die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen Gehaltserhöhung. Amtsführender Stadtrat Speiser erklärte sich namens der Gemeindeverwaltung bereit, auch in Verhandlungen über eine allgemeine Bezugserhöhung einzutreten, die jedoch in einem Zusammenhang mit der Erfüllung oder Rückstellung von Gruppenwünschen stehen müsse. Die Verhandlungen werden morgen Mittwoch fortgesetzt.

.....

Wien, am Mittwoch, den 11. September 1929

Ein "Franz Silberer Hof" in Wien. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien auf der Landstrasse, und zwar auf dem Kardinal Naglplatz, eine grosse Wohnhausanlage errichtet. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat nunmehr am Dienstag beschlossen, diesen Wohnhausbau "Franz Silberer-Hof" zu benennen. Franz Silberer war der Führer der österreichischen Bäckereiarbeiter. Im Jahre 1898 wurde er zum Gehilfenobmann der Wiener Bäckergehilfen und im Jahre 1911 als Vertreter des III. Wiener Gemeindebezirkes in den Reichstag gewählt. Er verunglückte am 7. Jänner 1912 anlässlich der Besteigung des Hundssteines tödlich. Die Erläuterungstafel wird folgende Inschrift haben: "Franz Silberer, 1871-1912. Abgeordneter, gewerkschaftlicher Führer der Bäckereiarbeiter."

Tagung der Kleinwirtschafter. Morgen Donnerstag beginnt im Festsaal des Alten Rathauses der erste Kongress der österreichischen Kleinwirtschafter. Die Tagung dauert bis 16. September und ist vom Verband der österreichischen Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter einberufen. Angemeldet sind ungefähr 400 Delegierte. Auf der Tagesordnung stehen interessante Referate über das Kleingartenwesen. Die Oesterreichische Gemeinde-Zeitung hat ein eigenes Sonderheft der Tagung gewidmet, das Beiträge des Stadtrates Weber, der Gemeinderäte Dr. Friedjung und Hofbauer, des Verbandspräsidenten Gogg und anderer enthält. Besondere Beachtung verdienen zwei Farbendrucke, die dem Heft angeschlossen sind und die die Dauerkleingartengebiete und die derzeitigen Kleingartenanlagen in Wien zeigen.

Die ermässigten Wassergebühren. Der Magistrat hat festgestellt, dass zahlreiche Wasserverbraucher, die auf den besonderen Wasserbezug Anspruch hätten, trotz dem Inkrafttreten der neuen ermässigten Gebühren, die für den Kubikmeter 12 Groschen betragen, ihren Anspruch bisher nicht geltend gemacht haben. Die Parteien können die Anmeldung unter Vorlage der entsprechenden Nachweisungen, insbesondere des Gewerbescheines, beim Betrieb "Wasserversorgung", VI., Grabnergasse 6, täglich von 8 bis 12 Uhr erstatten.

Die neue Wohnhausanlage auf den Gründen der ehemaligen Krimskykaserne. Wir machen neuerlich auf die Vorbesichtigung der neuen städtischen Wohnhausanlage auf den Gründen der ehemaligen Krimskykaserne durch die Wiener Presse aufmerksam. Die Pressevorbesichtigung findet am kommenden Samstag um 10 Uhr vormittags statt. Zusammenkunft auf der Terasse der Wohnhausanlage in der Rabengasse (Strassenbahnlinie F (Haltestelle Schrottgasse) und J (Haltestelle Rüdengasse). Um eheste Anmeldung wird gebeten.

J. Bielew

Wien, am Donnerstag, den 12. September 1929

.....
Die Wiener Kleingärten.

26.000 Kleingärtner mit 7'32 Millionen Quadratmeter Gartengrund in Wien.

Wie schon berichtet, beginnt morgen Freitag der erste Kongress der Cesterreichischen Kleinwirtschafter. Aus diesem Anlass ist es nicht uninteressant, die Entwicklung der Wiener Kleingartenbewegung kennen zu lernen.

Vor dem Krieg hat der Kleingarten keine Rolle in Wien gespielt. Die ersten Kleingärten befanden sich ausserhalb von Wien bei Purkersdorf und wurden von einem Naturheilverein angelegt. Der erste wirkliche Kleingarten in Wien entstand im Rosental an einem steilen Anhang in der Nähe der Irrenanstalt Am Steinhof, weshalb auch die dortigen Kleingärtner lange Zeit die "Harmlosen vom Steinhof" genannt wurden. Später entstanden dann noch andere Kleingärten, aber, alles zusammen, dürften damals kaum 500 Personen an der Kleingartenbewegung teilgenommen haben.

Die überaus rapide Entwicklung im Kleingartenwesen fällt in die Kriegs- und Nachkriegszeit, da damals die Wiener Bevölkerung öffentlich aufgefordert wurde, jedes brachliegende Grundstück zu bewirtschaften. So kam es, dass gegenüber 500 Kleingärtnern mit 150.000 Quadratmetern Kleingartengrund im Jahre 1914 im nächsten Jahr schon 1500 Kleingärtner mit 450.000 Quadratmetern Kleingartengrund gezählt werden konnten. 1916 pflegten 3000 Kleingärtner 9000 Quadratmeter Gartengrund, 1917 schon 6000 Kleingärtner 1'8 Millionen Quadratmeter, und 1918 gab es 9000 Kleingärtner mit 2'7 Millionen Quadratmeter Gartengrund. In den nächsten zwei Jahren nahm das Kleingartenwesen eine noch stärkere Entwicklung. Im Jahre 1919 wurden in Wien schon 14.000 Kleingärtner mit 4'2 Millionen Quadratmeter Gartengrund und im Jahre 1920 25.000 Kleingärtner mit 7'5 Quadratmeter Gartengrund gezählt. Seither ist die Zahl der Kleingärtner zunächst noch ein wenig gestiegen und dann langsam gefallen. Heute zählt Wien 25.695 Kleingärtner und ihre Kleingärten sind 7'32 Millionen Quadratmeter gross. Die ausgedehntesten Kleingärten befinden sich in Floridsdorf. Sie haben eine Grösse von 1'61 Millionen Quadratmeter. Dann folgten Hietzing mit 989.834 Quadratmeter, Simmering mit 887.024 und Favoriten mit 781.436 Quadratmeter. Die wenigsten Kleingärten hat Alsergrund. Dort pflegen nur 13 Kleingärtner 2313 Quadratmeter Gartengrund

Die Kleingartenbewegung findet bei der Gemeindeverwaltung die grösste Unterstützung. Sie schuf eine eigene Körperschaft, den Gemeinderätlichen Unterausschuss für Kleingartenwesen, dem die Regelung aller Fragen des Kleingarten-

tenwesens im Rahmen der Gemeindeverwaltung obliegt. Ferner wurde die städtische Kleingartenstelle errichtet, die ausschliesslich damit beschäftigt ist, den Kleingärtnern beratend zur Seite zu stehen. Um das Kleingartenwesen in geregelte Bahnen zu lenken, wurde zunächst ein Kleingarten regulativ geschaffen, das im Vorjahr durch eine Kleingartenordnung ersetzt wurde. Die Gemeinde versucht auch, durch Prämierungen der besten Kleingartenlauben und Kleingartenanlagen die Kleingärtner anzueifern, ihre Gärten so schön als möglich zu gestalten. Die ersten Prämierungen erfolgten im Jahre 1923. Der hierfür verwendete Betrag erreichte heuer bereits 19.500 Schilling. Viele Kleingärten Wiens wären nicht möglich, wenn den Kleingärtnern nicht die Zuleitung und Hochquellenwasser gestattet würde. Die Kleingärtner erhalten das Wasser zu begünstigten Bedingungen als Nutzwasser. Im Vorjahr wurden von ihnen nicht weniger als 813 Millionen Liter verbraucht, der Gesamtwasserverbrauch seit 1923 macht 3615 Millionen Liter Wasser aus. Zu den besonderen Leistungen der Gemeinde Wien gehört auch die Kreditgewährung. Die Kredite dienen hauptsächlich dazu, den Kleingärtnern die Errichtung ihrer Einfriedungen und die Anlegung der Wasserleitungen zu ermöglichen. Für das laufende Jahr sind solche Kredite im Ausmass von 300.000 Schilling vorgesehen. Einem langgehegten Wunsch der Kleingärtner nachkommend, hat die Gemeinde Wien eine Anzahl von Kleingartendauergebieten geschaffen und dadurch wesentlich zur Stabilisierung der Kleingartenbewegung beigetragen. Den mächtigsten Impuls gab die Gemeinde Wien der Kleingartenbewegung durch die Schaffung von Musteranlagen. Das Gesamtausmass dieser Musteranlagen beträgt heute schon über 300.000 Quadratmeter. Schliesslich widmete die Gemeinde für Kleingartenzwecke 3'7 Millionen ^{Grund} Quadratmeter/gegen einen äusserst niedrigen Pachtzins. Da das Gesamtausmass der Wiener Kleingärten 7'32 Millionen Quadratmeter ausmacht, hat also die Gemeinde mehr als die Hälfte davon der Kleingartenbewegung zur Verfügung gestellt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf der Landstrasse in der Dietrichgasse und Schwaibengasse und in Fünfhaus auf dem Rustensteg in Betrieb gesetzt.

Freie Arztenstelle. Im Leopoldstädter Kinderspital der Stadt Wien ist ab 1. November die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen. Gesuche um diese Stelle sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis spätestens 26. September im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien, I., Neues Rathaus einzubringen.

Wien, am Donnerstag, den 12. September 1929 Zweite Ausgabe

.....
Die neue Bauordnung. Die vom Wiener Landtag zur Beratung der neuen Bauordnung eingesetzte Kommission hatte in der letzten Sitzung beschlossen, einen Bericht über das Ergebnis der Beratungen und gleichzeitig auch den Bauordnungsentwurf in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse zu veröffentlichen, um allen Kreisen Gelegenheit zur Kenntnisnahme zu geben. Dieser Bericht und die neue Fassung des Bauordnungsentwurfes sind nunmehr in Druck erschienen und können bei der Schriftleitung des Amtsblattes der Stadt Wien, I., Neues Rathaus, I. Stock, Tür 21, bezogen werden. Der Preis beträgt drei Schilling. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, dass der Magistratsentwurf einer sehr eingehenden Umarbeitung unterzogen wurde. Der Gesetzentwurf wurde seinerzeit nicht nur der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und der Kammer für Angestellte und Arbeiter, sondern auch einer Reihe von Fachkörperschaften zur gutächtlichen Aeusserung übermittelt. Ueberdies wurde allen diesen Körperschaften auch Gelegenheit gegeben, noch mündlich vor der Kommission in einer Enquete ihre Stellungnahme vorzubringen und ihr Gutachten zu begründen. Auch mit dem Bundesministerium für Handel und Verkehr fanden mehrere Beratungen statt, an der Vertreter aller Ministerien teilnahmen. Ueber Auftrag der Landtagskommission hatte der Magistrat alle Gutachten einer eingehenden Ueberprüfung unterzogen. Die gutächtlichen Aeusserungen, das Ergebnis der Enquete und die Besprechungen mit den beteiligten Bundesministerien haben vor allem gezeigt, dass gewisse Bestimmungen zu missverständlichen Auffassungen Anlass gegeben haben und in ihnen Härten gesehen wurden, die niemals beabsichtigt waren. Um diese Missverständnisse zu beseitigen, wurden die betreffenden Bestimmungen soweit geändert, als es mit den öffentlichen Interessen, die durch die neue Bauordnung zur Geltung kommen sollen, vereinbar war. Ausserdem hat die Kommission, die insgesamt 14 Sitzungen abhielt, noch eine Reihe von Abänderungen beschlossen, die eine noch grössere Rechtssicherheit schaffen und wirtschaftliche Erleichterungen bringen. Dem Bericht sind im Anhang verschiedene Zusammenstellungen angeschlossen, die über die Auswirkung der Bestimmungen der neuen Bauordnung Aufschluss geben. Insbesondere muss auf die Zusammenstellung jener Bestimmungen verwiesen werden, die gegenüber der geltenden Bauordnung wesentliche Vorteile und Erleichterungen in wirtschaftlicher Beziehung und erhöhte Rechtssicherheit schaffen. Vor Beginn der Beratungen des Landtages selbst wird die Kommission Mitte Oktober noch einmahl zusammentreten. Hierauf wird der Bericht zur endgültigen Verabschiedung an den Landtag geleitet werden.

.....

Wien, am Freitag, den 13. September 1929 Erste Ausgabe

.....
Samstag Festbeleuchtung des Rathauses. Anlässlich der Tagung der deutschen lichttechnischen Gesellschaft wird morgen Samstag von 20 Uhr bis 21 Uhr das neue Wiener Rathaus festlich beleuchtet.

.....
Wiedereröffnung des städtischen Uhrenmuseums. Das Uhrenmuseum der Stadt Wien, I., Schulhof 2 wird morgen Samstag wieder eröffnet. Die erste Führung findet morgen pünktlich um 10 Uhr statt. Regelmässige Führungen finden jeden Dienstag, Mittwoch und Samstag um 10 Uhr vormittags und ausserdem Dienstag und Samstag um 16 Uhr statt. Die Führungen dauern ungefähr eine Stunde und sind kostenlos. An Sonn- und Feiertagen ist das Uhrenmuseum geschlossen. Der Eintrittspreis beträgt 40 Groschen.

.....
Stromabschaltung. Im Hause IX., Pfluggasse 4 wurde die elektrische Installation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl sie die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuergefahr bildete. Um Unglücksfällen vorzubeugen, musste daher die zuständige Magistratsabteilung am 5. September in diesem Hause den elektrischen Strom vom städtischen Kabel abschalten.

.....
Freie Arztenstelle. In der Abteilung für Nasen-, Ohren- und Kehlkopfkrankheiten des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz ist ab 1. November die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen. Gesuche um diese Stelle sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis spätestens 26. September im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien, I., Neues Rathaus einzubringen.

.....
Bezirksvertretung Brigittenau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau findet am Donnerstag, den 3. Oktober, um 19 Uhr statt.

.....
Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. Oktober beginnen in der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3 und III., Petrusgasse 10, folgende Kurse: Kochkurs, Abendkochkurse, Abendweissnähkurse, Abendschneiderkurse und Servierkurse. Einschreibung täglich.

Wien, am Freitag, den 13. September 1929 Zweite Ausgabe

Pariser Kommunalpolitiker in Wien.

Am Mittwoch sind 18 Mitglieder des Pariser Gemeinderates und des Generalrates des Seine Departements zu einem kurzen Aufenthalt in Wien eingetroffen. Sie besichtigten vorgestern und gestern eine Reihe von kommunalen Einrichtungen, so den städtischen Wasserversorgungsbetrieb, die Einrichtungen auf dem Gebiete des Kanalisationswesens und des Strassenreinigungswesens, städtische Wohnhausanlagen und die kommunalen Bäder. Die Mitglieder der französischen Delegation, in der alle Parteirichtungen vertreten sind, statteten heute mittag unter Führung des französischen Gesandten Exzellenz Clauzel dem Bürgermeister einen Besuch ab. Bürgermeister Seitz gedachte mit sehr herzlichen Worten seines Besuches der Stadt Paris im Jahre 1925, gelegentlich der Internationalen Kunstgewerbeausstellung. Gerade jetzt, sagte der Bürgermeister, während alle grossen Städte und Nationen immer noch an der Beseitigung der Folgen des Krieges arbeiten, kommt dem Verkehr der Städteverwaltungen untereinander die grösste Bedeutung zu. Die Verbindung aller Nationen in wirtschaftlicher Hinsicht ist das Ziel für die nächste Zukunft. Es wird jetzt, gerade während der Weltfriede in grossen Konferenzen gefestigt werden soll, viel davon gesprochen, dass einzelne Staaten, besonders Oesterreich, von inneren Wirren bedroht seien. Die Wiener und die österreichische Bevölkerung sind friedliebend. Das österreichische Volk hat unter dem Krieg genug gelitten und kennt die grossen Gefahren, die Oesterreichs Stellung in der Welt und seine Entwicklung wenn es nicht gelänge, den inneren Frieden zu bewahren. Es wird kaum einen eras-
ten und verantwortlichen Menschen in Oesterreich geben, der eine solche Gefahr heraufbeschwören und die Verfassung oder die Demokratie wirklich gefährden wollte. Die friedliebende Mehrheit des Volkes wird stark genug sein, jedem solchen Versuch, wenn er wirklich gewagt würde, ^{mit entscheidender Kraft} entgegen zu treten. Nachdem der Bürgermeister der Delegation für ihren Besuch gedankt hatte, sprach Gemeinderat Noyaux namens der Delegation dem Bürgermeister seine Anerkennung über die städtische Verwaltungsarbeit aus, die insbesondere in den technischen Gebieten das regste Interesse der Delegation gefunden hat. Wir haben eine Reihe von vorbildlichen Einrichtungen kennen gelernt, die wir beim Ausbau der Pariser Verwaltung verwerten wollen. Am Nachmittag setzten die französischen Gäste ihre Besichtigungen fort.

Wien, am Freitag, den 13. September 1920. D r i t t e Ausgabe

Die Gehaltsbewegung der städtischen Angestellten

Die Verhandlungen, die der Personalreferent der Gemeinde Wien, Stadtrat Speiser, mit dem Verband der städtischen Angestellten führt, sind nach mehrtägiger Dauer ziemlich weit vorgeschritten. Der Verband legt den grössten Wert darauf, dass die allen Angestellten zugute kommenden Zuwendungen in die erste Reihe gerückt werden. Die Gemeindeverwaltung vertritt daher den Standpunkt, dass jene Gruppenforderungen, deren Erfüllung bedeutendere Geldsummen in Anspruch nehmen würde, zurückgestellt werden müssen. Aus der zahlreichen Forderungen von geringerer finanzieller Auswirkung sind insbesondere jene zur Erfüllung in Aussicht genommen, deren Bewilligung keine Rückwirkung auf andere Gruppen hat. Das Hauptgewicht wird aber auf die allgemeine Bezugserhöhung gelegt werden.

Stadtrat Speiser stellte das Verlangen, dass das begonnene Reformwerk in Aemtern, Schulen und Hoheitsbetrieben mit grösster Energie fortgesetzt werde. Die Verbandsvertreter sagten die volle Mitwirkung der Gewerkschaft und der Personalvertretung bei dieser Arbeit zu. Ueber die Durchführung dieser Aktion werden ebenso wie über die allgemeine Bezugserhöhung und die Gruppenwünsche die Verhandlungen weitergeführt. Es besteht Aussicht, dass die Verhandlungen in der nächsten Woche zum Abschluss gelangen.

Ebenso werden in der nächsten Woche die Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten geführt werden. Auch die Verhandlungen mit dem Werkstättenpersonal der städtischen Strassenbahnen sind weit vorgeschritten. Im Laufe der nächsten Woche werden überdies die Verhandlungen bei einer Reihe anderer städtischer Betriebe aufgenommen werden, so bei der städtischen Feuerwehr, bei der städtischen Leichenbestattung, beim städtischen Autobusbetrieb, beim städtischen Fuhrwerksbetrieb und bei anderen kleineren Betrieben.

Wien, am Freitag, den 13. September 1929 Vierte Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 13. September 1929-

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17'15 Uhr.

Er teilt zunächst mit, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen und zwar ~~ein~~ Dringlichkeitsantrag der GR. Kunschak und Zimmerl betreffend die Ermässigung beziehungsweise Aufhebung von Gemeindeabgaben. In dem Dringlichkeitsantrage wird darauf verwiesen, dass St. R. Breitner schon anlässlich des Beschlusses ^{über die} im August 1922 im Höchststadium der Geldentwertung beschlossenen Gemeinde- und Landesabgaben sich dessen bewusst war, dass diese Abgaben nur als Notmassnahmen gerechtfertigt seien, und bei geänderten Währungsverhältnissen wieder abgebaut werden müssen, und er hat es auch in der Sitzung des Wiener Landtages vom 29. August 1922 ausdrücklich fest gestellt. Seither sind 7 Jahre stabilisierten Geldwertes vorübergegangen, ohne dass auch nur eine dieser Abgaben aufgehoben oder wesentlich gemildert worden wäre. Die christlichsoziale Partei hat St. R. Breitner wiederholt auf sein Versprechen aufmerksam gemacht und insbesondere in der Debatte über den Voranschlag für das Jahr 1927 die Herabsetzung beziehungsweise Aufhebung einer Reihe dieser Abgaben beantragt. Obwohl der Gemeinderat damals beschlossen hat, diese Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen wurde in den Jahren 1927 1928 leider nur ein teilweiser und ganz unzulänglicher Erfolg erzielt. So erfreulich es ist, dass sich nun St. R. Breitner endlich zu der Notwendigkeit der Herabsetzung bestimmter Gemeinde- und Landesabgaben bekannt hat, so unzulänglich sind die Anträge, die er diesbezüglich zu unterbreiten beabsichtigt. Die christlichsoziale Minderheit fühlt sich verpflichtet gegenüber diesen Ankündigungen ihre Anträge neuerlich in Erinnerung zu bringen und zu verlangen, dass über diese Anträge Bericht erstattet werde. Es ist absolut unzulässig, dass der amtsführende Stadtrat vom Gemeinderat einstimmig der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesene Anträge ignoriert. Die finanzielle Lage der Gemeinde gestattet ohne Schwierigkeit eine grundlegende Aenderung des städtischen Abgabewesens, die allgemeine wirtschaftliche Lage heischt gebieterisch, dass die gründliche Aenderung raschestens vorgenommen werde. Es wird daher beantragt, der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II sei zu beauftragen, mit aller Beschleunigung über die von der christlichsozialen Partei anlässlich der Debatte über den Voranschlag für

das Jahr 1927 gestellten und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesenen Anträge dem Gemeinderat bzw. Landtag Bericht und Antrag vorzulegen.

Ein zweiter Dringlichkeitsantrag des GR. Daffinger beschäftigt sich mit den Unglücksfällen auf den städtischen Strassenbahnen. Es wird darauf verwiesen, dass sich im Verlauf des heurigen Sommers die Zahl der Zusammenstösse und Unfälle auf den Strassenbahnen neuerlich in bedenklicher Weise gemehrt hat, Durch die Häufung solcher Unfälle wird die Oeffentlichkeit in eine grosse Beunruhigung versetzt, zumal die Ursachen derselben nach Zeitungsberichten nicht in Zufälligkeiten sondern zumeist im Versagen der Bremsvorrichtungen, zum Teil auch in schadhaften Material gelegen sein sollen. Es wird beantragt, der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgrippe VIII sei zu beauftragen, die wahren Ursachen dieser Unfälle durch eine eingehende Untersuchung in einwandfreier Weise feststellen zu lassen und hierüber dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung zu berichten und bis zu demselben Zeitpunkt dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, ob und welche Vorkehrungen zur Verhütung solcher Unfälle getroffen und welche Massnahmen erforderlich sind, um die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten.

Der Antrag betreffend die Inanspruchnahme von Bundeszuschüssen im Sinne des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes für die Errichtung von 10.000 Wohnungen in der Zeit des 31. Dezember 1932 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ohne Debatte werden angenommen ein Kredit von 700.000 Schilling für ^{Anträge} Gleiserneuerungen und Stossvorkehrungen, betreffend die Errichtung eines Volkswohnhausbaues in der Siebenbrunnenfeld - und Einsiedlergasse betreffend den Neubau von Hauptunratskanälen in der Röntgengasse, in der Goldschlagstrasse Drechslergasse und Hickelgasse und in der Vorgartenstrasse und Engerthstrasse sowie am Handelskai. Ferner ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und den Firmen Rudolf Schmidt und Co. und oesterreichische Schmidtstahlwerke A.G. betreffend Austausch der Teilflächen der aufzulassenden Süßmayer und Betrubangasse gegen Gründe an der äusseren Gürtelstrasse. Weiters ein Kredit von 36.000 Schilling für bauliche Herstellungen in der Kaianlage der städtischen Lagerhäuser.

Vizebgm. Emmerling berichtet über den Antrag; die Gemeinde Wien stimmt einer Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m.b.n. von einer Million Schilling auf fünf Millionen Schilling zu und stellt hiefür einen Betrag von 3,920.000 Schilling zur Verfügung; die mit früheren Gemeinderatsbeschlüssen auf fünf Millionen Schilling erhöhte Haftung für Betriebskredite der Land- und forstwirtschaftlichen Be-

triebsgesellschaft wird auf die Höhe des Kreditbetrages von 1,500.000 Schilling eingeschränkt gleichzeitig wird auf die mit Gemeinderatsbeschluss vom 10. Oktober 1924 festgesetzte an die Gemeinde Wien zu leistende Vergütung für die Haftung bezüglich des in Anspruch genommenen Kredites ab 1. Jänner 1929 verzichtet. Es wird ferner der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft ein Betrag vergütet, der den in den früheren Jahren geleisteten Haftungsgebühren entspricht. Vizebgm. Emmerling bemerkt hiezu, dass die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft mit dem ursprünglichen Stammkapital von 300.000 Schilling und auch mit dem im Jahre 1928 erhöhten Kapital von einer Million Schilling das Auslangen nicht habe finden können und dass die Gesellschaft daher gezwungen war viel Leihkapital aufzunehmen dessen Verzinsung für die Gesellschaft ausserordentlich belastend war. Zu dem musste einer Auffassung der Steuerbehörde Rechnung getragen und auch das Leihkapital der Besteuerung unterzogen werden. Es haben mehrere Sitzungen des Aufsichtsrates der Gesellschaft stattgefunden und schliesslich wurde in der Generalversammlung einstimmig der Beschluss gefasst eine entsprechende Kapitalserhöhung vorzunehmen und es wurde der Gemeinde Wien nahegelegt auf die von ihr eingehobene Haftungsgebühr von 3 Prozent zu verzichten. Diese Anträge hat der Finanzausschuss gutgeheissen und darüber hinaus den Beschluss gefasst der Gesellschaft nicht nur für die Zukunft die Haftungsgebühr zu erlassen sondern ihr auch die bisher von der Gemeinde in Anspruch genommene Haftungsgebühr in einem Betrage von 374.000 Schilling zu geben. Und zwar für verschiedene Arbeiten, die die Gesellschaft für die Gemeinde leistet. Ausserdem wird sich die Gemeinde Wien bemühen, der Gesellschaft einen Betriebskredit im Ausmass von eineinhalb Millionen Schilling zu verschaffen und sie wird für diesen Betrag die Haftung übernehmen.

GR. Huber (EL.) erinnert daran, dass er schon zu wiederholten Malen es bemängelt habe, dass die Land- und forstwirtschaftliche Gesellschaft der Gemeinde Wien drei Prozent Haftungsgebühr für die ihr erteilten Kredite zu bezahlen hat. An dem Schicksal dieser Gesellschaft erkennt man am besten, wie ausserordentlich schwer die Landwirtschaft heute belastet ist und wie unrecht die Sozialdemokraten haben, die in ihren Zeitungen immer davon schreiben, dass die Landwirtschaft die Konsumenten auswuchern will. Die Gesellschaft hat obzwar ein namhafter Betrag aus den Erträgen der Dollaranleihe abgeschrieben wurde, ein Defizit von 273.000 Schilling. Das Lohn- und Gehaltskonto der Gesellschaft hat sich, obzwar ein Personalabbau durchgeführt wurde um 1,400.000 Schilling/erhöht, gegenüber dem Jahre 1923 die sozialen Lasten von 82.000 auf 218.300 und die Zinsen und Haftungsgebühren in demselben Zeitraume von 78.500 auf 416.000 Schilling (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der E.L.) Die Fürsorgeabgabe ist von 17.600

auf 81.900 gestiegen (Hört! Hört bei der E.L.) die Grundsteuer und die Zuschläge von 123.000 auf 430.000 (Hört! Hört!) Jetzt auf einmal nach zehn Jahren haben die Sozialdemokraten ihr Herz für diese Gesellschaft entdeckt. Der Redner bespricht sodann ausführlich über die Gemüse und Obst A.G. In dieser Gesellschaft habe er vor eineinhalb Jahren den Antrag gestellt den Konkurs zu erklären da das Aktienkapital der Gesellschaft 100.000 Schilling beträgt, die Gesellschaft aber 300.000 Schilling an die Zentralsparkasse schuldig ist (Hört! Hört bei der E.L.) Der Antrag wurde nicht angenommen. Man hat den Zentraldirektor Willner von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft nun mit der Führung der Obst und Gemüse A.G. betraut, es ist aber diesem Mann nicht gelungen diese Gesellschaft zum Leben zu bringen. Man hat davon gesprochen, dass die Obst und Gemüse A.G. die Lieferungen für die Anstalten der Gemeinde Wien übernehmen soll, aber diese Anstalten haben von der Gesellschaft nichts wissen wollen (Hört! Hört! bei der E.L.) Im Jänner d.J. wurde in einer Verwaltungsratssitzung die Bilanz vorgelegt und mitgeteilt, dass die Obst und Gemüse A.G. im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 2400 Schilling gehabt habe. In Wirklichkeit war ein Defizit von 2000 Schilling vorhanden. (Hört! Hört bei der E.L.) Der Prokurist dieser Gesellschaft hat nichts anderes zu tun gehabt als den Wareneinkauf und Verkauf zu leiten. Der Buchhalter hatte von der Buchhaltung keine Ahnung, er ist ein gewesener Musikant (Hört! Hört bei der E.L.) Die Obst und Gemüse A.G. hatte einen Kassastand von 2499 Schilling ein Guthaben an die Postsparkasse von 460 Schilling an Dubiosen Debitoren 77854 Schilling an Mobilien den viel zu hoch eingesetzten Betrag von 48546 Schilling und noch eine Post von 15.000 Schilling für alte Säcke und Körbe als Aktivum eingestellt. Dagegen an Passiven ein Aktienkapital von 100.000 Schilling, Schulden an die Zentralsparkasse von 447.000 Schilling, 153.000 Schilling und 29.000 Schilling, Schulden an die Lieferanten von 239.000 Schilling (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.) an Transitoren 5000 Schilling sodass sich ein Verlust von ca 867.000 Schilling ergibt. Nun heiest es, dass die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft als Treuhänderin die Obst und Gemüse Gesellschaft übernehmen soll. So erklärte sich auch warum die drei Prozent Haftungsgebühren für fünf Jahre der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft zurückgezahlt werden sollen, damit sollen nämlich die Lieferanten der Obst- und Gemüse Gesellschaft bezahlt werden. (Hört-Hörtrufe bei der E.L.) Das ist ein Skandal, der in öffentlicher Gemeinderatssitzung aufgezeigt werden muss (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Diese Dinge müssen untersucht werden. Es muss auch untersucht werden, woher es kommt, dass, wenn tatsächlich ein Defizit von über 100.000 Schilling bei einer Gesellschaft vorliegt, dem Verwaltungsrat mitgeteilt wird, dass die Gesellschaft ein Aktivum von 2400 Schilling habe,

Man unterstelle endlich, das Kontrollamt dem Gemeinderat, damit dem Gemeinderat die Wahrheit gesagt werden kann. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt gerade die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft sei ein Beweis dafür, welcher Irrsinn die Sozialisierungsideen sind, von denen sich die Mehrheit leiten lasse. Diese Gesellschaft weist nach einem 10jährigen Bestande ein Defizit von 273.000 Schilling auf. In dieser Gesellschaft haben die Sozialdemokraten eine Schuldenwirtschaft betrieben, weil es ärger nicht mehr möglich ist. Die Zinslast des Unternehmens ohne Amortisation des Kapitals beträgt allein über 416.000 Schilling. Das Unternehmen hat ein Eigenkapital von einer Million Schilling und fünfmal so viel Bankschulden. Jetzt endlich nach 10 Jahren kommt man zu der Einsicht, dass es so nicht weiter geht. Man hat es sich lange Zeit nicht erklären können, warum die Gemeinde die drei Prozent Haftungsgebühr an die Gesellschaft zurückzahlt. Heute hat man erfahren, dass das deshalb geschehen ist, weil die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft zu dem eigenen kranken Unternehmen noch ein krankeres dazugenommen hat. Wir fürchten sehr, dass die Sanierung die man heute mit etwa rund 4 Millionen Schilling versucht, vergeblich sein wird, wenn der Land und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft die total verkrachte Obst- und Gemüse A.G. angeschlossen wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, aus den Kassenbeständen der Gemeinde Wien sollen 4 Millionen Schilling entnommen werden, um ein fast konkursreifes Unternehmen zu stützen. Wenn für solche Zwecke so namhafte Beträge verwendet werden können, so beweist das, dass die Gemeinde Wien wirklich grosse Ueberschüsse hat. Wenn man aber weiss, wie schwer/die Menschen in dieser Stadt arbeiten und wirtschaften müssen, muss man gegen die Art, wie Steuergelder verschwendet werden, flammenden Protest erheben. Die Fehlergebnisse bei der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft erklären sich zum Grossteil daraus, dass der Betrieb zu sehr bürokratisch geführt wurde. Die Gemeinde hat kein Recht, sich mit einem solchen Betrieb zu befassen. Man muss nur staunen, wie die Wiener Bevölkerung ruhig zusieht, wie Steuergelder verschwendet werden. Aber in der Provinz und auch schon in Wien tobt/ein Sturm gegen Sie, der Sie hoffentlich in absehbarer Zeit hinwegfegen wird. (Bravurufe bei der E.L.)

In seinem Schlusswort entgegnet zunächst Vizebgm. Emmerling den Ausführungen der einzelnen Redner. Ueber die Wiener Obst- und Gemüse A.G. sagt er, dass diese Gesellschaft aus der seinerzeitigen amtlichen Verteilungs-

stelle hervorgegangen ist. Eine sofortige Auflassung war nach Kriegsende unmöglich, weil bekanntlich noch Jahre hindurch die Beschickung des Wiener Marktes eine unregelmässige und unzureichende gewesen ist. Unter Beteiligung der Branche, unter Zuziehung von fachkundigen Firmen, die sich seinerzeit auch an der Zeichnung des Aktienkapitals beteiligten, ist die Wiener Obst- und Gemüse A. G. gegründet worden. Sie sollte nach Möglichkeit und ohne Gewinnabsicht die Zufuhren auf dem Wiener Markte steigern, zu hohe Preise verhindern und sie hat diese Aufgabe auch Jahre hindurch erfüllt. Allerdings litt sie in der Inflation des Schicksal fast aller Handels Unternehmungen, die ja nicht über wertbeständige Häuser, Anlagen, Maschinen verfügen, das heisst, ihr gesamtes Kapital ist durch die Geldentwertung einfach vermindert worden. Die Kapitalsvermehrungen sind nur in einem bescheidenen Ausmasse erfolgt. Die Gründung erfolgte am 27. Juni 1923 mit einem Kapital von bloss 17.200 Schilling. Dann folgte eine Erhöhung auf 50.000 Schilling, eine zweite auf 70.000 Schilling und eine dritte auf 100.000 Schilling. Auch das derzeitige Aktienkapital von bloss 100.000 Schilling ist natürlich für ein Geschäft dieses Umfanges und der gerade mit dem Obst und Gemüse Import verbundenen grossen Risiken viel zu gering. Dadurch musste die Obst- und Gemüse A. G. mit Kredit arbeiten. Vor allem aber und das ist das entscheidende waren die letzten drei Jahre durch plötzlich hereintretende Frostperioden gekennzeichnet. Im Frühjahr 1927 und 1928 sind ganz unvermutet die heftigsten Kälterückschläge mitten in den schönsten Frühlingstagen erfolgt und haben bei allen Zufuhren der leichtverderblichen Waren, wie es eben Obst und Gemüse sind, furchtbare Schäden angerichtet. Eine ganze lange Reihe von Privatfirmen, darunter solche, die seit Jahrzehnten in Ehren tätig waren, sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten; manche davon mussten sogar den Konkurs ansagen. Auch die Obst- und Gemüse A. G. ist von Verlusten nicht verschont geblieben. Es wurden die ernstesten Sparmassnahmen ergriffen. Auch in der Direktion hat sich ein Personalwechsel vollzogen. Die Obst- und Gemüse A. G. erhielt einen neuen leitenden Mann, den damaligen Generalsekretär des Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbandes Krisch, der als einer der tatkräftigsten, tüchtigsten und verlässlichsten Männer des ganzen Approvisionierungsgewerbes in Oesterreich mit Recht gegolten hat. Das Unglück hat es gefügt, dass Krisch nach wenigen Monaten in der Vollkraft seiner Arbeitsfähigkeit plötzlich vom Tod ereilt worden ist. Das war für die Obst- und Gemüse A. G. eine empfindliche Störung der Aufbauarbeit. Schliesslich ist es gelungen, in der Person des Zentraldirektors der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft Dr. Martin Willner einen neuen Führer zu gewinnen. Er hat die Gesellschaft nach dieser unfreiwilligen Unterbrechung mit pedantischster Sorgfalt und unter Anwendung der denkbar grössten Sparsamkeit auf eine neue Grundlage gestellt. Die vom Ver-

waltungsrat einstimmig genehmigte Bilanz des Jahres 1928 zeigt ein vollkommen erfreuliches Bild. Die Obst- und Gemüse A.G. war in der Lage, die ganzen Abfertigungen zu bestreiten, erhebliche Nachzahlungen für Ueberstunden aus früheren Jahren, die jetzt erst angemeldet wurden, nachzuzahlen, für die Zinsen des ausgeliehenen Kapitals aufzukommen und sogar noch einen Gewinn von 2000 Schilling auszusahlen. Dann kam der Schreckenswinter 1929, eine Kälteperiode, die sie seit 170 Jahren nicht dagewesen ist. Sie hat überall verheerend gewirkt, wo Einlagerungen von Obst, Gemüse und Kartoffeln erfolgt sind. Dass dabei auch die Obst- und Gemüse A.G. sehr arg betroffen worden ist, kann niemand als Schuld beigemessen werden. Dass dabei kein Versäumnis unterlaufen ist, beweist der Bericht des Marktamtes: "Das gefertigte Marktamt Grossmarkthalle, Abteilung für Viktualien, bestätigt unter Berufung auf den Diensteid, dass die Massnahmen der Wiener Obst- und Gemüse A.G., um ihr bedeutendes Warenlager in der Viktualienhalle Wien- Landstrasse und deren Magazine gegen Kälte zu schützen, alles umfassten, was überhaupt möglich war. Die Obst- und Gemüse A.G. hat nicht nur das denkbar möglichste getan, um ein Eindringen der Kälte durch die Verbindungen mit den Freien zu verhindern, sie hat auch durch Holz und Stroh die Waren nach den Wänden und vom Boden her geschützt, überdies die Ware ganz ausserordentlich durch Decken gesichert. Weiters hat sie mit Hilfe des Marktamtes und unter Zustimmung der Magistratsabteilung 42 durch Heizen der Magazine, wobei stets Feuerwache auf Kosten der Wiener Obst- und Gemüse A.G. beigezogen werden musste, versucht, die Temperatur in den Räumen zu heben. Dass trotz aller dieser Vorkehrungen nicht nur die Waren der Wiener Obst- und Gemüse A.G., sondern auch aller anderen Parteien der Markthalle entweder gänzlich vernichtet oder doch so schwer geschädigt wurden, dass sie um einen lächerlichen Mindestpreis verkauft werden mussten, ist dem elementaren Tiefstand der Temperatur zuzuschreiben und notorisch." Aus diesem Naturereignis kann man aber doch nicht ableiten, dass eine an sich nützliche Einrichtung einfach verschwinden soll. Es wird der Versuch unternommen werden, mit den denkbar geringsten Spesen und in innigster Anlehnung an die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft das Geschäft fortzuführen und auch weiterhin als Preisregulator zu funktionieren und allmählich die Verluste hereinzubringen. Bei der Obst- und Gemüse A.G. ist nichts gestohlen worden. Bei der Obst- und Gemüse A.G. hat man nicht leichtfertig spekuliert. Die Obst- und Gemüse A.G. hat einfach durch die Kältekatastrophe so gelitten, wie alle übrigen Unternehmungen dieser Branche. Das ist die ganze Wahrheit. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Schafranek (soz. dem.) beantragt eine Subvention von 500 Schilling für die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs.

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass gegen diesen Antrag im allgemeinen nichts einzuwenden sei. Man muss sich nur fragen, ob die anderen Arbeiterstudenten, die nicht sozialdemokratisch eingestellt sind, auch eine Subvention erhalten, wenn sie darum ansuchen.

In seinem Schlusswort entgegnet der Berichterstatter, dass die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs eine unpolitische Organisation ist.

Der Antrag wird angenommen.

ST. R. Richter ersucht um Bewilligung eines Kredites von 107.000 Schilling zur Deckung der baulichen Umgestaltung und Einrichtung des städtischen Hauses in der Galilaigasse 8, wo die Verwaltungsakademie der Gemeinde Wien untergebracht werden soll.

GR. Erban (E.L.) erklärt, dass in dem Haus in der Galilaigasse auch in Saal mit einer Galerie eingerichtet werden soll. Es wäre vollständig unzulässig, diesen Saal später für Versammlungszwecke oder für parteipolitische Zwecke zu verwenden. Die Minderheit werde sehr darauf achten, dass dieser Saal nur für die ihm zukommenden Zwecke benützt werde (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort entgegnet der Referent, dass für die Unterbringung der Verwaltungsakademie eben auch solche Hörsäle notwendig sind. Es kann der Verwaltung nicht der Vorwurf gemacht werden, dass sie Amtsgebäude für parteipolitische Zwecke verwende. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird angenommen.

ST. R. Richter berichtet über die Uebergabe des Ziegelwerkes Oberlaa in die treuhändige Verwaltung der Gesiba. Dafür ist ein Kredit von 133 Millionen Schilling zu bewilligen.

GR. Dirisamer (E.L.) erklärt, dass die Zustände, die im Ziegelwerk Oberlaa geherrscht haben, fast mit Anarchie zu bezeichnen sind. Die Verwaltung habe die Betriebe gänzlich verpolitisiert, woraus auch die Fehlschläge zu erklären sind. Wie bei der Obst- und Gemüse A.G. so muss auch hier der Steuerzahler die Kosten tragen.

Der Referent erwidert, dass das Ziegelwerk Oberlaa als ganz altes Werk übernommen wurde. Die Gemeindeverwaltung hat es auf das modernste ausgestattet und damit regulierend auf den Ziegelpreis eingewirkt.

Der Antrag wird angenommen.

ST. R. Richter berichtet über die Uebergabe des **Granit**werkes Mauthausen in die treuhändige Verwaltung der Gesiba. Dafür ist ein Kredit von rund 70.000 Schilling notwendig.

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass man aus diesen Fällen erkenne, wie mit den Betrieben umgegangen worden ist. Die Defizite sind nur der unkaufmännischen Führung zu verdanken. Die Gesiba ist die Rettungsgesellschaft der Gemeindever-

waltung für verkrachte Betriebe. Sie mussten die Betriebe der Gesiba übergeben, damit der Herr Generaldirektor Neuba cher ein paar hundert Leute aufs Pflaster werfen kann. Die ganzen Vorgänge sind ein Saustall, weshalb wir auch gegen den Antrag stimmen.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass die Uebergabe des Werkes an die Gesiba durchaus vertretbar ist.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Bermann beantragt die Abänderung des Baulinienplanes längs der Zahnradbahnstrasse, die auf Wunsch einiger Hausbesitzer durchgeführt ward ..

GR. Stöger (E.L.) benützt die Gelegenheit, um zu bemängeln, dass die Gemeindeverwaltung für den Kahlenberg nichts macht. Seit 1923 ist auch die Bahn auf den Kahlenberg an den Bund heimgefallen und jetzt sind die Bewohner des Kahlenberges ohne Wasser, weil das Beförderungsmittel fehlt. Dieser ideale Hausberg Wiens müsste doch endlich den breiten Massen von der Gemeinde erschlossen werden. Nur eine von allen guten Geistern verlassene Gemeindeverwaltung könne eine derart ablehnende Haltung in dieser Frage einnehmen. (Beifall bei der Minderheit).

Der Antrag wird angenommen.

GR. Michal berichtet über den Bau einer Telefonanlage für die städtische Strassenbahn. Die Kosten betragen 350.000 Schilling.

GR. Schelz (E.L.) erklärt, dass die Bedeckung dieser Summe aus dem Betriebskredit unverständlich sei. Die Gemeinde hat zuerst alle Investitionen aus Betriebsmitteln bezahlt, später den Unternehmungen Steuergelder geliehen, die zu einem Prozent über die Bankrate verzinst werden mussten und erst im Vorjahr wurde das gemacht, was die Christlichsozialen die ganzen Jahre hindurch verlangt haben, nämlich die Aufnahme einer Anleihe. Jetzt werden solche Aufgaben auf Betriebskredite verwiesen, was sehr aufklärungsbedürftig sei,

Der Referent entgegnet, dass schon im Wirtschaftsplan für das Jahr 1929 für diese Anlage ein Betrag von 50.000 Schilling vorgesehen ist. Der restliche Betrag von 300.000 Schilling wird im Jahre 1930 zu bedecken sein. Der Antrag wird angenommen.

St. R. Speiser referiert über die Abänderung der Arbeitsverträge mit den städtischen Gasarbeitern, die bereits am 30. Juni wirksam geworden sind.

St. R. Rummelhardt (E.L.) erklärt, dass dieser Vertrag ebenso wie alle anderen Verträge, die von der Gemeinde abgeschlossen werden, den Fehler hat, nur mit einer Gewerkschaft gemacht worden zu sein. Im Gaswerk gibt es aber auch christliche Arbeiter; ihre Vertretung wurde nicht gehört. Die Mehrheit sagt immer, dass sie nur mit jener Gewerkschaft verhandle, die die

meisten Arbeiter eines Betriebes umfasse. Aber auch das trifft nicht immer zu. Es wird jetzt mit dem Verband der städtischen Angestellten über die Forderungen der Lehrerschaft verhandelt werden. Bei den letzten Lehrerwahlen haben aber für diesen Verband nur 288 Lehrer gestimmt, für den roten Zentralverein 2236, dagegen hat die nationale Liste 3209 Stimmen erhalten. Mit diesem Verband, der nur 288 Stimmen erhalten hat, wird nun verhandelt, mit den übrigen grossen Gruppen nicht. Wo bleibt hier das Mehrheitsprinzip. Auch die Neuanstellungen werden nur von den roten Gewerkschaften durchgeführt. Wenn dies so weiter geht, dann werden die Petenten, die heute noch sachte an die Tür des Personalreferenten klopfen, schliesslich mit den Fäusten hämmern, weil sie sehen müssen, dass es für sie in dieser Stadt keine Arbeit und kein Brot gibt. (Beifall).

GR. Preyer (E.L.) führt ebenfalls lebhaft Klage über die Aufnahme von städtischen Bediensteten durch die paritätischen Arbeitsnachweise, die nur von Sozialdemokraten verwaltet werden. Die Sozialdemokraten haben selber den Faschismus grossgezogen, weil sie seit zehn Jahren nur Terror übten. (Beifall. Redner erklärt, dass jeder Stellenwerber bei der Gemeinde den Nachweis erbringen müsse, dass er politisch und gewerkschaftlich sozialdemokratisch organisiert sei und aus der katholischen Kirche ausgetreten ist. Dort wo die Sozialdemokraten die Macht haben, hört sich jede politische und Gesinnungsfreiheit auf. (Beifall).

ST. R. Speiser erwidert, dass auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses nur mit jener Gewerkschaft verhandelt werden darf, der die Mehrheit des betreffenden städtischen Betriebes angehört. Im Verband der städtischen Angestellten sind nun 70 Prozent der Lehrer organisiert. Wegen seiner politischen Gesinnung wurde noch kein einziger städtischer Bediensteter gemassregelt und Redner richtet an die Minderheit die Aufforderung auch nur einen Namen zu nennen. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Verwaltung sehr von der früheren Mehrheit des Gemeinderates. (Lebhafter Beifall). Der Vertrag wird genehmigt.

St. R. Speiser berichtet über die Abänderung des zwischen der Gemeinde Wien städtische Elektrizitätswerke und dem österreichischen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Arbeitsvertrag für die Elektrizitätswerksarbeiter.

GR. Däffinger (E.L.) schliesst sich der Kritik des GR. Rummelhardt an dass die Gemeinde nur mit den Gewerkschaften, der die Mehrheit der beidem betreffenden Unternehmen angestellten angehört, verhandelt. Dieser Vorgang entzieht sich selbst im Interesse der Mehrheit nicht. Würde die Gemeinde nicht mit den Vertrauensmännern der Gewerkschaft, sondern mit den Vertrauensmännern der Betriebe verhandeln, so würde es nicht vorkommen, dass sich die Angestellten selbst gegen abgeschlossenen Kollektivverträge wehren. In der Öffentlichkeit spricht man immer von Verbesserungen, die durch die Kollektivverträge erzielt werden. In Wirklichkeit werden aber mit jedem solchen Vertrag Benefizien

die seit Jahrzehnten bestanden haben, beseitigt. Erst vor Monaten hat man einen Kollektivvertrag mit den E. Werksarbeitern abgeschlossen. Wir haben damals nachzuweisen versucht, was an diesem Kollektivvertrag schlecht ist, sie haben alles bestritten. Jetzt nach ein paar Monaten muss dieser Kollektivvertrag verbessert werden (Beifall bei der E. L.)

ST. R. Spri ser bemerkt, Gr. Daffinger befinde sich in einem Irrtum. Vor einigen Monaten ist wohl eine Erhöhung der Stundenlöhne der E. Werksarbeiter beschlossen, aber keinerlei Abänderung des Kollektivvertrags vorgenommen worden, der Kollektivvertrag mit den Arbeitern der Elektrizitätswerke hat den Gemeinderat zum letztenmal vor zwei Jahren beschäftigt. Die heutige Vorlage enthält nur Verbesserungen für die Arbeiter. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Abänderung des Kollektivvertrages wird genehmigt.

St. R. Speiser referiert sodann über Abänderungen des Arbeitsvertrages für die Angestellten der städtischen Strassenbahnen. Er verweist darauf, dass sich durch den letzten Abschluss ~~der~~ gewisse Härten bezüglich der Vergütung der Umkehrzeiten ergeben haben. Die jetzt unterbreitete Vorlage enthält eine Verbesserung dieser Vergütung, ferner wird einem Wunsch des Personals entsprechend bestimmt, dass die Gebühren für Einzel- und Doppelleistungen nicht einmal im Monat, sondern allwöchentlich ausbezahlt werden.

GR. Haider (E. L.) bemerkt, die Tatsache, dass ein im Juni abgeschlossener Vertrag heute schon abgeändert werden muss, beweist, wie stichhältig die seinerzeit von der Minderheit vorgebrachte Kritik an dem Arbeitsvertrag gewesen ist. Namentlich hinsichtlich der Vergütung für Umkehrzeiten und der monatlichen Bezahlung der Ueberstunden haben die Christlichsozialen die schärfste Kritik geübt. Es ist gewiss eine Verbesserung, wenn nunmehr auch eine Nachtdienstzulage für das Wächterpersonal eingeführt wird. Was würde aber eine sozialdemokratische Gewerkschaft dazu sagen, wenn es ein Privatunternehmen wagen würde, einem Arbeiter für einen Nachtdienst 70 Groschen zu bezahlen. GR. Haider erhebt sodann Beschwerde darüber, dass die Bestimmung des Paragraphen 4 des im Juni beschlossenen Kollektivvertrags offensichtlich übertreten werde, wonach den Fahrbediensteten eine Mittagspause von nicht weniger als eineinhalb Stunden gewährt werden muss, und ersucht um eheste Aufklärung in dieser Frage (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Gschladt (E. L.) erinnert ebenfalls daran, dass die Minderheit den seinerzeit beschlossenen Kollektivvertrag für die städtischen Strassenbahner auf das energischste bekämpft habe insbesondere hat sie seinerzeit darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen betreffend der Umkehrzeiten unhaltbar ist, und dass sie eine Gefahr nicht nur für die Gesundheit des Personals

sondern auch die Sicherheit des fahrenden Publikums bed. ute. Wenn man schon nicht an die Angestellten denkt, hätte man wenigstens auf die Fahrsicherheit des Publikums Rücksicht nehmen müssen. Einen solchen Vertrag hat die Gewerkschaft zustande gebracht, der man das Monopol auf Verhandlungen zuerkennt. Das ist die gelbe Gewerkschaft unter Führung des Herrn Weigl, der diesen Vertrag als den besten der Welt gepriesen hat (GR. Weigl: Zeigen Sie mir einen besseren Vertrag für Strassenbahner). Solange Sie so gewissenlos und unverantwortlich vorgehen können wir ihrer Personalpolitik kein Vertrauen entgegenbringen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

ST. R. Speiserverweist gegenüber den Ausführungen der Vorredner darauf, dass so günstige Arbeitsmethoden und Arbeitsverhältnisse wie sie der Kollektivvertrag für die Strassenbahner enthält bei keiner in Betracht kommenden Strassenbahnunternehmung der Welt zu finden sind. Was die Beschwerde des Gⁿ. Haider wegen Nichteinhaltung der Kollektivvertraglich vorgesehenen Mittagspause betrifft, so werde er dieser Angelegenheit persönlich nachgehen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Die Abänderungen des Arbeitsvertrages werden genehmigt.

ST. R. Breitner berichtet über den 10. periodischen Bericht betreffend Zuschusskredite, der dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Es handelt sich um Zuschusskredite, die das Jahr 1928 und 1929 betreffen. Eine ganze Reihe dieser Zuschusskredite zeigt die verhängnisvollen Wirkungen des furchtbaren Winters indem sich eine ganze Fülle von Bauschäden insbesondere aber sehr grosse Ueberschreitungen bei der Post ^{Be-}heizung ergeben haben.

GR. Zimmerl (E.L.) nimmt ausführlich zu den Ausführungen des Stadtrates Breitner Stellung. Er stellt fest, dass der Minderheit jede Möglichkeit genommen ist, jeden einzelnen Fall zu überprüfen. Man kann den Bericht des Finanzreferenten nicht einen Bericht nennen. Der Redner bespricht sodann die Haus- und Grundkäufe. Er erklärt, dass es mit diesen Dingen so nicht weiter gehen kann. Auf der Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung standen drei Hauskäufe, heute stehen 6 derartige Käufe auf der Tagesordnung. Wir werden in jeder Sitzung gegen diese Hauskäufe Stellung nehmen. Sie wollen mit diesen Käufen den sozialistischen Grundsatz verwirklichen, das Privateigentum zu enteignen. Wer ist schuld an der Entwertung des Haus- und Grundbesitzes und wer trägt dafür die Verantwortung? Ihre Wohnungszwangswirtschaftung. Heute ist schon die Hälfte des Grund- und Hausbesitzes im Besitz der Gemeinde Wien. Die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes ist Ihr Ziel, das Sie auf allen möglichen Wegen zu erreichen suchen. Diese Haus- und Grundkäufe werden aus Steuermitteln bestritten, was ein Verbrechen an

203

der Wirtschaft insbesondere Wiens ist. Sie wollen dem sozialistischen Grundsatz auf jeden Fall zum Durchbruch verhelfen. Wir aber werden die Mittel und Wege finden, um die Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes zu verhindern. Im Voranschlag ist für diese Käufe ein willkürlicher Betrag eingesetzt. In acht Monaten haben wir schon 62 Zuschusskredite. Zeigen Sie mir eine Verwaltung, bei der das möglich ist. Unter solchen Umständen ist der Voranschlag ein Fetzen Papier. Hinsichtlich der Gewährung der Subventionen erklärt G^r. Zimmerl, dass 99 Prozent aller Subventionen den Charakter einer Parteisubvention tragen. Wir haben immer und werden auch immer die Vorlage eines Verzeichnisses über alle Subventionsansuchen, die an die Gemeinde gestellt werden, verlangen. Sie legen ein solches Verzeichnis aber nicht vor, weil Sie viele Körperschaften, die um eine Subvention angesucht haben, nur aus dem Grunde abwiesen, weil Ihnen die Personen, die an der Spitze solcher Körperschaften stehen, nicht genehm sind. In der Vertrauensmännerversammlung hat St. R. Breitner erklärt, dass Sie im nächsten Jahr statt 76 Millionen 90 Millionen Schilling für den städtischen Wohnhausbau ausgeben wollen. Sie haben auch bei der Wohnhäuserverwaltung infolge eines günstigen Gebarungsergebnisses, wie Sie sagen, Rücklagen gemacht. Sie haben Millionen zurückgelegt. Die Sozialdemokraten haben schon sehr viel über die Hausherrenrente gesprochen, aber das, was Sie zurücklegen, ist eben die Hausherrenrente. Sie äussern jetzt auf einmal sehr viel Sorge um die Wirtschaft. Wer ist der Hauptschuldige an der darnieder liegenden Wirtschaft. Das ist Stadtrat Breitner! (Beifall bei der Minderheit). Ich habe immer und immer wieder gewarnt, doch der Finanzreferent hat alle meine Warnungen in den Wind geschlagen. Ich habe wiederholt aufmerksam gemacht, dass es bei der Beurteilung der Wirtschaftslage davon abhängt, ob sich die Lebenshaltung des Einzelnen heben hat. Sie werden das alles zu verantworten haben. Dieser Art der Zuschüsse können wir nicht unsere Zustimmung geben. Wir sehnen mit der Mehrheit der Bevölkerung den Augenblick herbei, wo Wien von dieser Verwaltung befreit wird. In der letzten Zeit ~~musste die Minderheit die Beobachtung machen, dass die~~ Rathauskorrespondenz ~~von Ihnen zensuriert wird.~~ ~~Und n.~~ Wenn man schon zu solchen Mitteln greift, muss man schon aus dem letzten Loch pfeifen. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Breitner erwidert in seinem Schlusswort zunächst auf die Beschwerde des G^r. Zimmerl gegenüber der Rathauskorrespondenz. Er erklärt, dass von einer Beeinflussung seitens der Gemeindeverwaltung keine Rede sein kann. Seit 1. Jänner ds. J. erhalten alle Gemeinderatsmitglieder die Rathauskorrespondenz. Ein Vorgang, der früher niemals geübt wurde. Bezüglich der Haus-

204

und Grundkäufe entgegnet St. R. Breitner, dass sowohl die Zahl der Objekte als auch die dafür verausgabten Beträge keine Überwältigenden sind. Die Gemeinde hätte schon Gelegenheit gehabt, hunderte von Häuser zusammenkaufen zu können, sie hat es aber nicht getan, weil sie die vorhandenen Gelder für die Beschaffung von ^{neuen} Wohnungen ausgibt. Die meisten Objekte, die die Gemeinde gekauft hat, waren demolierungsreif. Das Gründe gekauft werden, ist eine Selbstverständlichkeit und die Gemeinde Wien unterscheidet sich darin von keiner anderen Stadtverwaltung. Die Budgetpost für die Haus- und Grundkäufe ist naturgemäss schwankend, weil sie ja von den Zufälligkeiten des Marktes abhängig ist. Hinsichtlich der Subventionen erklärt der Referent, dass der Gemeinderat von jeder einzelnen Post erfährt, die dafür ausgegeben wird. Diese Vorgangsweise ist mit der Praxis, die bei Subventionsvergaben beim Bund geübt wird, nicht zu vergleichen. Wenn GR. Zimmerl gemeint hat, dass an der Wirtschaft in unserer Stadt die Mehrheit dieses Hauses und ich schuld sind, muss ich wohl darauf verweisen, dass im Jahre 1914 der Weltkrieg ausgebrochen ist, an dessen Folgen wir eben heute leiden müssen. Die Wurzeln liegen in der Wertzerstörung des Krieges, liegen in der Zerreißung des alten Wirtschaftsgebietes. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

GR. Schneider berichtet über den Neubau eines Regenwasserkanals in der Rothenburgstrasse von der Hetzendorferstrasse bis zur Gasse "An der Froschlacken". Die Kosten betragen 32.000 Schilling.

GR. Gschladt (E. L.) erklärt, dass es sich der Berichterstatter mit dem Referat sehr leicht gemacht hat. Ueber das Kapitel der Notwendigkeit der Kanalisation von Hetzendorf und Altmannsdorf sind schon wiederholt ernste Rekrimationen vorgebracht worden. Die Senkgrubenwirtschaft in Hetzendorf und Altmannsdorf stinkt schon bis zum Himmel. Die dortigen Gebiete sind seit 1892 einverleibt und seit dieser Zeit steht der Liesinger Kanal auf der Tagesordnung. Die Durchführung des Projektes scheidert aber immer wieder an der Kurzsichtigkeit und Halsstarrigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung. Mit den in Betracht kommenden Gemeinden wurde schon ein Vertrag geschlossen und die Gemeinde Wien hat sich mit einer Beitragsleistung von 20 Prozent einverstanden erklärt. Jetzt wollen Sie sich nur mehr auf zehn Prozent verstehen. Der Liesinger Kanal könnte schon längst fertiggestellt sein, wenn Sie dem Projekt keine solchen Schwierigkeiten machen würden.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Schneider, dass beim Bau des Liesinger Kanals eine Reihe von Gemeinden nicht mittun wolle. Der Kanalbau würde der Gemeinde 2 1/2 Millionen Schilling kosten. Seit 1922 haben sich die in Betracht kommenden Gemeinden nicht mehr an die Gemeinde gewendet.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Müller, dass die Gemeinden sich schon wiederholt an die Gemeinde gewendet haben, wird der Antrag angenommen. GR. Hellmann berichtet über die Errichtung einer provisorischen Auskunfts- und Verkaufshütte beim Arsenal. Nach der Anfrage des GR. Binder wie es mit dieser Auskunftshütte bestellt ist, und nach der Beantwortung der Frage durch den Referenten, dass es sich um eine Auskunftshütte für die Partei handelt, die ins Arsenal wollen, wird der Antrag angenommen.

Es werden nun die beiden Dringlichkeitsanträge verhandelt. Gemeinderat Kunschak begründet die Dringlichkeit des christlichsozialen Antrages auf Ermässigung der Gemeindeabgaben. Er führt aus: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Wien sind unbestritten schlecht. Wesentliche und unmittelbar wirkende Reformen an der städtischen Steuergesetzgebung sind eine unbedingte Notwendigkeit. Die Steuern sind geschaffen worden in einer Zeit bitteren Finanzlage der Gemeinde. In einer Zeit, wo man von einem Tag auf den anderen nicht wusste, wo man die Mittel zur Führung des Haushaltes hernehmen soll. Das ist heute wesentlich anders. Die Gemeinde hat die vollen Kassen, während die Wirtschaft ausgeblutet ist. Der Finanzreferent selbst hat sich genötigt gesehen, Steuerermässigungen anzukündigen. Aber es soll nicht allein ein Spiel mit der Idee, sondern ein ernstes Eingehen auf Steuerermässigungen sein. (Beifall)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt. Gemeinderat Kunschak erklärt, dass die Minderheit hoffe, es werde diesem Antrag nicht das Schicksal zuteil, das ^{die} früheren Anträge erfuhren. Es soll durch die Steuerermässigungen der Wirtschaft geholfen werden. Die Gemeinde hat heuer eine Erhöhung der Wassergebühren vorgenommen: sie verursacht beispielsweise dem Hotel Bristol einen jährlichen Mehraufwand von 11.800 und dem Grandhotel von 10.647 Schilling. Vom 1. November an sollen die Stückmeister eine erhöhte Fürsorgeabgabe zahlen. Wenn auch die gewerblichen Interessenvertretungen dem zugestimmt haben, so müsste die Gemeinde sich diesen Schritt wohl überlegen, weil dieses Gewerbe heute buchstäblich bankrott ist. Die übermässige Einfuhr fertiger Kleider aus der Tschechoslowakei hat hier eine starke Konkurrenz geschaffen. Die Wasserkraftabgabe hat gar keinen Zweck mehr. Die Werke sind längst fertig. Nach der feierlichen Versicherung der Mehrheit sollen neue Werke nicht mehr gebaut werden und trotzdem muss jeder arme Teufel, der sich seinen Kaffee auf dem Gasrechaud wärmt, diese Abgabe zahlen. Gegen die Inseratensteuer hat sich schon im Jahre 1922 bei der Enquete der sozialdemokratische Gehilfenvertreter der Buchdrucker ausgesprochen. Sieben Jahre hat es gebraucht, bis seine Argumentation endlich ihre Rechtfertigung erhalten hat. Sie sollten sich wirklich entschliessen die ganze Abgabewirtschaft gründlich zu überprüfen, eine befreiende Tat zu vollbringen und nicht wieder etwas zu machen, was bloss als Spiegelfechtereie bezeichnet werden muss (Beifall bei der Minderheit)

Stadtrat Breitner entgegnet, es habe sich so eingebürgert, dass man bei der Gemeinde stets von Inflationssteuern spreche. Man vergisst aber dabei ganz, dass die neue Verwaltung auch auf dem Gebiet der Steuerpolitik ganz neue Wege gegangen ist. Sie hat auf die vierzigprozentige

Sie hat die Verzehrungssteuer aufgehoben, nimmt von den städtischen Monopolbetrieben und der Wasserleitung keinerlei Gewinn. Die Gemeinde muss daher durch andere Steuereinnahmen ihren Haushalt in Ordnung halten. Anders steht die Frage der Aenderung der Abgabensätze. In dieser Beziehung haben wir niemals einen starren Standpunkt eingenommen. Im Gegenteile wir haben planmässig unmittelbar nach der Stabilisierung mit den Ermässigungen eingesetzt. Schon am 20. Jänner 1925 wurde die Untermietabgabe gänzlich aufgehoben. Am 20. April 1923 wurde eine Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe für die Sommermonate beschlossen. Am 23. April 1923 wurde die Lustbarkeitsabgabe für die Sommermonate von 10 auf 5 Prozent für ernste Stücke und von 30 auf 20 Prozent für Operetten ermässigt. Am 7. Mai 1926 wurden weitere Ermässigungen der Lustbarkeitsabgabe gewährt. Am 21. Dezember 1925 ist die Zusatzabgabe für die Hotels von 22 auf 10 Prozent herabgesetzt worden. Am 1. April 1927 wurde für die Hotels pro 1927 bis 1929 eine sehr weitgehende Begünstigung beschlossen. Am 22. Juni 1928 wurde eine tiefgreifende Novellierung der Wertzuwachsabgabe, im November 1924 eine Ermässigung der Fürsorgeabgabe und im Dezember 1926 eine weitere Ermässigung vorgenommen. Mit Gesetz vom 21. Dezember 1925 wurde die vollständige Abgabefreiheit der Lastkraftwagen ausgesprochen und am 5. März 1926 die früher vierteljährliche Zahlungspflicht der Automobilabgabe auf eine monatliche herabgesetzt und am 29. Juli 1927 eine weitere Erleichterung hinsichtlich der Automobilsteuer beschlossen. Am 10. Oktober 1924 wurde die Befreiung der gemeinnützigen Anstalten von der Wohnbausteuer ausgesprochen und in einer Reihe von Steuerbefreiungen von Gesetzen, Neu Zu- und Aufbauten die Aeilbietungsabgabe wurde am 23. Dezember 1926 von 7 auf 5 Prozent ermässigt und am 7. Juli 1925 wurde bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe die Einschränkung der Einreihungsmöglichkeit auf bloss ein Drittel verzügt. Der Verzögerungszuschlag wurde am 28. März 1927 von 25 auf 10 Prozent herabgesetzt. Bei einer solchen Reihe von Ermässigungen die vom Jänner 1923 unausgesetzt und systematisch durchgeführt wurden, kann man gewiss nicht davon sprechen, dass wir uns an Abgabensätze, die zu besonderen schwierigen Zeiten in besonders schwieriger Höhe bestimmt werden mussten, klammern. Man ist beabsichtigt, eine ganze Reihe tiefgreifender Ermässigungen eingreifen zu lassen die insgesamt einen Betrag von mehr als 11 Millionen Schilling ausmachen sollen. Die Lustbarkeitsabgabe für Poesie- und Opernbühnen soll von 5 auf 1 Prozent ermässigt werden. Wir werden damit eine Theatersteuer haben, die sie in gleich geringem Ausmass nirgends besteht. Bei den Ainos geht die Möglichkeit der Ermässigung bis zu 5 Prozent. Bei Sportveranstaltungen sollen der niedrigen Gebühr von 10 Prozent nicht nur wie bisher Sportveranstaltungen unterliegen. Die bis 100 Schilling Einnahme haben, die Grenze soll auf 2000 Schilling erhöht werden. Hinsichtlich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe soll

jeder eingereichte Betrieb das Recht haben, in den Jahren 1930 und 1931 20 Prozent der Abgabe unter der Bedingung zurückzubehalten, dass er Investitionen vornimmt, Bei der Inseratenabgabe soll eine Herabsetzung um ein volles Drittel eintreten. Ebenso bei der Plakatengabgabe. Bei der Automobilabgabe soll die bisherige Begünstigung erweitert werden, wodurch ein Abbau der Steuer von 150 auf 60 Schilling für die Pferdekraft erzielt wird. Die Fürsorgeabgabe für die Kreditinstitute soll von 8 einhalb auf 6 Prozent heruntergesetzt. Die Hotels werden ein Viertel der Fremdenzimmerabgabe zurückbehalten können, das zweite Drittel soll ausschliesslich der Fremdenverkehrspropaganda dienen, wodurch wir in die Lage kommen werden, die Ausgaben für den Fremdenverkehr zu verdreifachen. Gewiss ist jede Steuer für die Unternehmer wie für die Arbeiter unerwünscht aber andererseits müssen wir doch die ungeheuren Anforderungen, die an die Stadt gestellt werden erfüllen und die furchtbaren Schäden des Krieges in verhältnissmässig kurzer Zeit gutmachen und das Aussehen der Stadt so zu gestalten, dass sie wieder als moderne, westeuropäische Stadt gelten kann und wieder Anziehungskraft ausübt (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Wasserkraftabgabe soll dazu dienen, jene Schulden, die sonst verzinst werden müssten, ausser Verzinsung zu stellen und eine Erhöhung des Strompreises zu verhüten. Auch wir wünschen, dass die Pauschalierung bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in einem schnelleren Tempo vor sich geht und wir hoffen, dass binnen wenigen Monaten 80 bis 90 Prozent der Betriebe pauschaliert sein werden. Was die Wassergebühren betrifft, so müssen wir zumindest die Selbstkostendeckung beschreiten. Die frühere Verwaltung hat in den Jahren 1915 und 1925 in Schillingen gerechnet Einnahmen von über 20 Millionen Schilling gehabt. Wir mussten die Nutzwassergebühren erhöhen, aber wir sind auch heute noch nicht einmal bei der Hälfte des Friedenspreises angelangt. Es ist für jede Mehrheit sehr angenehm, Steuerermässigungen eintreten zu lassen. Aber es ist das sehr schwer, wenn das etwa zur Folge haben müsste, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Wohnungslosigkeit verringert werden, oder die Fürsorgetätigkeit eingeschränkt werden müsste. Die Minderheit ist da uns gegenüber im Vorteil, da sie Steuerermässigungen und gleichzeitig erhöhte Leistungen der Gemeinde verlangen kann. Wir sind diesmal mit unseren Anträgen auf Steuerermässigungen der Minderheit zuvorgekommen, wir werden uns beeilen, die betreffenden Vorlagen mit grösster Beschleunigung dem Landtage zu unterbreiten, dies wird unbedingt schon im Oktober der Fall sein. Dann wird Gelegenheit sein, über die Steuerpolitik der Gemeinde eingehend zu sprechen und es hat daher gar keinen Zweck wenn wir schon heute den Antrag Kunschke annehmen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Kunschak verwarft sich dagegen, dass der Minderheit zugemutet werde, dass sie eine Lizitationspolitik treibe. Die Minderheit hat wiederholt den Beweis erbracht, dass sie sehr ernsten Anteil an den Finanzen der Gemeinde nimmt und auch bereit ist, wenn dies die Finanzen der Gemeinde erfordern, sich Beschränkungen in ihren Wünschen aufzuerlegen. St. R. Breitner ist uns mit seinen Anträgen auf Steuerermässigung nicht zugekommen, unsere Anträge liegen bereits seit dem Jahre 1926 vor und obwohl sie mit einstimmigen Beschluss der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt wurden, ist darüber bis heute nicht berichtet worden. Zu den sachlichen Bemerkungen des Stadtrates Breitner bemerkt GR. Kunschak, es sei gewiss richtig, dass eine Reihe von Steuern, die früher wirksam waren jetzt unwirksam geworden sind, dafür hat es die Gemeinde aber insufern jetzt sehr bequem, dass sie einfache Anteile an den Bundessteuern bezahlt, wobei ihr noch die Einhebung vergütet wird. Reingewinne von städtischen Unternehmungen werden mit Ausnahme des Brauhauses der Stadt Wien an die Gemeinde nicht abgeführt, aber die aus dem Titel der Fürsorgeabgabe an die Hoheitsverwaltung abgeführten Beträge können sich schon sehen lassen. Die frühere Gemeindeverwaltung hat gewiss einen Betrag aus der Wasserabgabe gehabt, dafür bleibt aber der jetzigen Verwaltung die Verzinsung und Amortisation für die erste und zweite Wasserleitung erspart. Am meisten befandertes aber unsere Kritik heraus, dass die Steuern auf Bruttoeinnahmen gelegt werden. Ein Zustand, der dadurch noch verschärft wird, dass bei der Vorschreibung und Einreihung der Steuern freies Ermessen gilt. Mit Rücksicht auf die Abkündigung des St. R. Breitner, dass im Oktober dem Landtage Gesetzentwürfe auf Steuerermässigungen vorgelegt werden sollen, stellen wir weitere Bemerkungen einstweilen zurück, Bei Philippi sehen wir uns wieder. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

St. R. Breitner bemerkt auf die Ausführungen des GR. Kunschak, die Einnahmen aus den Monopolen und aus der Wasserleitung waren in der früheren Zeit so hoch, dass wir, wenn wir diese Einnahmen hätten, auf sämtliche Steuern von denen die Minderheit in ihren Anträgen spricht verzichten können. Gewiss sind wir an den Abgaben des Bundes beteiligt, aber früher hat die Gemeinde das Zuschlagsrecht zu den Bundessteuern gehabt, und ^{hinsichtlich} des freien Ermessen, das gewiss ein Schönheitsfehler ist, ist insofern eine Korrektur geschaffen worden, als die Genossenschaften zur Mitwirkung im Steuerwesen herangezogen wurden. Auch der Bund kennt in Form der Warenumsatzsteuer eine Steuer auf Bruttoeinnahmen. Zum Schlusse verweist Stadtrat Breitner darauf, dass alle Länder in der Nachkriegszeit sehr harte Steuern einführen mussten, wozu bei uns noch kommt, dass unsere Wirtschaft so ausserordentlich

schwach ist.

Bei der Abstammung wird der Antrag der GR. Kunschek und Zimmerl abgelehnt.

Nunmehr wird der Dringlichkeitsantrag des GR. Daffinger verhandelt. Der Antragsteller begründet die Dringlichkeit, indem er darauf verweist, dass über die Art der Betriebsführung bei den städtischen Strassenbahnern in den letzten Jahren schon wiederholt grosse Klagen von den Fahrgästen geführt wurden. Die Reinlichkeit der Strassenbahnwagen lasse sehr viel zu wünschen übrig. Die Unfälle sind in der letzten Zeit schon so häufig gewesen, dass beim Publikum eine ernste Beunruhigung entstanden ist. (Beifall).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Der Antragsteller begründet den Antrag. In der letzten Zeit sind bei der Strassenbahn folgende Unfälle zu verzeichnen. Ein Unfall an der Kreuzung Spitalgasse- Alserstrasse, zwei Unfälle am Rennweg, die Linie 40 hat ebenfalls zwei Unfälle zu verzeichnen, die 36er Linie einen Unfall, der ein Todesopfer gefordert hat, und schliesslich war ein Unfall auf der Alserstrasse und in der Alserbachstrasse. Früher wurde über Strassenbahnunfälle genau berichtet, der Bericht aber, der jetzt gegeben wird, genügt nicht. 40 Prozent aller Unfälle sind auf das Versagen der Bremse zurückzuführen. Bei der Endstation des 40er Wagen beim Türkenschanzpark waren zwei Unfälle gleicher Art. Jetzt erst wird der dort stehende Zug mit einem Motorzug blockiert. Ein Fehler ist auch die Abkürzung der Fahrzeiten, da speziell die Bremsvorrichtungen den Anforderungen nicht genügen. Wie ich schon wiederholt erklärt habe, genügt die elektrische Bremse nicht mehr. Es ist schon bald so, dass das Publikum, das die Strassenbahn benutzen will, sich in eine Lebensversicherung einschreiben lassen muss. Der Unmut der Bevölkerung über die Betriebsführung bei den städtischen Strassenbahnen ist vollkommen gerechtfertigt. (Beifall bei der Minderheit).

Vizebgm. Emmerling erwidert, dass es selbstverständlich sei, dass die Verwaltung jeden Unfall bedauert und die Strassenbahndirektion jeden Unfall zum Anlass nimmt, um alle Massnahmen zu treffen, die Unfällen vorbeugen. Die elektrische Bremse ist eine Kurzschlussbremse und für den Stadtverkehr die einzige Bremse, die möglich ist. Diese Bremsart wird überall verwendet. Die Presse muss ich bitten, nicht gleich die ersten Meldungen über einen Strassenbahnunfall als die entscheidenden anzusehen, sondern abzuwarten, was die Untersuchung ergibt. Um ein Beispiel zu erwähnen, stelle ich fest, dass die Angelegenheit der Heldentat eines Wachmannes auf der Opernkreuzung auf Unrichtigkeit beruht. An der ganzen Geschichte ist nichts war. Im Uebrigen wird in der nächsten Woche dem Gemeinderat ein genauer Bericht erstattet werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Antrag Daffinger wird angenommen, die Sitzung um 23'30 geschlossen.

Wien, am Samstag, den 14. September 1929

Die neuen Wohnhausanlagen auf der Landstrasse.

In den vier Jahren von 1925 bis 1929 sind in Erdberg neue Wohnhausanlagen entstanden, die diesem Bezirksteil ein modernes Gepräge geben. Auf der Fläche, die heute von imposanten Bauten, schönen Gärten und Spielplätzen bedeckt ist, stand ehemals die Krimskykaserne und rund um die Kaserne waren sehr alte Baulichkeiten, in ihren Einzelheiten oft recht malerisch, aber mit ganz scheusslichen Wohnungen und Geschäftslokalen im Innern. Dieser Teil des alten Erdberg musste einem neuen, schöneren Platz machen. Die Architekten H. Schmid und H. Aichinger erhielten von der Gemeinde den Auftrag, auf dem rund 50.000 Quadratmeter grossen Baugrund eine Wohnhausanlage zu errichten. Sie haben diese grosse Aufgabe unter der Leitung des Architekturbüros des Wiener Stadtbauamtes (Oberstadtbaurat Architekt Ingenieur Josef Bittner) sehr gut gelöst.

Die Anlage ist nicht auf einmal entstanden, sondern nach und nach, in der Masse, als die an den Kasernengrund anschliessenden alten, primitiven Häuschen von der Gemeinde erworben werden konnten.

Die neue Wohnhausanlage repräsentiert ein Stück des modernsten Wien. Es ist ein wunderbares, in sich geschlossenes Stadtbild. Ein Gartnhof teilt sich an den anderen. Es ist eine Welt für sich, von der jeglicher Strassenlärm nach Möglichkeit abgehalten wurde. Bloss eine Verkehrsstrasse, die Rabengasse, durchzieht den Komplex, im übrigen gibt es nur Wege und Strassen, die für Fussgänger bestimmt sind.

Die Anlage besteht aus 75 aneinander gereihten, in geschlossener Architektur gehaltenen Häusern. In jedem Haus sind von einer Stiege etwa 15 Wohnungen zugänglich. Insgesamt befinden sich in der Anlage 1097 Wohnungen, 30 Geschäftslokale, 4 Ateliers, 1 Krankenkassenambulatorium mit Zahnklinik, eine mit den modernsten Maschinen ausgestattete zentrale Wäscherei und ~~ein~~ für die Wohnparteien, 1 Kindergarten, 1 Schulzahnklinik, 1 Bücherei und ein Saalbau mit allen Nebenräumen für den Kinderhort. Von dem Baugrund, der 49.500 Quadratmeter gross ist, wurden 18.770 Quadratmeter, also 38 Prozent, verbaut. Für Verkehrsflächen, Gartenanlagen und Spielplätze sind 30.730 Quadratmeter verwendet worden. Um sich eine Vorstellung von der Grösse dieser Wohnhausanlage zu machen, sei erwähnt, dass zum Bau 16'5 Millionen Ziegel, 13'2 Kilogramm Zement, 1,380.000 Kilogramm Rundeisen, 1,660.00 Kilogramm Kalk, 86.000 Kubikmeter Sand und Schotter, 23.500 Kubikmeter Beton, 18.400

Meter Stufen, 4.400 Stück Fenster, 7.100 Stück Türen und 43.000 Quadratmeter Bretterböden verwendet wurden. In der neuen Wohnhausanlage werden ungefähr 5000 Menschen vorbildlich untergebracht sein. Die Baudurchführung lag in den Händen der Oberstadtbaurates Ingenieur Adalbert Furcht und des Stadtbaurates Ingenieur Theodor Schindler. An diesem grossen Wohnhausbau wurde vier Jahre gearbeitet. Es wurden dort bis zu tausend Arbeiter beschäftigt.

Die Wohnungen sind in modernster Ausstattung ausgeführt. Sie haben harte Bretterböden, elektrisches Licht, Gasherd und Wasserleitung. Jede Wohnung hat ein Vorzimmer und im Wohnungsverschluss ein Klosett. Viele Wohnungen haben auch Balkone und Loggien. Alle Wohnungen sind durchlüftet und direkt belichtet. Die Anlage enthält vier Wohntypen. Darunter Einzelzimmer in der Grösse von 18 bis 22 Quadratmeter, Zimmer, Kabinett und Küche mit 40 Quadratmeter Wohnfläche, Zimmer zwei Kabinett und Küche mit 48 Quadratmeter, zwei Zimmer, Kabinett und Küche mit 55 Quadratmeter und in einem geringeren Ausmass auch Wohnungen mit zwei Zimmer und zwei Kabinetten.

Der Bau wurde der bekannten Unternehmung Universale Bau A.G., Karl Korn Baugesellschaft und der Reformbaugesellschaft übertragen. Diese Firmen haben ihre Arbeiten in der vorzüglichsten Weise ausgeführt.

Die anderen Wohnbauten auf der Landstrasse.

Rund um diese Wohnhausanlage entstanden zur gleichen Zeit mehrere kleinere Wohnhausbauten. So wurde am Kardinal Naglplatz 14 ein Bau mit 152 Wohnungen und 4 Geschäftslokalen errichtet. Planverfasser war Architekt Georg Ruprecht. In der Hagenmüllergasse 14 - 16 entstand ein vom Architekten Kraupa projektiertes Bau mit 52 Wohnungen. In der Hagenmüllergasse 21- 23 ein moderner Bau von Architekt Karl Dirnhuber mit 131 Wohnungen und zwei Geschäftslokalen, in der Hagenmüllergasse 25 ein Bau mit 73 Wohnungen, für den Architekt Hugo Mayer die Pläne verfasste, in der Hagenmüllergasse 32 ein Wohnbau mit 106 Wohnungen, mehreren Geschäftslokalen, einem Jugendhortbund Jugendheim, projektiert vom Architekten Johann Rothmüller. Mit diesen 6 Wohnhausbauten wurden garstige Baulücken ausgefüllt und damit die Geschlossenheit der genannten Strassenzüge erreicht.

Nur wenige Schritte von diesen neuen Wohnbauten entfernt, wurden in den Jahren 1923 bis 1928 noch neun Volkswohnhausanlagen, darunter der Hanuschhof, mit insgesamt 956 Wohnungen errichtet. Der Bezirksteil Erdberg wurde dadurch in den letzten Jahren von der Gemeindeverwaltung mit insgesamt 2.751 Wohnungen bereichert, die hygienisch vorbildlich sind. Durch diese Bauten wurde nicht nur die städtebauliche Gestaltung dieses Bezirksteiles in modernster Weise verschönert, sondern es wurde dadurch auch der Durchschnitt der Wohnungsqualität gewältig gehoben.

Die grosse Wohnhausanlage wird am Sonntag durch Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. Bei dieser Gelegenheit werden auch alle Neubauten, die sich um diese Anlage gruppieren, vom Bürgermeister und den Festgästen besichtigt.

Wien, am Samstag, den 14. September 1929 Zweite Ausgabe

.....
Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat wurde zu einer Sitzung für Dienstag 10 Uhr vormittags einberufen. Der Gemeinderat hält Freitag um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

.....
Senatsrat Dr. Urban 25 Jahre im Gemeindedienst. Der Vorstand der Magistratsabteilung für die Gemeindeabgaben Senatsrat Dr. Urban feierte heute sein 25jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlass wurden ihm zahlreiche Glückwünsche übermittelt. Für die Beamtenschaft überbrachte Magistratsrat Dr. Riefler dem Jubilar die besten Wünsche. Senatsrat Dr. Urban trat im Jahre 1904 als Konzeptsbeamter in den Dienst der Gemeinde Wien. Er war lange Jahre in den magistratischen Bezirksämtern Innere Stadt und Favoriten als Gewerbereferent tätig. Nach dem Kriege hat er einen sehr verantwortungsvollen Posten in der Abteilung für Sachdemobilisierung bekleidet und wirkte dann als selbstständiger Leiter dieser Gruppe des Wirtschaftsamttes. Seit 1921 ist er im Finanzdienst der Gemeinde tätig und seit 1924 Vorstand der magistratischen Abteilung für die Gemeindesteuern.

.....
Japan studiert das neue Wien. Der Präsident der städtischen Schulen in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, befindet sich gegenwärtig auf einer Studienreise durch Europa und Amerika, die ihn auch nach Wien führte. Er interessierte sich insbesondere für das Schulwesen, die Jugendfürsorge und die Wohnhausanlagen. Präsident Cayco, der Japaner ist, ist der pädagogische Leiter des gesamten unteren und mittleren Erziehungswesens auf den Philippinen. Bei seinem Abschied äusserte er sich begeistert über das Gesehene: "Was ich in der kurzen Zeit meines Aufenthaltes in Wien gesehen habe," sagte er, "hat alle meine grossen Erwartungen weit übertroffen. Was die Stadt für die Wohlfahrt der Schulkinder und der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen getan hat, verdient höchste Auszeichnung. Wien ist eine Stadt, auf die jeder ohne Rücksicht auf Rasse oder politische Anschauung mit Recht stolz sein kann." Präsident Cayco befand sich in Begleitung von Frau Isi-dzi Irene Ho, der Leiterin der Mädchenmittelschule in Canton, China.

.....
Goldene Hochzeiter. Am letzten Samstag feierte das Ehepaar Johann und Franziska Schimpf in St. Gotthard, Post Texing a. d. Mank das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Bei der Feier, die unter allgemeiner Beteiligung der Bevölkerung von St. Gotthard und den umliegenden Orten stattfand, beglückwünschte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder das Jubelpaar und überreichte ihm die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wien, am Samstag, den 14. September 1929 Dritte Ausgabe

.....

Die letzten Viehmärkte. Wie die städtische Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der Woche vom 8. bis 14. September berichtet, betrug die Zufuhren auf dem Rindermarkt 2267 Stück Mastvieh und 972 Stück Beinvieh. Der Schweinemarkt wurde mit 9448 Stück Fleischschweinen und 3697 Stück Fettschweinen beliefert. Von diesen waren nur 14 Fleischschweine inländischer Herkunft. Gegeüber der Vorwoche war der dieswöchige Schweinemarkt um 3196 Stück Schweine weniger beliefert. Der Jung- und Stechviehmarkt war in der Berichtswoche besser beschickt. In der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, war das Angebot an Rindfleisch, Filz, Speck, Würste und Kälber kleiner, an allen anderen Fleischsorten grösser. Die Bahnzufuhren betrug 50 Waggons mit 337'8 Tonnen. Gegenüber der Vorwoche haben die Zufuhren in der Berichtswoche um 3 Waggons mit 17'1 Tonnen abgenommen. Auf dem Rindermarkt blieben prima Ochsen weiterhin im Preis unverändert. Hingegen verbilligte sich mindere Ware, Stiere und Beinvieh um 10 bis 15 Groschen per 1 Kilogramm. Der Marktverkehr war ziemlich schleppend. Auf dem Schweinemarkt wirkte sich der starke Preisrückgang in der Vorwoche sehr ungünstig auf die Beschickung aus. Sowohl aus Polen, als auch aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien verminderten sich die Zufuhren um etwa je tausend Stück. Fleischschweine wurden mit Rücksicht auf den gesteigerten Bedarf um 10 Groschen teurer verkauft, während die Preise für Fettschweine ziemlich unverändert blieben.

.....

Die Deutschen Lichttechniker im Wiener Rathaus. Anlässlich der Tagung der Deutschen Lichttechnischen Gesellschaft veranstaltete heute nachmittag die Stadt Wien im Stadtsenatssitzungssaal einen Empfang. **Bürgermeister Seitz** begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Kongressteilnehmer und hiess sie in Wien herzlich willkommen. Für die Gäste dankte der Präsident der Deutschen Lichttechnischen Gesellschaft Dr. Lempelius für die überaus gastliche Aufnahme, die sie in Wien gefunden haben. An dem Empfang nahmen unter andern Vizebürgermeister Hoss, die amtsführenden Stadträte Linder und Richter sowie Landtagspräsident Hellmann teil. Anlässlich der Tagung wurde heute abends das Wiener Rathaus festlich beleuchtet.

.....

Neue Fernsprechnummer der städtischen Gaswerke. Die Direktion der städtischen Gaswerke, VIII., Josefstädterstrasse 10/12, ist nunmehr unter der Fernsprechnummer B 43-5-20 zu erreichen.

J. Bielen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

323

Wien, am Sonntag, den 15. September 1929

.....
Eröffnung der neuen Wohnhausanlagen auf der Landstrasse.

Bürgermeister Seitz über die Verwaltung und Rechte Wiens.

Heute vormittag wurden die neuen städtischen Wohnhausbauten in Erdberg durch Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. Die neuen Wohnhausanlagen stehen auf den Gründen der ehemaligen Krimskykaserne, auf dem Kardinal Naglplatz und in der Hagenmüllergasse. Mit diesen und schon früher fertiggestellten Wohnhausanlagen hat Erdberg in den letzten Jahren insgesamt 2751 neue Wohnungen erhalten.

Die heutige Eröffnungsfeier wurde schon gestern abends mit einem imposanten Fackelzug eingeleitet, an dem gegen 12.000 Menschen teilnahmen. Alle städtischen Wohnhausanlagen und zahlreiche private Miethäuser trugen heute Festschmuck. Insbesondere die grosse Anlage auf den Gründen der früheren Krimskykaserne, wo die eigentliche Feier abgehalten wurde, war überaus reich mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien, mit Blumengirlanden und Transparenten geschmückt. Die Feier selbst wuchs über den Rahmen einer Eröffnungsfeier weit hinaus und gestaltete sich durch die Teilnahme von vielen tausenden Menschen zu einer imposanten Kundgebung für die Wiener Gemeindeverwaltung.

Auf dem Festplatz hatten sich die amtsführenden Stadträte, nahezu alle sozialdemokratischen Gemeinde- und Bezirksräte, viele Nationalräte sowie die politischen Mandatäre von der Landstrasse und der Umgebung eingefunden. Als Bürgermeister Seitz erschien, wurde er mit tosendem, nicht endenwollendem Jubel begrüsst.

Nach einem von den Landstrasser Arbeitersängern vorgetragenen Chor begrüsst amtsführender Stadtrat Weber die Festgäste. Er verwies auf die Bedeutung des kommunalen Wohnhausbaues, der den breiten Massen eine Wohnkultur vermittelt, welche die private Bautätigkeit zu bieten nicht imstande ist. Von 1923 bis heute hat die Wiener Stadtverwaltung nicht weniger als 38.000 Wohnungen errichtet, in denen etwa 5000 Einzelfamilienhäuser miteinbegriffen sind. Auf diese Art gelang es, die gewaltige Zahl von 150.000 Menschen der Wohnungsnot und dem Wohnungselend zu entreissen. (Stürmischer Beifall).

Im Namen des Bezirkes dankte Bezirksvorsteher Lahner der Gemeindeverwaltung für die Errichtung der prächtigen Wohnhausanlagen. Die Bauten, die heute eröffnet werden, bieten 6500 Menschen ein vorbildliches Obdach. In ihnen wurden schon 91 Kinder geboren und auf den weiten Höfen und Spielplätzen tummeln sich weitere 2064 Kinder. Die Wohnhausanlagen sind auf einem Grunde erstanden, der von den Ärmsten der Armen bewohnt wird. Niemals hätten Proletarier auch nur zu träumen gewagt, so vorbildlich gesund zu wohnen. Wenn sie in diesen Wohnungen gewissermassen ein neues Leben beginnen, so danken sie dies der konsequenten und zielbewussten Wohnungspolitik der Wiener Stadtverwaltung. (Stürmischer Beifall).

Dann entbot der Vertreter der Mieterausschüsse Obmann Reichel den Festgästen den herzlichsten Willkommgruss. Er verband diesen mit dem heissen Dank für die Errichtung der Wohnhausbauten. Nur wer selbst, sagte er, das harte Los der Wohnungslosigkeit zu ertragen hatte, nur wer selbst in den düsteren, luft- und lichtlosen Wohnungen, die das Privatkapital erbaut hat, aufgewachsen ist, kann den ungeheuren Fortschritt ermessen, der durch die Wohnungsfürsorge der Gemeinde den breiten Massen zuteil wird. In den hellen, sonnigen Räumen gedeihen die Kinder auf das prächtigste. Nehmen Sie, Herr Bürgermeister, die lachenden und glänzenden Augen unserer Kleinen als den Ausdruck ihres Dankes entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Auf dem Weg zur Rednertribüne wurde dem Bürgermeister von einem dreijährigen Mädchen mit einigen Versen ein grosser Blumenstrauss überreicht. Unter jubelnden Zurufen und stürmischem Beifall sagte Bürgermeister Seitz:

Festgäste! Der letzte Gruss, den Sie der Stadtverwaltung entgegengebracht haben, war ein Gruss der Kinder. Für diesen Gruss danken wir alle ganz besonders, denn er ist ein Symbol der Zukunft, für die wir arbeiten.

Wer Erdberg gekannt hat, wie ich es als alter Wiener gesehen habe, der steht staunend vor der Wandlung. Es gibt drei Gebiete in Wien, die wir als wirkliche Elendsgebiete bezeichnen müssen und deren Assanierung unsere wichtigste Aufgabe war und ist. Das sind Erdberg, das Liechtental und das sogenannte Ratzenstadl. Diese drei Gebiete haben schon vor dem Krieg einen erschütternden, furchtbaren Eindruck gemacht. Das war eine wahre Kulturschande, tief unter dem Mass dessen, was man sonst davon in Grosstädten erlebt.

Man kann heute ruhig sagen, dass die Aufbauarbeit der Stadt überall Anerkennung gefunden hat. Wenn es noch Leute gibt, die nörgeln, dann gehören sie nicht zu den sachlichen, objektiven Betrachtern und nicht zum Beispiel zu den ausländischen Delegierten, die den verschiedensten Parteien angehören und dieser Verwaltung doch nur Anerkennung, ja Bewunderung zollen; diese Nörgler an unseren Wohnhausbauten finden wir nur im Lande selbst und sie gehören zu denen, die Anerkennung nicht zollen, weil sie nicht wollen. (Stürmische Zustimmung). Die grosse Masse des Volkes, weit über die Majorität hinaus, die diese Stadt verwaltet, stimmt der kommunalen Aufbauarbeit zu, marschiert mit uns. (Lebhafter Beifall).

Vor zehn Jahren hat man dieser Stadt den Tod prophezeit. Wann sich Wien damals gesagt hätte, es hat aufgehört, der Mittelpunkt eines grossen Reiches zu sein, es hat also auch aufgehört, eine Weltstadt zu sein, so wären wir verloren gewesen. Wir haben uns rasch entschlossen umgestellt, wir sind eine Stadt der Arbeit geworden, vor allem der Aufbauarbeit. (Lebhafte Zustimmung).

Das war aber nur dadurch möglich, dass wir Wien vom Anfang an die Stellung eines selbstständigen Landes erkämpft haben. (Langer, stürmischer Beifall und laute Zurufe.)

Es hat eine Zeit gegeben - es sind nun zehn Jahre her - da wollte man von Wien nichts wissen. Man schalt es "Wasserkopf", man predigte die Autonomie, man lehnte die Verantwortung für das Schicksal der Stadt ab. Wir Wiener haben von jeher zentralistisch gedacht. Wir haben uns schliesslich der Majorität und damit dem föderalistischen Gedanken gefügt. Heute stellt sich heraus, dass die anderen Länder uns brauchen. Wir weigern unsere Hilfe nicht. Aus Wiens Steuerkraft werden Millionen Schilling ausserhalb des Landes Wien für den Gesamtstaat, ja für spezielle Länderbedürfnisse verwendet. Gut so! Aber viele wollen jetzt weiter gehen, Wien seiner Autonomie berauben. Wien soll ein Steueremporium werden, aus dem man nach Belieben schöpfen kann, eine Kolonie, die regiert wird, eine Weltstadt, deren Verwaltung der Umgebung untersteht. (Rufe: Niemals). Nun, wir werden mit unerschütterlicher Härte die autonomen Rechte des Landes Wien verteidigen (Stürmische Beifallskundgebungen). Jeder Wiener wird mit uns gehen, jeder echte Wiener wird erkennen, dass Stadt und Land Wien ganz andere Bedürfnisse haben als die anderen Länder, dass es auch eine ganz andere Arbeit leistet, anders politisch gerichtet ist. Wiens Landeshauptmann hat nicht am Sonntag Waffen zu segnen und den Bürgerkrieg, sondern Wohnhausbauten zu eröffnen und Werken der Fürsorge, dem Fortschritt der sozialen Wohlfahrt zu dienen. Wien wird sich sein Recht, aufzubauen, nicht nehmen lassen. (Stürmische Zustimmung).

Wien hat für eine Zukunft zu arbeiten, in der es keinen Krieg nach aussen und keinen Krieg nach innen geben kann, sondern nur Werke der Kultur und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes. (Beifall).

Ich danke allen Männern, die an der Erbauung dieser Häuser mitgewirkt haben, den Architekten, die die Pläne entworfen haben, den geistig und künstlerisch Schaffenden und allen manuellen Arbeitern, ohne auch nur einen Namen der Tausenden zu nennen.

Die Zehntausende, die an diesem Fest teilnehmen und um uns stehen, sind nur ein kleiner Teil des Volkes von Wien; aber auch die Masse dieses Volkes, das grosse Heer der Wiener, steht im Geiste bei uns. Mit ihm eröffnen wir diese Bauten, geloben wir, die Rechte dieser Stadt zu verteidigen, ihren inneren Frieden und den Frieden der Republik! (Langandauernder Beifall, jubelnde Zurufe.)

Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten sodann alle neuen Wohnhausanlagen. Auf diesem Rundgang wurde der Bürgermeister wiederholt begeistert gefeiert.

Wien, am Montag, den 16. September 1929

.....

Die Kleingärtner im Wiener Rathaus. Am Samstag wurde die Tagung der Oesterreichischen Kleinwirtschafter beendet. Am Sonntag abend wurden die Kongress-
teilnehmer im Wiener Rathaus empfangen. Die Gäste versammelten sich im Sit-
zungssaal des Stadtsenates, wo Verbandsobmann Gogg für den freundlichen Empfang
dankte. Für die reichsdeutschen Kleingärtner überbrachte der Präsident des In-
ternationalen Kleingärtnerverbandes und der Vorsitzende der Organisation der
deutschen Kleingärtner Rektor Förster (Frankfurt am Main) herzliche Grüsse
und erklärte, dass die reichsdeutsche Abordnung von der grossen Bewegung der
Wiener Kleingärtner den besten Eindruck mitnehme. In Vertretung des Bürgermeis-
ters begrüsst Vizebürgermeister Emmerling die Gäste. Die Bewegung der Klein-
gärtner, sagte er, erfreut sich bei der Bevölkerung und der Stadtverwaltung all-
gemeiner Sympathien. Menschen, die, so wie Sie, die Natur lieben, können nur gute
Menschen sein. Auch die Kleingärtner Wiens haben dazu beigetragen, dass Wien
schöner geworden ist, dass aus dieser Stadt, die in den schweren Jahren nach dem
Krieg vielfach totgesagt wurde, eine blühende, aufstrebende Gemeinschaft geworden
ist. Die Ansprache wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Die Gäste begaben sich
dann in den Festsaal des Rathauses. Später erschien auch Bürgermeister Seitz,
der von den Kleingärtnern lebhaft begrüsst wurde. An dem Empfang nahmen unter
anderem auch die amtsführenden Stadträte Linder und Weber, Landtagspräsident
Zimmerl, Stadtrat Rummelhardt, Altlandeshauptmann Sever, Bundesgartendirektor
Regierungsrat Rottenberger und der Vorsitzende des polnischen Kleingärtnerver-
bandes Stadtgartendirektor Marciniec teil.

.....

Tagung der Photo- und Kinohändler. Anlässlich der Tagung des Deutschen Photo-
und Kinohändlerbundes veranstaltete Sonntag nachmittag die Stadt Wien im
Sitzungssaal des Stadtsenates einen Empfang. In Vertretung des Bürgermeisters
begrüsst Vizebürgermeister Emmerling die Kongress-
teilnehmer, worauf im Namen
der Gäste Kommerzialrat Wachtl für die freundliche Aufnahme und den herzlichen
Empfang dankte. An den Empfang nahmen unter anderem Vizebürgermeister Hoss
sowie die amtsführenden Stadträte Linder und Richter teil.

.....

Bezirksvertretung Neubau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertre-
tung Neubau findet am Donnerstag, den 19. September, um 18 Uhr im Sitzungs-
saale des Amtshauses VII., Hermannsgasse 24/26 statt.

Wien, am Dienstag, den 17. September 1929

.....

Der Kampf der Gemeinde gegen die Arbeitslosigkeit. Das überaus reiche Arbeitsprogramm der Wiener Stadtverwaltung ermöglicht es dieser, die Industrie und das Gewerbe fortlaufend mit bedeutenden Arbeitsaufträgen zu versehen. So haben in der letzten Zeit die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten für nicht weniger als elf Millionen Schilling Bestellungen der verschiedensten Art vergeben. An erster Stelle stehen die Arbeitsaufträge an alle mit dem Wohnbau beschäftigten Gewerbe. Die Bestellungen für Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten bei städtischen Neubauten allein machen rund drei Millionen Schilling aus. Der Technische Ausschuss vergab die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für die Errichtung der Hauptkampfbahn des Wiener Stadions in der Höhe von rund 2'5 Millionen Schilling. In der nächsten Zeit werden auch umfangreiche Strassenneubauten und Umbauten durchgeführt. Die Arbeitsaufträge hierfür machen über 1'7 Millionen Schilling aus. Grössere Bestellungen wurden ferner für den Ausbau der elektrischen Strassenbeleuchtung und für Kanalneubauten vergeben.

.....

459 Lebensmittelanzeigen in der zweiten Augushälfte. Die Marktamtsabteilungen haben in der zweiten Augushälfte in Ausübung ihrer Kontrolltätigkeit auf den Märkten, in den Markthallen und in Lebensmittelgeschäften 459 Lebensmittelanzeigen erstattet. Davon entfallen auf Milch 284 und auf verschiedene andere Lebensmittel 175 Anzeigen. Die Beanständigungen ergaben, dass Milch bis zu 35 Prozent verwässert wurde. Bei einem Pferdefleischhauer wurden die zur Wurstbereitung vorbereiteten Fleischstücke geprüft und dabei einige bereits verdorbene Fleischstücke vorgefunden. Ein Selcher verkaufte einen geräucherten Schweinskopf, der widerlich fauligen, stinkenden Geruch aufwies. Sofort nach eingelangter Parteienbeschwerde wurden zwei Stücke eines anderen Schweinskopfes zur Untersuchung gebracht, bei denen sich derselbe Anstand ergab. Eine in einer Seefischhalle gekaufte Portion eines gebackenen Seefisches zeigte eine eckelerregende Verunreinigung durch Fliegenmaden. Bei Gebäck wurden eckelerregende Verunreinigungen durch Einbacken von Insekten und andern Fremdkörpern festgestellt. Im Zuge der von den Marktamtsabteilungen durchgeführten Amtshandlungen wurden 36 Kilogramm Rindfleisch, 4 Kilogramm Kalbfleisch, 18 Kilogramm Schweinefleisch, 2 Kilogramm Pferdefleisch, 11 Kilogramm Würste, 14 Kilogramm Wildbrett, Geflügel, Fische, Sardinen, Mehl, Gefrorenes und so weiter beschlagnahmt.

.....

Wien, am Dienstag, den 17. September 1929

Zweite Ausgabe

.....
Abschluss der Verhandlungen mit dem Verband der städtischen Angestellten.

Die Verhandlungen, die der städtische Personalreferent amtsführender Stadtrat Speiser und Magistratsdirektor Dr. Hartl seit längerer Zeit mit dem Verband der städtischen Angestellten geführt haben, fanden gestern ihren Abschluss. Die Vertreter des Verbandes verlangten neuerlich in erster Linie eine ausgiebige allgemeine Erhöhung der Bezüge. Die Gemeindeverwaltung verwies demgegenüber darauf, dass eine bedeutendere allgemeine Bezugsregulierung nur bei Zurückstellung der Gruppenwünsche möglich sei. Die Verhandlungen wurden auf dieser Grundlage weitergeführt. Sie hatten schliesslich das Ergebnis, dass die Gemeinde sich bereit erklärte, den Angestellten zu den bisherigen dreizehn Monatsbezügen einen vierzehnten Monatsgehalt zuzubilligen, und zwar derart, dass die derzeit am ersten Juni und am ersten Dezember zur Auszahlung gelangenden halben Monatsbezüge auf ganze Monatsbezüge erhöht werden. Dabei wurde von den Vertretern der Gemeindeverwaltung festgestellt, dass mit dieser bedeutenden Bezugsregulierung die Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die durch das neue Mietengesetz sich ergebenden Mehrbelastungen ausgeglichen seien und dass die erhöhten Bezüge, abgesehen von ausserordentlichen Preissteigerungen, für einen längeren Zeitraum unverändert bleiben müssen. Die Gemeindeverwaltung rechne ferner darauf, dass im Sinne der bereits erfolgten Zusage das gesamte Personal die Reform in Aemtern, Schulen und Hoheitsbetrieben im Verein mit den Dienststellen energisch fortsetzen werde. Der Forderung des Verbandes, dass die Bezüge der am niedrigsten besoldeten Bediensteten eine kleine Aufbesserung erfahren, wurde noch Rechnung getragen. Das Verhandlungsergebnis bedeutet insbesondere, dass an die Beamten und Bediensteten der Hoheitsverwaltung und an die Lehrerschaft, sowie an die Pensionisten dieser Gruppen bereits am 1. Dezember dieses Jahres ein zweiter voller Monatsbezug ausbezahlt wird.

-----0000-----

Wien, am Mittwoch, den 18. September 1929

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden auf der Landstrasse die Untere Viaduktgasse, Hansalgasse, Ditscheinergasse und Grailichgasse, in Simmering die unbenannte Gasse "An der Ostbahn" von der Uetzgasse längs der Schrebergärten Am Laaerberg, in Hietzing die Gurkgasse, Grassigasse, Beckmannngasse und Fenzlgasse und in Ottakring die Friedrich Kaisergasse und die Eckmüllergasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....
Goldene Hochzeiter. Am Samstag feierten die Ehepaare Viktor und Sofie Nathan-son, Franz und Josefa Zadina und Anton und Anna Pospisil das Fest ihrer goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters beglückwünschte amtsführender Stadtrat Linder die Jubelpaare und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Ablenkung der Bahnhofrundlinie. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wird der Bahnhofrundverkehr wegen Arbeiten auf dem Margaretengürtel in beiden Fahrtrichtungen vom Mariahilfer Gürtel über die Gumpendorferstrasse, Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt.

.....
Tagung der Marktkommissäre. Der Reichsverband der Marktkommissäre Oesterreichs hielt heuer seine Tagung vom 12. bis 14. September in Linz ab. Auf der Tagung, die überaus zahlreich besucht war, wurden 14 Referate abgeführt. Hofrat Dr. Hausmann sprach über die Vitamine. Einen interessanten Einblick in die emsige Tätigkeit der Marktkommissäre gestattete das Referat des Marktdirektors Kordule (Graz) über Milchproben. Tierarzt Dr. Belloni von der Milchpropagandastelle Wien und der Vorstand der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt Budapest Dr. Erney befassten sich mit dem Stande der Milchkontrolle in Deutschland und in Budapest. Der Linzer Marktamtsdirektor Frenzel berichtete über die notwendige Erlassung von Lebensmittelpolizeiverordnungen und über die landesgesetzliche Regelung der Bestellung von Organen der Lebensmittelpolizei. Amtsrat Chernell vom Wiener Marktamt behandelte die Zentralisation der Lebensmittelkontrolle und die Hygiene in Lebensmittelbetrieben. Anlässlich der Tagung veranstaltete die Stadt Linz am letzten Samstag einen Empfang.

.....
Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am 24. September um 16'30 Uhr statt.

Wien, am Donnerstag, den 19. September 1929

.....

Rekordbesuch in den städtischen Sommerbädern. Die Wiener Gemeindeverwaltung wendet bekanntlich der Ausgestaltung des Bäderwesens ihr grösstes Augenmerk zu. So wurden auch heuer einige Sommerbäder, insbesondere das Kongressbad in Ottakring, erheblich vergrössert und viele neue Einrichtungen zur Bequemlichkeit und Unterhaltung der Badegäste geschaffen. Die Bevölkerung macht daher von den städtischen Sommerbädern überaus reichen Gebrauch. Heuer standen 20 Sommerbäder mit 28.436 Umkleidestellen zur Verfügung. Sie wurden am 17. Mai geöffnet und hatten bis 17. September trotz dem nicht besonders bevorzugten Badewetter den Rekordbesuch von 1.617.143 Badegästen. Sieben Sommerbäder hatten über 100.000 Besucher. So badeten am Gänsehäufel 372.634 und im Kongressbad 295.433 Badegäste. Das Strandbad Alte Donau hatte 173.608, das Sommerbad Ottakring 171.544, das Sommerbad Hohe Warte 114.214, das Strandbad Kuchelau 111.697 und das Sommerbad Aspernbrücke 105.913 Besucher. Die übrigen Bäder hatten ebenfalls einen starken Zuspruch. Im Angelibad (Mühl-schüttel) badeten 63.187 und im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Krapfenwaldl 51.788 Personen. Die Besucherzahl in den städtischen Bädern steigt von Jahr zu Jahr. Während im Jahre 1913 die damaligen städtischen Sommerbäder nur 307.442 Besucher hatten, zählten im Jahre 1927 die städtischen Sommerbäder 1.247.823 und im Vorjahr 1.566.436 Badegäste. Gegenüber 1928 wurden die städtischen Sommerbäder heuer von 50.713, gegenüber 1927 von 369.320 und gegenüber 1913 von nicht weniger als 1.309.701 Badegästen mehr besucht. Die Gemeinde unterhält auch 20 Kinderfreibäder, die man vor dem Kriege in Wien überhaupt nicht kannte. Sie haben 10.889 Umkleidestellen und wurden heuer von rund 1 1/2 Millionen Kinder besucht. Die städtischen Sommerbäder bleiben noch bis auf weiteres geöffnet.

.....

Die Teilnehmer der Internationalen Hochschulkurse im Rathaus. Mittwoch abends waren die Teilnehmer der Internationalen Hochschulkurse Gäste des Bürgermeisters im Rathaus. An dem Empfang nahmen unter anderem Unterrichtsminister Dr. Czermak, Rektor Professor Dr. Innitzer, Vizebürgermeister Hoss, die amts-führenden Stadträte Speiser und Professor Dr. Tandler und der Präsident des Stadtschulrates Glöckel teil. Im Namen der Gäste richtete Professor Dr. Wildbrand eine herzliche Ansprache an den Bürgermeister und fand anerkennende Worte für die Aufbauarbeit der Gemeinde. Bürgermeister Seitz begrüßte die Gäste namens der Stadt Wien, die schon immer eine Stätte der Kunst und Wissenschaft waren. Er wünschte den Arbeiten der Internationalen Hochschulkurse vollen Erfolg und sprach die Hoffnung aus, sie mögen zu einer ständigen Einführung werden. An den Empfang schloss sich ein geselliges Beisammensein in den Räumen des Stadtsenates an.

Wien, am Freitag, den 20. September 1929

.....
Lettische Gemeindevertreter studieren die Wiener Gemeindeverwaltung. Der Verband der Städte Lettlands hat beschlossen, eine Reihe lettischer Kommunal-fachleute nach der Tschechoslowakei und Wien zu Studienzwecken zu entsenden. Die Reisegesellschaft, die aus ungefähr 25 Städtevertretern besteht, ist gestern in Wien eingetroffen. Die lettischen Gäste werden ungefähr eine Woche hier bleiben. Das Programm der Besichtigungen umfasst vor allem kommunale Wohnhausbauten, Wohlfahrtseinrichtungen und städtische Unternehmungen.

.....
Eröffnung von neuen städtischen Wohnhausanlagen. Bürgermeister Seitz wird am Sonntag zwei neue grosse städtische Wohnhausbauten in Meidling in der Kopp-reitergasse und Längenfeldgasse eröffnen. Die Eröffnung in der Kopp-reitergasse findet um 10 Uhr statt. Die Eröffnungsfeier in der Längenfeldgasse ist um halb 12 Uhr angesetzt.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Inneren Stadt in der Löwelstrasse, Schauflergasse und auf dem Ballhausplatz, auf der Landstrasse in der Unteren Viaduktgasse, Hansalgasse, Greilichgasse und Ditschei-nergasse und in Simmering auf dem Laaerberg an der Ostbahn in Betrieb gesetzt. In der Leopoldstadt wird die Gartenanlage auf dem ehemaligen Steinlagerplatz bei der Oberen Donaustrasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausge-stattet.

.....
Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 25. September, um 17 Uhr statt. Die Be-zirksvertretung Landstrasse tritt am Donnerstag, den 26. September, um 17 Uhr zusammen. Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Freitag, den 27. September um 18 Uhr eine Plenarsitzung ab.

.....
Kein Wasser für die öffentlichen Brunnen. Der städtische Wasserleitungsbe-trieb macht die Bevölkerung aufmerksam, dass der heurige regenarme und heisse Sommer schon seit einigen Wochen die Zuflüsse der beiden Hochquellenleitungen stark verringert hat. Es mussten deshalb schon seit längerem die öffentlichen Brunnen abgesperrt werden. Zu einer weiteren Drosselung dürfte es voraussicht-lich nicht kommen, doch ist jede Wasserverschwendung zu vermeiden.

Wien, am Freitag, den 20. September 1929 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 20. September 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr nachmittags die Sitzung. Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor, und zwar ein Dringlichkeitsantrag der G. Ing. Biber und Genossen, in welchen darauf verwiesen wird, dass in der letzten Zeit jene Stellen der Gemeinde Wien, die für Gewerbetreibende fällige Zahlungen aus Aufträgen zu liquidieren hatten, ~~seitens des Kontrollamtes~~ angewiesen wurden, sich von diesen Gewerbetreibenden zuerst eine Bescheinigung der Krankenkasse vorlegen zu lassen in wie weit sie ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Krankenkassenbeiträge nachgekommen sind. Diese Neueinführung bei Liquidationsstellen kam für die Gewerbetreibenden vollkommen überraschend; da sie nicht im Besitz der Bestätigungen waren bekamen sie kein Geld. Bei der Krankenkasse war ein solcher Andrang um diese Bestätigungen, dass stundenlanges Warten notwendig war. Hatte der Gewerbetreibende die Bestätigung in der Hand und kam damit zu einer Liquidationsstelle, so wurde ihm der gesamte darauf ersichtliche Offenstand von seiner fälligen Forderung in Anzug gebracht. Da viele Gewerbetreibende an mehreren Stellen fällige Forderungen zu beheben hatten, geschah das Unglaubliche, dass jede Liquidationsstelle, den auf dem Krankenkassenkontoauszug ausgewiesenen Offenstand in gähnlicher Weise von der Forderung in Abzug brachte. So kam es, dass die Gewerbetreibenden über das für Lohnauszahlungen dringend notwendige Geld nicht verfügen konnten und so in eine schwierige und für manche auch gewiss sehr kostspielige Lage versetzt wurden. Auch kommen die betreffenden Gewerbetreibenden insofern zum Nachteil, als ihnen nach dem Krankenversicherungsgesetz für Arbeiter ein zinsfreies Respiro für die Bezahlung der Krankenkassenbeiträge von sechs Wochen offensteht und sie nunmehr dieser Wohltat verlustig werden. Es wird beantragt, den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe II zu beauftragen unverzüglich alle Vorkehrungen zu treffen, um die sich aus dem § 38 des Krankenversicherungsgesetzes für Arbeiter ergebende Haftung der Gemeinde nur insoweit auf die Gewerbetreibenden auswirken zu lassen, als es unbedingt erforderlich ist und auch nur dann in einer Weise, dass sich dies ohne jede Schädigung für die Gewerbetreibenden vollzieht, ferner darauf Rücksicht zu nehmen, dass den Geschäftsleuten das im Gesetz begründete sechswöchige Respiro gewahrt bleibt.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag des GR. Zimmerl und Genossen betrifft die Handhabung der Bestimmungen des Nahrungs- und Genussmittelabgabegesetzes. Es heisst in dem Antrag: Sicherem Vernehmen nach versucht der Magistrat in letzterer Zeit, bei jenen Betrieben, die anlässlich einer der Lustbarkeitsabgabe unterliegenden Veranstaltung für die dabei verabfolgten Nahrungs- und Genussmittel den höchsten Satz der Nahrungs- und Genussmittelabgabe von 15 Prozent zu entrichten haben, die Bemessungsgrundlage dadurch zu erhöhen, dass in dieselbe auch das Entgelt für bereits zwei oder eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung verabreichte Nahrungs- und Genussmittel einbezogen wird. Nach dem zweiten Absatz des § 1 des Gesetzes über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe unterliegen ohne Rücksicht darauf, ob die im ersten Absatze angegebenen Merkmale vorhanden sind oder nicht, der Abgabepflicht auch "alle Betriebe für jene Nahrungs- oder Genussmittel, die anlässlich der der Lustbarkeitsabgabe unterliegenden Veranstaltungen verabfolgt werden". Es ist klar, dass dieser Bestimmung nur die Bedeutung zukommen kann, dass der Abgabepflicht nur die "bei" oder "während" der betreffenden Veranstaltung verabfolgten Nahrungs- und Genussmittel unterworfen sind. Jede andere Deutung würde letzten Endes dazu führen, dass bei einer abendlichen Veranstaltung in einem solchen Betriebe auch die Entgelte für die während der übrigen Zeit verabreichten Nahrungs- und Genussmittel in die Abgabe einzubeziehen wäre, was den Absichten und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufen würde. Durch diese Praxis soll offenbar der Versuch unternommen werden, den Ausfall infolge der versprochenen Steuerermässigungen auf der anderen Seite wieder hereinzubringen; es liegt aber auch die Vermutung nahe, dass man bei einer eventuellen Pauschalierung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf diese Weise einen Druck auf die betreffenden Betriebsinhaber ausüben will. Da dieses Vorgehen der Abgabebehörde dem Gesetze widerspricht, die Betriebe dieser Art schon von der unerträglichen gesetzlichen Steuerbelastung allein schwer betroffen sind und zu befürchten steht, dass durch eine derartige willkürliche Handhabung des Gesetzes zahlreiche Betriebe zur Sperrung gezwungen werden und dadurch die Arbeitslosigkeit erhöht wird, wird beantragt, der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II sei zu beauftragen, diese gesetzwidrige Handhabung der Bestimmungen über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe sofort einzustellen.

Ohne Debatte werden angenommen ein Antrag betreffend die Erwerbung eines Hauses V., Nevillegasse um den Betrag von 55.400 Schilling, die Festsetzung eines Sommerhüttengebietes für die Kleingartenanlage Am Wolfersberg im XIII. Bezirk, die Festsetzung eines Geländes für Industriebauten am Donaukanal im III. Bezirk, die Errichtung eines Kindergartens in der Parkanlage

auf dem Rudolfsplatz im I. Bezirk (Kosten Schilling 248.600). ~~Es wird~~ Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

ST.R.Weber referiert über den Antrag, zum Zwecke der rascheren Bekämpfung der Wohnungsnot für die Errichtung von 10.000 Wohnungen in der Zeit bis 31. Dezember 1932 die Bundeszuschüsse im Sinne des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes in grösstmöglichstem Umfang in Anspruch zu nehmen. Für 10 Prozent der Baukosten gemäss § 2 Absatz 2 lit. b des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes ist, soweit sie nicht schon mit dem Grundwert bedeckt sind, jeweilig Vorsorge zu treffen. ~~Der Magistrat wird ermächtigt, die in dem erwähnten Buft., des Gesetz- ausserdem vorgesehene Hypothekendarlehen zu nehmen.~~ Stadtrat Weber bemerkt hiezv: Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Mittel aus der Wohnbauförderung sind nach § 1 des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes gegeben, da in Wien eine ungeheure Wohnungsnot, vielleicht die grösste Wohnungsnot unter allen Gemeinden Oesterreichs besteht. Beim Wohnungsamt sind nicht wenigen als rund 20.000 Wohnungswerber vorgemerkt und jedes Jahr wachsen durchschnittlich 15.000 bis 16.000 Anmeldungen durch Eheschliessungen zu. Das Recht der Gemeinde die Begünstigung des Wohnbauförderungs- und Siedlungsgesetzes in Anspruch zu nehmen, das wiederholt bestritten wurde ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht anzuzweifeln. Ebenso unbestritten istes, nach dem Wortlaut des Gesetzes, dass den Gemeinden der Bau von Kleinwohnungen zgedacht ist. Im § 2 des Gesetzes wird nämlich gesagt: In Baulichkeiten, die von Ländern oder von Gemeinden oder für Länder oder Gemeinden errichtet werden dürfen die Wohnungen das Ausmass von Kleinwohnungen nicht überschreiten. Die Kleinwohnungen sind in diesem Gesetz mit 60 Quadratmeter Raumfläche begrenzt. Grössere Wohnungen haben wir nie gebaut und wir haben auch nicht die Absicht sie in Zukunft zu bauen, weil wir der Auffassung sind, dass, wer eine grössere Wohnung haben will, sie auf dem freien Wohnungsmarkt suchen muss und dass der Bau von grösseren Wohnungen Sache der privaten Bautätigkeit ist. Wenn wir das aussprechen, so haben wir natürlich auch vor Augen, dass die private Bautätigkeit von der Begünstigung des Gesetzes Gebrauch macht. Strittig ist lediglich die Frage, in welchem Umfange die Gemeinde die Begünstigung des Gesetzes in Anspruch nehmen soll. **Entscheidend** hiefür sind zwei Umstände: Der Umfang der Wohnungsnot und die Höhe der materiellen Leistungen, die die Wiener Bevölkerung zum Fonds beiträgt. Was den Umfang der Wohnungsnot betrifft, so hat festzustellen, dass die Einwohnerzahl Wiens weitaus mehr, als die Hälfte der Einwohnerzahl aller jener österreichischen Gemeinden beträgt, in denen Wohnungsnot herrscht. Und was die materiellen Leistungen der Wiener Bevölkerung anlangt, so werden ^{die} / Zinsgrößenbeiträge zu drei Vierteln von der Wiener Bevölkerung aufgebracht.

denn im Gebiete Oesterreichs wurden rund 600 Millionen Goldkronen Zins eingehoben, wovon auf Wien etwa 440 Millionen entfallen. Diese zwei Tatsachen ^{berechtigten} /~~die~~ die Gemeinde gewiss ~~ein~~ einen nennenswerten Anspruch an den Fonds zu stellen. Selbstverständlich ist sich aber die Gemeinde ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber den anderen Bundesländern bewusst und erhebt nicht Anspruch auf drei Viertel aller Eingänge aus den Zinsgroschen. Wir stellen uns die Sache ^{so} vor, dass von den 30.000 Wohnungen, die nach dem Wohnbauförderungsgesetz in ganz Oesterreich erbaut werden sollen, etwa 50 Prozent auf Wien entfallen. Wenn die Gemeinde Wien nun 10.000 Kleinwohnungen erbaut würden etwa ^{der} 5000 Wohnungen ~~der~~ ^{der} genossenschaftlichen und privaten Bautätigkeit zufallen. Wir wünschen und hoffen, dass von dieser Möglichkeit recht ausgiebig Gebrauch gemacht wird. Dass die Gemeinde von dem ihr zustehenden Recht in möglichst grossem Umfang Gebrauch macht, liegt im Interesse der gesamten Bewohnerschaft und insbesondere der Wohnungslosen, da die Gemeinde die von ihr erstellten Wohnungen zu einem viel niedrigerem Mietzins abgeben kann, als die private oder genossenschaftliche Bautätigkeit. Wenn man annimmt, dass eine Wohnung von 60 Quadratmeter Grösse erbaut wird und **ihr** den Friedenszins von 750 Kronen zugrunde legt, so ergibt sich, dass der Mieter im Jahr für eine von der Genossenschaft erbaute Wohnung rund 682 Schilling aufzubringen hat, wenn ein **eigenheim** erbaut wird, 875 Schilling und wenn die Gemeinde baut, wobei zu berücksichtigen ist, dass die öffentlichen rechtlichen Körperschaften statt ein Prozent drei Prozent im Jahre zurückzuzahlen haben, 787 Schilling. Da wir aber die nach dem Wohnbauförderungsgesetz erbauten Wohnungen voraussichtlich zu keinem höheren Zins als in den übrigen Neubauten vermieten werden, so wird die Gemeinde auch von diesen Wohnungen nicht 787 sondern wahrscheinlich nur 168 Schilling einheben. Das ist eine so ungeheure Differenz gegenüber dem Mietzins von Wohnungen die auf andere Weise erbaut werden, dass man wohl sagen muss, dass die Erbauung durch die Gemeinde im Interesse der Wohnungslosen gelegen ist. Die Gemeinde Wien wird aber auch die Bautätigkeit im Allgemeinen und die private Tätigkeit in diesem Falle besonders fördern. Es ist beabsichtigt zur Förderung der privaten und genossenschaftlichen Bautätigkeit alle zur Verfügung stehenden Baugründe im Baurecht zu vergeben. Es sind das insgesamt rund 220.000 Quadratmeter, die sich auf die Bezirke III., XI., XII., XIII., XVI., XVII., XVIII., XIX., und XXI verteilen. Auf diesen Geländen können rund 1000 Wohnungen errichtet werden. Wenn es möglich ist noch mehr Gründe zu erwerben, wird diese Aktion selbstverständlich erweitert werden. Die Gemeinde Wien wird weiter die private und genossenschaftliche Bautätigkeit dadurch namhaft fördern, dass sie die sogenannten Anliegerbeiträge zur Gänze aus eigenen tragen wird, sofern

die Begünstigung des Wohnbauförderungsgesetzes in Anspruch genommen wird.
 ...
 ...
 ...
 hier also gewiss eine grosszügige Förderung der privaten Bautätigkeit vor.
 Die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit zwingt uns von der Begünstigung des
 Wohnbauförderungsgesetzes nicht nur in möglichst grossem Umfange sondern
 möglichst rasch Gebrauch zu machen. Wir sind dazu auch in der Lage, weil
 wir aus dem Vorrat der Projekte für das Wohnbauprogramm eine so grosse Anzahl heraus
 nehmen können, dass, wenn das Kuratorium und die beteiligten Bundesminister
 zustimmen, binnen wenigen Wochen mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden
 kann und schon im nächsten Jahr Wohnungen die auf Grund der Wohnbauförderung
 gebaut werden an Wohnungslöse vergeben werden können (Lebhafter Beifall und
 Handklatschen bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl (E.L.): Durch diesen Antrag will die Mehrheit den
 Anschein erwecken, dass sie ausser den 5000 Wohnungen auf Grund des Wohnbau-
 programms der Gemeinde in ~~den~~ drei Jahren noch weitere 10.000 Woh-
 nungen bauen wird. Das ist wieder ein Bluff, ein Wahlschlager, ein Versprechen,
 dass Sie wie viele andere nicht einhalten können und nicht einhalten werden.
 Ihre Terrorakte, ihre ausgesprochene Parteiverwältung, die unausgesetzte
 Schändung der Demokratie und Ihre Finanzpolitik haben bereits einen Volks-
 sturm entfacht. Es steht wohl nicht der Wahltag, aber der Zahltag vor der
 Tür (Beifall bei der Minderheit). Es geht Ihnen so, wie jenem Schuldner wenn
 es zum Zahlen kommt, will er davon nichts wissen.

In formaler Beziehung ist im Gemeinderat eine Abstimmung
 über diesen Antrag unmöglich. Der Gemeinderat kann nicht über eine unbestimm-
 te Ausgabe mit einer unbestimmten Bedeckung Beschluss fassen. Sie können dem
 Gemeinderat jedes einzelne Bauprojekt vorlegen, doch müssen die genauen Kos-
 ten vermerkt sein. Wie salopp Sie die Geschäfte führen geht daraus hervor,
 dass Sie nur für 40 Prozent des Bauaufwandes vorgesorgt haben und auf die
 übrigen 60 Prozent vergessen haben. Erst heute wurde diesbezüglich ein Nach-
 trag aufgelegt. Der Referent hat auch gesagt, dass in dem aus den staatlichen
 Mitteln von der Gemeinde erbauten Häusern, eine niedrigere Miete eingehoben
 werden wird. Er hat aber nicht gesagt, woher die hierfür notwendigen Mitteln
 genommen werden. Aber Ihnen ist es bei der Sache nur darum zu tun, wieder von
 neuen 10.000 Wohnungen reden zu können.

Das Gesetz gibt den Gemeinden die Möglichkeit den staatli-
 chen Wohnbauförderungsfonds in Anspruch zu nehmen. Wenn die Gemeinde Wien von
 diesem Recht Gebrauch macht, werden wir keinen Einspruch erheben. Wir müssen
 aber doch feststellen, dass die staatliche Wohnbauförderung ursprünglich

nur für die Privaten geplant war, weil nur die private Bautätigkeit wirksam die Wohnungsnot bekämpfen kann. Die öffentlichen Faktoren können die Wohnungsnot nicht beheben. Aber die Sozialdemokraten haben im anderen Haus erpresst, dass auch die Gemeinden Mitteln aus den staatlichen Fonds bekommen. Aber es gibt neben dem Recht auch eine Pflicht. Wir richten an die beiden Ministerien, die mit der staatlichen Wohnbauförderung befasst sind, den Appell die Geschäfte so zu führen, dass zuerst die Bedürfnisse der privaten Bauwerber gedeckt werden und dann erst die Gemeinden, etwas bekommen.

Die Gemeindeverwaltung verstosst bei der Durchführung der Wohnhausbauten gegen den wirtschaftlichen Grundsatz, dass dem Unternehmer auch eine Verdienstmöglichkeit gegeben wird. Sie lässt nicht die befugten und reellen Firmen zu, sondern unbefugte Unternehmer. Sie kauft die Baumaterialien ein, verhindert, dass Unternehmer daran verdienen und doch muss man konstatieren, dass die Materialien nicht billiger aber dafür schlechter sind. (Zustimmung bei der Minderheit).

Niemals hat die Gemeinde die private Wohnbautätigkeit gefördert; sie hat sie geradezu erwürgt. Nach der neuen Bauordnung wird das Bauen überhaupt nur möglich sein, wenn es der Magistrat erlaubt. Unter solchen Umständen davon zu reden, dass die Gemeinde die private Bautätigkeit gefördert hat, dass kann man nur von Ihnen erleben. Sie haben auch das ganze Baugelände angekauft. Wir haben immer vor diesen ziel- und planlosen Ankaufen gewarnt. Nun haben Sie damit das Gegenteil dessen erreicht, was Sie immer behauptet haben. Sie sind die Wegbereiter der Grundspekulation geworden, weil Sie die Ware weggenommen haben und dadurch das Wenige, das übrigblieb zu Spekulationspreisen verkauft wird. Auch das Baurecht kann für Wohnhausbauten nicht in Betracht kommen. (Zustimmung bei der Minderheit).

Schon vor Jahren habe ich erklärt, dass Sie nicht soviel Wohnungen bauen, als im Voranschlag festgesetzt wird. Geben Sie doch dem Gemeinderat einen Bericht darüber, mit wieviel Wohnungen Sie im Rückstand sind! Sie haben nicht einmal Ihr bisheriges Wohnbauprogramm durchgeführt und nun kommt man mit dem Antrag weitere 3300 Wohnungen im Jahr noch dazu zu bauen. Das kann niemand ernst nehmen.

Es ist eine Tatsache, dass Wohnungen nur an Sozialdemokraten vergeben werden. Die Bezirksvorsteher von Meidling und Döbling sagen den Leuten, dass sie nur eine Wohnung erhalten, wenn sie sozialdemokratisch organisiert sind. Auch in der Arbeiter-Zeitung konnte man in dem Bericht über die Eröffnung der Erdberger Wohnbauten lesen, dass es kein Fenster gab, das nicht rot dekoriert gewesen wäre. Wenn Sie aber glauben, dass auch in die mit staatlicher Hilfe errichteten Wohnbauten nur Sozialdemokraten hineinkommen, dann

werden Sie sich täuschen. Namens der Minderheit muss ich auch dagegen protestieren, dass diese Wohnbaueröffnungen als Parteiveranstaltungen bezeichnet werden, an denen der Bürgermeister in dieser Eigenschaft offiziell teilnimmt. Wir verlangen, dass die Wohnungszuweisungen durch eine paritätische Kommission erfolgen.

GR. Jenschik (soz. dem.): Aber Ihre Leute wollen doch in die "Wanzenburgen" gar nicht einziehen! (Heiterkeit bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl: Es wirft sich auch die Frage auf, was diese Wohnungen kosten. Der Bürgermeister hat am Sonntag erklärt, dass eine Wohnung 18.000 Schilling kostet. Wir haben aber früher einmal etwas von 9000 Schilling gehört. Für ein paar Löcher, in denen nicht einmal die Möbel Platz haben, 18.000 Schilling auszugeben, muss jeden vernünftigen Menschen nachdenklich machen. Solange Sie uns die Kontrolle über die Kosten der städtischen Wohnhausbauten verweigern, solange müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es hier nicht mit rechten Dingen zugeht (Beifall bei der Minderheit).

Da wir diesen Antrag als nicht diskutierfähig betrachten, werden wir uns an der Abstimmung nicht beteiligen. Ich kann nur der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben, dass bis zur Errichtung der Wohnhausbauten mit staatlichen Zuschüssen, in diesem Saale schon eine andere Mehrheit sitzen wird (Lebhafter Beifall).

GR. Ullreich (E. L. .) führt aus, dass die Gemeinde bisher die private Bautätigkeit erschwert und behindert hat. Nun soll sie auf einmal gefördert werden. Die Abgabe von Gründen im Baurecht ist aber keine Förderung. Den Siedlern werden die Gründe auf 30 Jahre gegeben. Die privaten Baulustigen jedoch halten Sie mit einem solchen Baurecht zum Besten. Als Höchst dauer des Baurechtes müssten 20 Jahre angenommen werden. Wenn Sie auch auf die Anliegerbeiträge verzichten, so gibt es noch sehr viele andere Lasten, die die private Bautätigkeit erschweren. Die Gaszuleitung muss gezahlt werden, die Lichtzuleitung, die Wasserzuleitung, die Herstellung von Strassen, ihre Instandhaltung und Beleuchtung. Das sind versteckte Anliegerbeiträge, die das Bauen ganz besonders verteuern. Sie verteuern dadurch aber auch die Ausschliessung von Bauland. Wenn Sie die private Bautätigkeit fördern wollen, müssen Sie insbesondere die Errichtung von Eigenheimen auf genossenschaftlicher Basis erleichtern. Dabei ist es notwendig, dass bezüglich der Wertzuwachsabgabe Ausnahmebestimmungen geschaffen werden. Die Gemeinde hat die moralische Verpflichtung, die private Bautätigkeit durch alle jene Massnahmen zu fördern, die geeignet sind, die private und vor allem die genossenschaftliche Bautätigkeit ausreichend zu unter

stützen. (Beifall bei der E. L.)

GR. Pfeiffer (E. L.) erklärt, dass er sich in seiner Auffassung, der Gemeinderat sei das Spiegelbild des politischen und wirtschaftlichen Lebens, geirrt habe, denn sonst könnte die Wahrheit des Hauses unmöglich jenen Weg weitergehen, den sie bisher gegangen ist. Die Wohnbautätigkeit der sozialdemokratischen Partei (Ich sage mit Absicht nicht Gemeindeverwaltung) ist eine ausgesprochene Parteisache geworden, das ist Ihnen schon wiederholt nachgewiesen worden. Als Beweis diene auch, dass zum Beispiel im Lindenhof in Währing dort untergebrachte Jugendheime und Erziehungsräume zu parteipolitischen Zwecken missbraucht werden. Wenn man die Reden des Bürgermeisters Seitz anlässlich der Eröffnung von Wohnhausanlagen liest, so glaubt man, dass die städtische Wohnbautätigkeit ausschliesslich Parteisache ist. Der Herr Bürgermeister beliebt auch dabei zu vergessen, dass er Bürgermeister von Wien ist und dass die Wohnbauten aus den Steuergeldern errichtet werden, die zum Grossteil von denen aufgebracht werden müssen, gegen die sich die Agitation der Sozialdemokraten richtet. St. R. Weber hat das Geständnis abgelegt, dass die städtische Wohnbautätigkeit ein vollständiges Fiasko erlitten hat; er hat uns mitgeteilt, dass es in Wien 20,000 Wohnungssuchende gibt und dass jedes Jahr 15,000 Wohnungssuchende zuwachsen. Das ist der Beweis dafür, dass die städtische Wohnbautätigkeit den Bedürfnissen in keiner Weise gerecht wird, der Beweis, dass Sie einen vollständig falschen Weg gegangen sind. Das Wohnbauförderungsgesetz war die Hoffnung vieler arbeitender Menschen, durch den vorliegenden Antrag jedoch wird das Gesetz für Wien geradezu sabotiert, wird die Eigenheimbewegung vollständig erdrückt. Die städtische Wohnbautätigkeit ist auch eine völlig unrentable. Nach dem Vorschlag kostet der Heiligenstädterbau 29 1/2 Millionen. Da dort 1200 Wohnungen sind, stellt sich jede Wohnung nach dem Voranschlag auf 24.300 Schilling. Demgegenüber baut die Gesiba die Wohnungen um 14.800 Schilling bis 16.900 Schilling. Wir wären auch sehr neugierig, wie hoch der Mietzins in den mit Bundeshilfe gebauten Häusern sein wird. Wenn er nicht höher als in den Privathäusern ist, wer zahlt dann die Differenz? Die Steuerzahler werden für die Verzinsung des Kapitals und für die Erhaltung der Bauten aufkommen müssen. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, mit Bundeshilfe zu bauen, da das Gesetz für Private gedacht gewesen ist. Aufgabe der Gemeinde ist es, die Baugründe zu erschliessen, für Strassen, Kanäle, Gas, elektrisches Licht und so weiter zu sorgen und alle jene Verpflichtungen zu erfüllen, die in den Wirkungskreis der Gemeinde fallen. Die Abstimmungsmaschine wird auch heute tadellos funktionieren. Das schreckt uns nicht, da wir genau wissen, dass es in diesem Saal nicht ewig so bleiben wird, dass die sozialdemokratische Diktatur ihrem Ende entgegengeht. (Beifall).

GR. Millik (E.L.) ersucht zunächst, die vom Gemeinderat schon bewilligten Bauten zu vergeben, damit im Herbst keine Arbeitslosigkeit eintritt. Dann beschäftigt sich der Redner mit dem Bericht der Arbeiterzeitung über die Eröffnung der Wohnhausanlagen in der Hagenmüllergasse. Er erklärt, dass nach diesem Bericht die Festgäste bei der Eröffnung bewusst irre geführt worden sind. Sie hätten ihnen sagen müssen, dass das Haus dem Einsturz nahe war, dass Tag und Nacht gearbeitet wurde, um das Haus vor dem Einsturz zu bewahren. In der damaligen Kommission haben GR. Biber und ich die Unterfangungsarbeiten als nicht ausreichend gefunden. Die Sachverständigen haben unserem Bedenken recht gegeben. In Heiligenstadt ist dasselbe passiert. Wir haben in der Kommission nach Recht und Gewissen gehandelt und ich verahre mich auf das Entschiedenste dagegen, dass uns jetzt in der Öffentlichkeit Spott und Hohn treffen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) erklärt, die Vergebung von 220.000 Quadratmeter Grund im Erbbaurecht ist keine Förderung der privaten Wohnbautätigkeit. Er beschäftigt sich sodann mit der Art der Wohnungsvergebung; Wohnungen erhalten nur Sozialdemokraten. Ein Beweis dafür ist, dass bei der letzten Wohnhäusereröffnung der Bürgermeister festgestellt hat, dass jedes Fenster rot dekoriert ist. Es müssen daher in dieser Anlage die Wohnungen nur Sozialdemokraten zugewiesen worden sein. Wenn Stadtrat Weber diese Art der Wohnungsvergebung bestreitet, so bestreitet er dies gegen besseres Wissen. In allen Schichten der Bevölkerung tobt schon ein Sturm der Entrüstung gegen diese Art der Wohnungsvergebung, er wird ins Ungemessene wachsen und Sie endgiltig hinwegfegen. (Beifall).

GR. Elend (E.L.) führt aus, dass der Antrag zu begrüßen wäre, wenn die Gemeinde eine wirklich volkswirtschaftliche Tat begehen würde. Die Gemeinde will aber nichts anderes als um 10.000 Wohnungen mehr zu bauen, die dann ausschliesslich ihr zur Verfügung stehen, um für sich parteipolitische Vorteile herauszuschlagen. Die heutige Gemeindeverwaltung pocht auf Reichtum und Macht, da sie weit über die Bedürfnisse Steuern einhebt und den Unternehmern das Betriebskapital entzieht. Wien hat unter Lueger einen gewaltigen Aufstieg genommen. Damals wurde auch gebaut, doch wurden die Lasten auf Jahre hinaus verteilt. Heute beginnen auch die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute zu erkennen welche schwere Schäden die Gemeindeverwaltung den Selbstständigen zu zufügt. Und wir glauben es wird die Zeit noch kommen, wo wir darüber reden werden ob die Gemeinde wirklich die Aufgabe hat, die Bevölkerung derart auszulündern, dass sie ihr nur Handlangerdienste leistet. Wenn Bauhilfe von Seite des Staates in Anspruch genommen wird, so müssten die Arbeiten den betreffenden Handwerkern in eigener Regie übergeben werden. Die Handwerker sind ja bei der Gemeinde zu blossen Stundenlohnarbeitern geworden. Der Redner protestiert

dagegen, dass während eine ganze Anzahl von nach Wien Eingewanderten Leuten Wohnungen bekommen es Wienern nicht möglich ist, in einem Gemeindebau unterzukommen. Mir ist zum Beispiel ein Fall bekannt, dass in einer Wohnung mit Zimmer und Küche vier Ehepaare wohnen müssen (Hört! Hört bei der E.L.) und die Leute können keine Gemeindefwohnung bekommen. Von denen, die eine Wohnung haben wollen, verlangen Sie, dass sie sich sozialdemokratisch organisieren. Die Gemeinde muss sich ebenso wieder Bund entschliessen, Zuschüsse zur Förderung der privaten Wohnbautätigkeit zu leisten und überhaupt auf die Interessen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Heute, wo Sie nur darauf sehen, dass die Oberbonzen ein gesichertes Leben haben, während die anderen zugrunde gehen, ist es kein Wunder, dass ein grosser Unwille nicht nur unter den Selbstständigen, sondern auch unter den Arbeitern Platz greift, weil alle Schichten der Bevölkerung erkennen, dass Ihnen das Interesse der Gesamtbevölkerung Wurst ist (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Rummelhardt (E.L.) bemerkt, die Sozialdemokraten haben sich immer so, als ob sie die öffentliche Wohnbautätigkeit erfunden hätten. In Wirklichkeit hat die christlichsoziale Gemeinderatsmehrheit schon im Jahre 1918, zu einer Zeit, wo die Wohnungsnot noch nicht so gross war, aber ihr Anwachsen vorausgesehen werden konnte, Massnahmen zur Behebung der Wohnungsnot beschlossen. Damals wurde der Bau von 2000 Siedlerwohnungen und 24.000 anderen Wohnungen vorgesehen, aber das damalige Wohnbauprogramm unterscheidet sich sehr wesentlich von Ihrem Wohnbauprogramm. Dieses Programm war so, dass die Gemeinde erklärt hat, sich an einer Baugeschäftsstelle zu beteiligen, dass sie einen Teil der Baukosten, die Verzinsung für Baukredite übernehmen und eine Kreditstelle gründen wollte, die die Aufgabe hatte, langfristige möglichst niedrig verzinsliche Hypothekendarlehen zu gewähren. Bei einer solchen Art der Bedeckung kann die Wohnungsnot wirksam gekämpft werden, ohne dass die Bevölkerung so hart getroffen wird, wie durch Ihr Vorgehen. Es hat sich nun herausgestellt, dass Sie mit Gemeindemitteln Ihr Wohnbauprogramm nicht durchführen können und nun greifen Sie mit gieriger Hast in einer bolschewikischen Art auf die Bundeszuschüsse. Von den 450 Millionen die zur Verfügung stehen, wollen Sie allein 180 Millionen in Anspruch nehmen. Als Wiener könnte man das ja begrüßen, wenn man bei Ihnen Unparteilichkeit voraussetzen könnte. Aber bei Ihrer parteiischen Wohnungs- und Wohnbaupolitik muss man sich dagegen wenden, dass auch noch Bundeszuschüsse für Parteizwecke in Anspruch genommen werden. Man sehe sich zum Beispiel die Verhältnisse in Deutschland zum Vergleich an. Dort ist die Bauhilfe im ersten Halbjahr 1929 nur zu 7'2 Prozent den öffentlichen Körperschaften, zu 48'7 Prozent den genossenschaftlichen Siedlungsbauten und zu 44'1 Prozent den privaten Bauführungen zugute gekommen. Ein Berlin

Sozialdemokrat würde es gar nicht verstehen, dass aus Staatsmitteln solche Beiträge für parteipolitische Zwecke einer Gemeinde in Anspruch genommen werden. Ihre Landeshypothekenanstalt wird eine sehr merkwürdige Rolle spielen. Der Apparat führt vom Rathaus weg über die Landeshypothekenanstalt zur Geschäftsstelle. Die Arbeiterzeitung hat geschrieben, dass die Geschäftsführung der provisorischen Geschäftsstelle ein Skandal ist. Die Arbeiterzeitung sollte mit dem Wort "Skandal" nicht herumwerfen, da es genug Skandale in der Wiener Gemeindeverwaltung gibt. Auch wir würden es allerdings für notwendig halten, dass nach 3 Monaten dem Provisorium der Geschäftsstelle ein Ende gemacht wird und dass eine definitive Geschäftsstelle geschaffen wird, die eine rege Propaganda für die Inanspruchnahme der Bundesbauhilfe entfalten müsste, da ein Grossteil der Bevölkerung gar nicht weiss, um was es sich handelt. Wenn die Wohnbauförderung nicht früher durchgeführt werden konnte, so waren Sie Schuld daran, da Sie durch Ihre Obstruktion ^{gegen} das Mietengesetz eine private Bautätigkeit unmöglich gemacht haben. Das Verhalten der Gemeinde Wien in den Wohnbaufragen ist für die Wiener höchst gefährlich. Denn bis jetzt hat die Gemeinde die im § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes vorgeschriebenen Pflicht, dass sie die private Wohnbautätigkeit tatkräftigst fördern müsse nicht erfüllt. Wenn Sie heute erklären, dass Sie so und so viele Quadratmeter Grund im Erbbaurecht vergeben, so wird Ihnen niemand eine Wohnbauförderung glauben. Sie könnten die private Bautätigkeit nur dadurch fördern, dass Sie die Gründe, die Sie zur Verfügung haben, mindestens zu demselben Preis, zu dem Sie sie erworben haben, im freien Verkauf ins Eigentum übergeben. GR. Rummalhardt kommt sodann auf die Eröffnung von Wohnhausbauten zu sprechen und bemerkt, bei einer solchen Eröffnung habe sich ein komischer Zwischenfall ergeben. Während alle Fenster des betreffenden Hauses rot geschmückt waren, war in dem einen Fenster ein blauer Esel zu sehen. Die Partei dieser Wohnung war nämlich nicht zu Hause und die Kinder haben den blauen Esel ins Fenster gestellt. Darüber hat unter den Anwesenden der Rathausgewaltigen grosse Entrüstung geherrscht und der Partei wurde mit Kündigung gedroht. Man wird in den nächsten Tagen von dem Vorfall in den Zeitungen lesen. GR. Rummelhardt appelliert zum Schlusse an die Mehrheit, die im Wohnbauförderungsgesetz vorgesehenen Bedingungen redlich zu erfüllen. ^{Sie müssen sich} Überhaupt bemühen der Gemeindeverwaltung den Stempel der Redlichkeit aufzudrücken, die ihr verloren gegangen ist. Ein Redner der Mehrheit hat in einem Zwischenruf Neuwahlen verlangt. Auch wir sind für Wahlen aber Behörden die die Währinger Wahl gemacht haben, die werden in Wien keine Wahl mehr machen, (Lebhafter Beifall bei der E. L.) Es ist ganz gleichgültig ob in der Währingersache eine gerichtliche Verurteilung erfolgt oder nicht, die Verurteilung des Magistrates der Stadt Wien kann nur dadurch korrigiert werden, dass dieser Magistrat

und die Machtheber dieser Stadt verschwinden (Lebhafter Beifall bei der E.L.-lebhafteste Rufe bei der Mehrheit: Pawelka!). GR. Hedcrfer dem Pawelka macht es niemand nach. - Lebhafteste Zwischenrufe - GR. Gschladt: Der Pawelka ist nie mit dem Gericht in Konflikt gekommen! GR. Preyer: Wenn es keinen Wahlschwindel gibt, sind Sie nicht mehr herinnen! - andauernde Zwischenruf) -
 der Bemerkung des
 ST. R. Weber bemerkt gegenüber/ GR. Zimmerl, dass der vorliegende Antrag in dieser Form nicht zulässig sei, Im gegenwärtigen Moment gebe es keine andere Möglichkeit die Bundeszuschüsse in Anspruch zu nehmen. Wenn einmal die Zusage vorliegt, dass die Projekte ausgeführt werden können, werden alle Instanzen des Gemeinderates sich mit allen Einzelheiten der Projekte zu beschäftigen haben. Was die Baukosten betrifft, so lässt sich im Voraus eine feste Zahl für die Baukosten nicht nennen, jedes Projekt wird einzeln eingereicht werden und die Höhe der Kosten wird davon abhängen, wo das betreffende Haus erbaut wird. Ebenso ist es heute unmöglich, die Mitzinse in dem unter Zuhilfenahme der Wohnbauförderung erbauten Wohnungen genau zu bestimmen. Wir können nur in Aussicht stellen, dass für diese Wohnungen kein höheren Mietzins berechnet werden soll, als in den übrigen Gemeindeneubauten. Natürlich müssen dann Zuschüsse aus Steuermitteln gegeben werden. Das haben Sie ja immer gefordert. Und jetzt wo wir es machen wollen, ist es Ihnen nicht recht. (Lebhafter Widerspruch bei den E.L.-Rufe: Das hat niemand gesagt!) Dem Gemeinderat Pfeiffer, der merkwürdigerweise das Argument gebraucht hat, die tausende von der Gemeinde erbauten Häuser beweisen die Unzulänglichkeit des Gemeindewohnbauprogrammes kann ich nur mit der Frage erwidern, wie würde es in Wien ausschauen, wenn wir die 35.000 Wohnungen nicht gebaut hätten (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Unsere Bodenpolitik werden wir fortsetzen, auch wenn Sie das Bolschewismus nennen. Diese Politik hat wirklich der Bodenspekulation den Boden entzogen. Auf die Ausschmückung der städtischen Wohnhäuser bei den Eröffnungsfeierlichkeiten nehmen wir keinen Einfluss, es darf aber nicht vergessen werden, dass in Wien 420.000 über 20 Jahre alte Menschen der sozialdemokratischen Partei angehören. Die Mieter von Wien werden verstehen, dass wir die staatliche Wohnbauhilfe beanspruchen, weil sie von den 6 Millionen Einnahmen aus der Zinsgrößensteuer 4¼ Millionen zahlen müssen. (Beifall).

Die Vorlage wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

GR. Hellmann (soz. dem) beantragt die Errichtung einer Benzinzapfstelle am Gaudenzdorfergürtel nächst der Dunklergasse.

GR. Müller (E.L.) wünscht die Rückverweisung, weil diese Zapfstelle ^{ich} neben dem Kinderfreibad ist und der Benzingestank der Gesundheit der Kinder abträglich ist. Es gibt dort sehr viele Möglichkeiten einer anderen An-

lungsplatz für diese Benzinzapfstelle. Man soll sich entschliessen sie zu verlegen. Dies wäre im Interesse der Gesundheit der Kinder gelegen. (Zustimmung)

GRtin. Wielsch (E.L.) stellt fest, dass Stadtrat Tandler bis jetzt keinen Auftrag gegeben hat, dass man Benzinzapfstellen nicht an solchen Stellen errichten soll, obwohl das notwendig wäre. Diese Stellen tragen übrigens keineswegs zur Verschönerung des Stadtbildes bei; sie sind aber Erfordernisse des immer stärker werdenden Grosstadtverkehrs.

GR. Hellmann entgegnet, dass diese Benzinzapfstelle so aufgestellt ist, dass die Kinder absolut nicht gefährdet werden. (Der Antrag wird angenommen.)

GR. Hofbauer berichtet über die Errichtung einer Gartenanlage auf ^{angeschütteten} einer/Fläche im Donaukanal nächst der Wienflussmündung. Es wird dadurch ein hübsches Stadtbild geschaffen und zugleich der Bevölkerung eine neue Erholungsstätte gegeben. Die Kosten betragen 125.000 Schilling.

GR. Körber (E.L.) befürchtet, dass die Anlage viel zu weit in den Donaukanal hineingebaut wird, wodurch der Wasserabfluss stark behindert werde. Der Wienfluss schiebt oft grosse Wassermassen in den Donaukanal, wodurch auch die Anlage gefährdet erscheine. Mit dem beantragten Betrag hätte man diese Stelle ausbaggern können, was viel zweckmässiger wäre. Ob eine Gartenanlage dort überhaupt einen Zweck hat, ist gar nicht sicher. (Beifall).

GR. Daffinger (E.L.) bezeichnet die Vorlage als verfassungswidrig, weil diese Gartenanlage schon zur Hälfte fertig ist und erst heute den Gemeinderat beschäftigt. So sehr es begrüsst werden muss, dass neue Gartenanlagen geschaffen werden, so sehr muss bemängelt werden, dass die Instandhaltung viel zu wünschen übrig lässt. Einzelne neue Gartenanlagen haben nicht einmal eine Beleuchtung. Es gibt zu wenig Gartenpersonal, man kann ruhig behaupten, dass die neuen Anlagen alle verschlammf sind.

GR. Hörmayer (E.L.) erklärt, dass nach Zeitungsmeldungen seinerzeit die Errichtung eines grossen Aquariums an dieser Stelle geplant war, während jetzt plötzlich eine Gartenanlage daraus werden soll. Man müsse auch endlich daran gehen, die Kaimauern instandzusetzen, die insbesondere bei der Aspernbrücke sehr schadhaft sind. Man soll auch längs der Kaimauern Bänke aufstellen.

GR. Hofbauer erklärt, dass alle Befürchtungen unbegründet sind und dort eine sehr hübsche Anlage entstehen wird. Der Gemeinderat soll nur den Zuschusskredit von 15.000 Schilling beschliessen. (Die Mitglieder der Minderheit rufen, dass davon in der Vorlage nichts enthalten sei. Sie verlangen die Absetzung von der Tagesordnung. Der Referent stellt richtig, dass er sich geirrt habe und dieser Zuschusskredit vom Ausschuss zu beschliessen war. Unter Protestrufen der Minderheit wird hierauf der Referentenantrag angenommen).

GR. Stubianek berichtet über die Errichtung einer städtischen Volks- und Hauptschule in der Siedlung Am Freihof in Kagrau. Die Siedlung beherbergt 1000 Siedler, wodurch der Bau der Schule notwendig geworden ist. Der Gemeinderat hat für die Schulerrichtung die Baubewilligung zu erteilen und zu genehmigen, dass die Vorgartenflächender Schule in den Gehsteig einbezogen werden,

GR. Rummelhardt (E.L.) führt aus, dass es in den zehn Jahren der sozialdemokratischen Verwaltung das erstemal ist dass über einen Schulbau verhandelt wird. Er kommt dann auf die Auflösung von Schulen zu sprechen, wobei er erklärt, dass der Ausschuss für allgemeine Verwaltung am 14. August die Auflösung von 4 Bürgerschulen und 8 Volksschulen beschlossen hat. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu wissen, warum solche Verfügungen getroffen werden. Aber Wien ist das einzige Land und die einzige Gemeinde, wo in der Verwaltung der Schulreferent fehlt. Der Gemeinderat beschliesst daher ins Blaue. Die Schulauf-lassung hat einen grossen Wirrwarr hervorgerufen. Die Kinder wurden mit den Lehrern herdenweise von Schule zu Schule geführt und überall wurde angefragt, ob für sie nicht Platz sei. Das ist ein unerhörter Skandal. Hier spricht der Finanzreferent das grosse Wort und von ihm hängt es ab, ob unsere Kinder mit Erfolg erzogen werden oder nicht. Breitner hat das grosse Werk der Schulreform durch seine fiskalischen Massnahmen umgeworfen. Sie haben allerwelt ihre Ansicht verkündet, dass nicht mehr als 20 Kinder in einer Klasse sein sollen. Da tritt Breitner, der Kinderfreund, auf und sagt, 20 Kinder sind viel zu wenig, es müssen 36 in der Klasse sitzen. Diese Kinderanzahl ist bei der Methode des Unterrichtes, die Sie eingeführt haben, eine Unmöglichkeit für die Leistung der Lehrer und für die Erfolge des Unterrichtes. Sie begehen damit ein Verbrechen an unseren Kindern. Da uns unsere Kinder heilig sind, müssen Sie diese Verfügungen sofort aufheben. Es müssen sofort die Rückschulungen durchgeführt werden, die Kinder müssen bei ihren Lehrern bleiben. Der schulfeindliche Akt Breitners muss aus der Welt geschafft werden. (Beifall bei der E.L.)

GRtin Schlösinger (E.L.) führt aus, dass sich die Schulverhältnisse in Kagrau schon zu einem Schulkandal ausgewachsen. Die Kagrauer Schule hatte in den letzten Jahren in 14 Klassen Wechselunterricht, der nur in der Kriegszeit gehandhabt wurde. In den letzten Jahren hat es in der Kagrauer Schule Klassen mit 50 Schülern gegeben. (Hört! Hörtrufe bei der E.L.) Auch mussten die Kinder eine halbe Stunde zur Schule gehen oder fahren. Von 1924 bis 1927 haben Sie nicht weniger als 214 Klassen aufgelassen. Ebenso wurden 8 Schulleitungen aufgelassen. In Niederösterreich hingegen wird wegen des Rückganges an Schulkinder keine Klasse aufgelassen. Im Floridsdorfer Bezirk finden wir Schulen mit 18, mit 16, ja sogar mit 7 Kindern. So begegnet man dort der Abnahme der Schü-

lerzahl. Das Verhältnis der Erfolge der Wiener Schüler und der Landschüler hat sich ganz gewaltig geändert. Früher haben die Wiener Kinder auf dem Lande brilliert, heute haben wir das Gegenteil, heute versagen die Wiener Kinder in den Landschulen. Mit den Klassenauflassungen setzt Breitner der Schulreform die Krone auf. Jetzt müssen schon die Kinder daran glauben, dass der kapitalistische Geist im Rathaus herrscht. Ich muss hier in aller Öffentlichkeit bekanntgeben, dass Stadtrat Breitner prinzipiell gegen Lehreranstellungen ist. Wir haben an den Wiener Schulen schon eine Lehrernot, die sogar so weit geht, dass Schuldienere supplieren. (Ein Skandal!) Hingegen haben wir 3000 Stellenlose Junglehrer. Während Niederösterreich schon den Jahrgang 1926 anstellt, müssen die Junglehrer bei uns 6,8 Jahre und noch länger warten. In Deutschland hat man für die Junglehrer Hilfsstellen geschaffen. In Wien ist den jungen Lehrern alles verschlossen. Im Hort- und Kindergartenwesen werden unqualifizierte Kräfte angestellt, dort wäre Gelegenheit, für die Junglehrer zu sorgen. Man sagt, für die Lehrer sei kein Geld da. Sie aber geben für die Schuwa jährlich 3'6 Millionen Schilling aus. Als durchschnittliche Schülerzahl wurde 36 fixiert. Glöckel wollte die Schülerzahl auf 25 herabsetzen, die Lehrer waren mit einer Schülerzahl von 30 zufrieden. Jetzt ist 36 der Durchschnitt, aber es gibt Klassen bis zu 46 Kinder. Man hat mit Brutalität Klassen aufgelassen. Was an den Kindern durch die zwangsweisen Umschulungen verübt wurde, ist die brutalste Roheit. Ganze Schulen wurden aufgelassen. Sehr stark betroffen von den Umschulungen ist der III. und X. Bezirk. Im X. Bezirk wurde eine neue Schule wegen der vielen Gemeindebauten verlangt. Statt dessen wurden 17 Klassen aufgelassen und nicht weniger als 2000 Schüler wurden ungeschult (Hört! Hört! bei der E.L.) In der Marktgasse im I. Bezirk wurde die Schule aufgelassen um daraus eine Kaserne für die Schuwa zu machen. Eine Hauptschulklasse im XVI. Bezirk hat ihre Schülerinnen aus nicht weniger als 10 Schulen erhalten. Es gibt Kinder, die jedes Jahr einer anderen Schule zugewiesen werden. ^{Gegen} die Glöckelsche Schulreform kann es keine wirksamere Schulreform geben, als die Breitnersche. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der E.L.) Wenn man die Schülerzahl so vermeht muss der moderne Unterricht entweder in Formalismus verfallen, oder man wird zu den alten Unterrichtsmethoden zurückkehren müssen. Zum Schlusse macht Gemeinderätin Schlösinger auf die durch die Umschulungen für die Kinder hervorgerufenen Verkehrsgefahren aufmerksam. Viele Kinder müssen auf dem Weg zur Schule oft 2 bis 3 Verkehrsreiche Strassen überqueren oder in andere Bezirke laufen, statt dass man trachten würde, ihnen den Schulweg abzukürzen (Beifall bei der E.L.) Die Rendantin stellt den Antrag, in der nächsten Gemeinderatssitzung sei genauest Bericht darüber zu erstatten, wieviel Kinder zu Beginn des Schuljahres umgeschult wurden und nach welchen Grundsätzen die Umschulung angeordnet wurde. (Lebhafter Beifall

GR. Dr. Neubauer bemerkt, man müsste zu einem vernichtenden Urteil über die Schulverwaltung kommen, wenn man sich an die Reden der Einheitsliste in diesem Saal hielte. In Wirklichkeit ist es so, dass heute unter den Kindern eine ausserordentliche Schulfreudigkeit besteht, dass die Schule für die Kinder nicht mehr eine Stätte der Langweile und des Zwanges ist, sondern eine Stätte wo sie gerne verweilen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Ich kenne selbst sehr viele Mütter und Väter Ihrer Richtung, welche zugeben, dass ihre Kinder gerne in die Schule gehen und dort gut unterrichtet werden. Natürlich kann bei einer Anzahl von 128.429 Kindern die die Wiener Schulverwaltung zu betreuen hat, nicht auf alle Wünsche von Eltern Rücksicht genommen werden und muss es hier und da Differenzen geben. Aber die Mitglieder der Einheitsliste mögen doch nicht so tun, als ob es unter ihrer Herrschaft keine Umschulungen gegeben hätte. In Wirklichkeit waren die Schulverhältnisse in Wien damals weit ärger als heute. Wenn man von den Umschulungen spricht, so müsste man auch die Gründe die hierfür massgebend sind anführen und dürfte nicht, wie es die Minderheit tut, Reden zum Fenster hinaus halten (Lebhafter Beifall .) Die modernen Schulgesetze, vor allem das Hauptschulgesetz mit seiner Teilung der Klassen in zwei Hauptzüge für Begabte und Unbegabte mit seiner Umformung der fünfklassigen Volksschule in eine vierklassige und der dreiklassigen Bürgerschule in eine vierklassige Hauptschule mit der Erweiterung des Sprachenunterrichts und so weiter haben natürlich auch in der Schulverwaltung Veränderungen zur Folge haben müssen. Aber diese Probleme müssen wirklich sachlich behandelt werden. Da Sie gegen die Schülerzahl Sturm gelaufen sind, will ich Ihnen jetzt die Verhältnisse von früher darlegen. Im Jahre 1911 waren in Wien 996 Klassen mit 55 Schülern, 709 Klassen mit 60 Schülern, 365 Klassen mit 65 Schülern, 69 Klassen mit 70 Schülern, 12 Klassen mit 75 Schülern, 2 Klassen mit 80 Schülern und 2 Klassen mit 84 Schülern. Demgegenüber steht heute die Durchschnittszahl von 36 Schülern. Wir haben das traurige Erbe angetreten, aufzubauen, was Sie mit Absicht vernachlässigt haben, weil Sie den Aufstieg des Proletariats verhindern wollten. (Beifall bei der Mehrheit, Entrüstung und Lärm bei der Minderheit). Legen Sie die Argumente bei Seite, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmen, die keinen anderen Zweck haben, als die Bevölkerung zu beunruhigen. (Widerspruch und Lärm bei der Minderheit). Die Gemeinde Wien hat auf dem Gebiete der Schule mehr als ihre Pflicht getan. Es ist kein Zufall, dass die Wiener Schule bei den Fachleuten des Auslandes einen sehr guten Ruf hat. Das war bei Ihnen nicht der Fall. (Rufe bei der Minderheit: Das ist eine Provokation!) Die jetzige Gemeinderatsmehrheit hat auf dem Gebiete des Schulwesens das menschenmöglichst

getan. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Rummelhardt (E. L.) erwidert, dass es sehr traurig sei, dass ein Schulmann eine solche Rede gehalten hat. Mein Vorredner hat gesagt, dass in der Vergangenheit Klassen mit 140 Schüler waren. Wenn es so gewesen wäre, so muss ich dazu sagen, dass wir keine Schulreformer waren, denn wir haben nicht die Grundsätze aufgestellt, die Sie heute mit Füßen treten. Wir wollten für das Volk eine gute Schule, in der die Kinder etwas lernen. Diese Aufgabe hat die christlich-soziale Partei voll erfüllt und Sie haben keinen Grund, über die damalige Schule zu schimpfen. Wenn Sie gesagt haben, wir wollten und wollen den Aufstieg des Proletariates verhindern, so stelle ich fest, dass das Hauptschulgesetz vom christlichsozialen Minister Schmitz im Nationalrat eingebracht worden ist. (Dr. Wagner: Sehr gegen den Willen des Herrn Glöckel!) Wenn die Lehrer Ihre Rede jetzt gehört hätten, Sie hätten sich die Achtung der Lehrer nicht zugezogen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Merbau (E. L.) spricht über die Schulverhältnisse in Margareten. Er kommt dann auf eine Figurengruppe zu reden, die über dem Eingang der Mädchenschule in der Castelligasse aufgestellt worden ist. Der Künstler hat die Geschlechtsmerkmale der Kinder (es sind drei Knaben und ein Mädchen) zu sehr naturalistisch dargestellt. Dagegen erhob sich ein Sturm in der Elternschaft und beim Lehrkörper und die Folge davon war, dass die Knaben über Nacht kastriert wurden. (Allgemeine Heiterkeit).

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen. Der Antrag Schlösinger wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag der GR. Biber und Genossen in Verhandlung gezogen und dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt. GR. Biber anerkennt, dass die Gemeinde mit Rücksicht auf die Betsimmung des Gesetzes, dass der Bauherr für die Einbringung der Krankenkassenbeiträge verantwortlich ist, Vorsicht üben müsse; aber diese Vorsicht müsste in einer Form geübt werden, dass die Gewerbetreibenden nicht zu Schaden kommen. Insbesondere müsste vermieden werden, dass der Rückstand mehremale abgezogen wird und dass den Gewerbetreibenden die im Krankengesetz vorgesehene Respirofrist verloren geht. - ST. R. Breitner bemerkt, es handle sich hier um eine Angelegenheit, die weit über den Kreis der Gemeinde hinaus für alle Bauherren von Bedeutung sei. Bisher konnte ein Bauherr, wenn er seinen Baumeister bezahlt hatte, damit rechnen, dass er aller Verpflichtungen erledigt sei, während er nach der neuesten Krankenversicherungsnovelle falls der Baumeister Krankenkassenbeiträge schuldig geblieben ist, nach Jahren für diese Rückstände haftbar gemacht werden kann. Er gibt die Versicherung, es werde ein Weg gefunden werden, um die Angelegenheit in einer weder die Gemeinde noch die Gewerbetreibenden schädigenden Art zu ordnen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. GR. Zimmerl bemerkt in der Begründung der Dringlichkeit seines Antrages, es sei ein gesetzwidriger Vorgang, dass in Konzertlokalen auch von jener Konsumation, die eine Stunde vor Konzertbeginn verabreicht wird, die Abgabe eingehoben wird. Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt. GR. Zimmerl verliest ein Rundschreiben des Magistrates vom 16. September, aus dem hervorgeht, dass für alle Konsumationen die eine Stunde vor Beginn des Konzertes gemacht werden, die Abgabe zu zahlen ist. Stadtrat Breitner erwidert, dass dieser Vorgang mit dem Verband der Konzertlokalbesitzer vereinbart worden ist. GR. Zimmerl erklärt, dass dies gegen den Willen der Mehrheit geschehen sei; so werden die Pratergasthäuser bald zusperren. Der Antrag wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung um 24 Uhr.

Herausgeber und verantw. Redakteur: 331
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 21. September 1929

.....
Neue städtische Wohnhausanlagen in Meidling.

Morgen Eröffnung durch den Bürgermeister.

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat in den letzten Jahren auch in Meidling grössere Wohnhausanlagen errichtet. Eine befindet sich in der Koppreitergasse. Sie wurde nach den Plänen des Architekten Hofrat Professor Leopold Simony in den Jahren 1927 und 1928 unter der Leitung des Stadtbauamtes aufgeführt. Die Anlage wird von der Koppreitergasse, Erlgasse und Rollinger-gasse begrenzt. Die Bauarea beträgt 6652 Quadratmeter, wovon nur 2636 ver-baut wurden. Der Wohnhausbau, der drei Stock hoch ist, enthält insgesamt 164 Woh-nungen und 5 Geschäftslokale. Durch 14 Stiegenanlagen gelangt man aus einem grossen gärtnerisch ausgestalteten Wohnhof in die einzelnen Stockwerke. Im Gartenhof, der 3660 Quadratmeter gross ist, befinden sich grosse Rasenflächen, zwei von Pergolen umgrenzte Sitzplatzanlagen und ein von Bäumen umsäumter grosser Spielplatz für die Kinder der Wohnhausanlage. Viele Wohnungen sind mit Loggien, Erker und Balkone ausgestattet. Ein zweiter Wohnhausbau ist in der Län-genfeldgasse, Klähr-gasse und Arndtstrasse. Die Entwürfe stammen vom Architekten Professor Otto Prutscher. Der Architekt führte den Bau in einer Randverbauung aus und verstand es, durch eine reiche Gliederung der Baumasse der Anlage einen baukünstlerischen Schliff zu geben. Dieser Bau enthält 146 Wohnungen. In einem reizend ausgeführten Gartenhof, der einen grossen Kinderspielplatz mit Ruhe-bänken enthält, befinden sich gegen die Klähr-gasse zu eine Zentralwäscherei und gegen die Arndtstrasse ein Kinderhort mit eigenem Garten. Der Hauptein-gang der Wohnhausanlage ist von grosser architektonischer Wirkung; er wird unter anderm auch durch zwei Plastiken des akademischen Bildhauers Rudolf Schmidt gekrönt. Solche Plastiken finden sich noch an den Ecken der Anlage in der Arndtstrasse und Klähr-gasse.

Bürgermeister Seitz wird morgen vormittag die Eröffnung dieser Meid-linger Wohnhausanlagen vornehmen. Die Eröffnung in der Koppreitergasse findet um 10 Uhr und die in der Längenfeldgasse um 11:30 Uhr statt.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vor-mittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält am Freitag um 17 Uhr eine Geschäftssitzung ab.

Saisonschluss in den städtischen Sommerbädern. Da in den letzten Tagen kühles Wetter eingetreten ist, das sich auf den Besuch der Bäder sehr ungünstig auswirkte, bleiben die städtischen Sommerbäder von morgen Sonntag an geschlossen. Nur das Strombad Aspernbrücke bleibt noch bis auf weiteres offen.

Rückgang der Sterblichkeit.

Auch die Tuberkulosesterblichkeit fast überall erheblich gesunken.

Es ist ein steter Wunsch der Menschheit, das Leben zu verlängern, den Kampf gegen den Tod mit immer neuen und stärkeren Waffen zu führen. In den medizinischen und chemischen Laboratorien der Welt wird Tag für Tag an der Bekämpfung der verschiedensten Krankheiten gearbeitet, die Hebung der Volksgesundheit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierungen geworden. Namentlich in den Städten, deren Einwohnern die Heilkraft der Natur viel weniger zugute kommt als der Landbevölkerung, sind insbesondere seit Kriegsende die Bestrebungen um die Volksgesundheit vielfältig erweitert worden.

Alle grossen Städte führen über die Sterblichkeit laufende Aufzeichnungen. Das Statistische Amt der Stadt Wien hat nun die Aufzeichnungen von 15 grossen europäischen Städten gesammelt und in einer vergleichenden Tabelle verarbeitet. Sie gibt einen Ueberblick sowohl über den Rückgang der Sterblichkeit seit 1913 als auch über eines der wichtigsten Gebiete der Volksgesundheit, den Stand der Tuberkulosesterblichkeit.

Aus der Tabelle ist vor allem zu entnehmen, dass dank der Wohlfahrts- und Fürsorgebestrebungen der Gesundheitsämter die Sterblichkeit in allen europäischen Grosstädten erheblich und stetig zurückgegangen ist. 1913 hatten Budapest, Wien, Rom, Brüssel und München mit anderthalb bis zwei Prozent die grösste Sterblichkeit, das heisst, dass von tausend Lebenden jedes Jahr 15 bis 20 starben. Die kleinste Sterblichkeit hatte Amsterdam mit einem Prozent.

Seit Kriegsende bis zum letzten Vergleichsjahr 1926 ist nun die Sterblichkeit in allen Städten ganz wesentlich kleiner geworden. Am stärksten ist sie in München und Wien und nach der grossen Eingemeindung in Prag gesunken, am wenigsten in Budapest und Brüssel, das fast eine gleich grosse Sterblichkeit hat als 1913. Ende 1926 hatte Wien mit 1,2 Prozent fast den sehr niedrigen Stand der Berliner Sterblichkeit (1,1 Prozent) erreicht und lag mit London, Prag und Dresden weit vor Paris, Moskau, Rom, Warschau, Brüssel und Budapest. Den niedrigsten Sterblichkeitskoeffizienten hatte 1926 wieder Amsterdam mit 0,9 Prozent, den höchsten Prozentsatz an Todesfällen Budapest mit 1,7 Prozent.

Sehr interessant zeigt sich in der Tabelle der Kampf gegen die Tuberkulose. Während vor dem Krieg Paris mit 20 Prozent der Todesfälle die grösste Tuberkulosesterblichkeit hatte, Wien und Budapest mit rund 16 Prozent gleich nach Paris kamen, hatten London und Moskau die kleinsten Tuberkuloseprozentsätze mit rund 9 Prozent. Während also in Paris von allen Todesfällen jeder fünfte ein Tuberkulosefall war, in Wien und Budapest jeder sechste, war in London und Moskau nur jeder elfte Todesfall durch Tuberkulose verschuldet.

Die Wohlfahrtspflege von 1919 bis heute hat diese Reihenfolge gewaltig verändert. In Paris ist die Tuberkulosesterblichkeit um 5 Prozent gesunken, in Wien, München und Dresden um mehr als 3 Prozent, in allen anderen Städten um 2 bis 3 Prozent. Eine Ausnahme machen nur Rom und Warschau. Dort ist die Tuberkulosesterblichkeit nicht gesunken, sondern gestiegen. Wenig oder fast gar nicht ist die Tuberkulosesterblichkeit in Moskau und Budapest zurückgegangen. Damit hatten Ende 1926 den grössten Tuberkuloseprozentsatz Budapest mit mehr als 15 Prozent, Paris mit fast 15 Prozent, dann folgen Warschau, Prag und Rom. Erst in weitem Abstand kam 1926 dann Wien mit rund 12 Prozent, während die andern Städte Prozentsätze von 9 bis 10 Prozent aufwiesen. Amsterdam hatte den kleinsten Prozentsatz, nämlich 8 Prozent.

Seit 1926 ist die Tuberkulosesterblichkeit in Wien wieder erheblich gesunken, nämlich um mehr als 1 Prozent aller Todesfälle. Die Sterblichkeitsquote an Tuberkulose beträgt in Wien nur mehr 1,1 Prozent, das heisst, dass von allen Todesfällen nur mehr jeder neunte ein Tuberkulosefall ist, während 1913 noch jeder sechste ein Tuberkulosefall war. Wenn auch Wien mit diesem Prozentsatz sich erst in den europäischen Durchschnitt einreicht, ist doch zu hoffen, dass die Bemühungen der Gesundheitsbehörde, die sich ja erst in einigen Jahren voll auswirken können, den stetigen, das europäische Mittel erheblich überschreitenden Rückgang der Tuberkulose der letzten Jahre in Wien noch beschleunigen werden.

Wien, am Sonntag, den 22. September 1929

Eröffnung von neuen städtischen Wohnhausanlagen.Bürgermeister Seitz gegen die Befähigung der Wirtschaft.

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat in den letzten Jahren in Meidling viele prächtige Wohnhausanlagen errichtet. Zu diesen sind nun zwei neue grössere Wohnhausbauten gekommen, eine Wohnhausanlage in der Koppreitergasse und eine in der Längenfeldgasse. Der Bau in der Koppreitergasse enthält 164, die Anlage in der Längenfeldgasse 146 Wohnungen.

Die beiden Bauten wurden Sonntag vormittag von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. An den Eröffnungsfeiern nahmen Tausende von Menschen teil. Der ganze Bezirk war auf den Beinen; die städtischen Wohnhausanlagen sowie sehr viele private Miethäuser trugen Festschmuck. Insbesondere die beiden Wohnhausbauten, die eröffnet wurden, waren überaus reich mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien, mit Blumengirlanden und Transparenten geschmückt. An den Feiern nahmen die amtsführenden Stadträte, viele Nationalräte, Gemeinde- und Bezirksräte sowie die politischen Mandatäre des Bezirkes und der Umgebung teil. Viel bemerkt wurde auch die Anwesenheit einer grossen, aus Schweizer Kommunalvertretern bestehenden Reisegesellschaft, die zu Studienzwecken in Wien eingetroffen ist und korporativ an beiden Feiern teilnahm.

Zuerst wurde der Wohnhausbau in der Koppreitergasse eröffnet, wo die Feier im Gartenhof der Anlage vor sich ging. Nach einem Chor des Arbeitergesangsvereines "Vorwärts" begrüßte Bezirksvorsteher Zanaschka die Festgäste und übermittelte der Gemeindeverwaltung für die Errichtung der neuen grossen Wohnhausanlagen den Dank der gesamten Meidlinger Bevölkerung.

Dann sprach Mieterobmann Powolny dem Bürgermeister und der gesamten Verwaltung den Dank der Mieter für die Schaffung der vorbildlichen hygienischen Wohnungen aus, worauf unter begeisterten Zurufen aller Anwesenden Bürgermeister Seitz die Rednertribüne betrat.

"In den Festglanz dieser Feier," sagte der Bürgermeister, "fällt allerdings ein Schatten. Der Architekt, dessen Pläne dieser vorbildlichen Anlage zu Grunde liegen, Professor Simony, hat den Tag der Eröffnung seines geistigen Werkes nicht mehr erlebt. Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich seiner mit meinen ersten Worten ehrend und dankbar gedenke. Was er hier geschaffen hat, ist wirklich ein Kunstwerk, es vermählt das vollendet Aesthetische mit dem Praktischen. Luft, Licht und Sonne durchdringt alle Wohnungen. Wer auch nur diesen einen Bau schaut, muss mit uns gehen, muss sich zu dieser Aufbauarbeit bekennen, welcher Richtung und Partei er auch immer angehört, muss mit uns diese Wohnbautätigkeit fortsetzen, von Bezirk zu Bezirk. (Lebhafter Beifall).

Die Wohnbautätigkeit der Stadt Wien hat jetzt auch im Bund anregend gewirkt. Ein Wohnbauförderungsprogramm ist beschlossen worden. Es bringt allerdings zu den alten Steuerlasten noch eine neue dazu und drei Viertel des Gesamtbetrages müssen von den Steuerträgern der Stadt Wien geleistet werden. Aber wir haben sie akzeptiert und werden sie tragen, weil wir uns bewusst sind, welches Kulturwerk da geleistet wird. Und wenn auch nicht die ganze Steuerleistung der Stadt Wien den Wienern zugute kommt, so haben wir sie doch auf uns genommen, weil wir uns der Solidarität mit dem Gesamtstaat bewusst sind, weil wir an die Wohnungslosen in den anderen Ländern denken, denen unser bescheidener Wohlstand auch zugute kommen soll. (Stürmischer Beifall).

In den letzten Tagen hat man überall und immer wieder von der Beunruhigung des Erwerbslebens gehört. Die Ursachen dieser Störungen liegen nicht auf ökonomischen Gebiet, sondern auf politischem. (Laute Zustimmung). Nur wer als Grosstädter weiss und es täglich empfindet, wie empfindlich der Wirtschaftsapparat einer Grosstadt ist, kann den grossen Schaden ermessen, den auch nur die geringste Störung bewirkt, geschweige denn das Gerede von der Eroberung Wiens durch die Bauern, vom Verfassungsbruch, vom Staatstreue und Bürgerkrieg. Dieses Gerede kann und wird zwar niemand in seinen politischen Meinungen oder gar in seinen Entscheidungen beeinflussen, aber es kann das Erwerbsleben der Stadt und des ganzen Landes schwer gefährden. Wir Wiener wollen Ruhe und Arbeit, Friede und Erwerb, nicht nur für uns, sondern zum Nutzen der ganzen Republik.

Wir wollen nicht in eine Zukunft schauen, in der die Menschen in Hader liegen und einander zu zerfleischen drohen, wir wollen nicht das Gespenst des Bürgerkrieges, zerstörter Strassen, verlichteter Kulturwerke, verwundeter oder vernichteter Menschen; wir wollen in eine Zukunft der friedlichen Entwicklung schauen, des Friedens und der Freiheit. Wir Wiener aller Parteien werden mit allen Mitteln dafür zu sorgen haben, dass jeder Versuch

den Frieden zu stören unterdrückt werde. (Langer stürmischer Beifall, laute, wiederholte Zustimmung).

Wir sind uns der Zustimmung nicht nur der Mehrheit, sondern fast des ganzen Volkes von Wien bewusst und wir werden mit der Unterstützung der grossen Mehrheit des Volkes das Aufbauwerk zu Ende führen. Von Ihnen, den Bewohnern dieser neuen Anlage, erwarten wir, dass Sie Ihre Kinder zu echten Kindern dieser Stadt erziehen, zu Menschen der Arbeit, der Friedensliebe, zu Menschen einer höheren Kultur. In diesem Geiste, im Geiste eines grossen Wien der Zukunft, des Friedens, der Arbeit und des Wohlstandes seien diese Wohnbauten eröffnet. (Landaudauernder, jubelnder Beifall).

Ein Mädchen überreichte nun dem Bürgermeister einen Blumenstrauss. Mit einem Rundgang durch die ganze Anlage, wobei der Bürgermeister wiederholt stürmisch gefeiert wurde, schloss diese Feier.

Dann wurde die Wohnhausanlage in der Längenfeldgasse eröffnet. Auch hier wurde die Feier mit einem Chor des Arbeitergesangsvereines "Vorwärts" eingeleitet. Nach der Begrüssung der Festgäste durch Bezirksvorsteher Zanaschka dankte Mieterobmann Zentner im Namen der Wohnparteien der Gemeindeverwaltung für das vorbildlich gesunde Obdach, das sie in der neuen Wohnhausanlage gefunden haben.

Im Namen der Schweizer Gäste sprach Abgeordneter Fuchs (Winterthur). Er schilderte den übermässigen Eindruck, den diese Wohnbauten auf jeden Fremden machen und dankte für die wertvollen Anregungen, die der Kommunalpolitik durch die Fürsorgetätigkeit und Schulreform der Stadt Wien geboten werden. Welcher Partei man immer angehöre, man müsse dieses Werk bestaunen und bewundern. (Stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister dankte dem Sprecher der Schweizer Gäste für diese Anerkennung und sprach dann in launiger Weise von der Vergänglichkeit der Beurteilung jeder Kommunalpolitik durch die Bevölkerung. Was immer eine Stadtverwaltung Neues und Grosses schaffe, in wenigen Jahren sei man es gewöhnt und halte es für etwas Selbstverständliches. Welch ungeheuren Fortschritt bedeute zum Beispiel nur die Hochquellenleitung, die elektrische Strassenbahn. Wie staunte man später über die Wohnbauten, das neue Fürsorgesystem und die Schulreform. Heute ist das alles selbstverständlich, und wehe, wenn einmal ein kleiner Brunnen ohne Wasser ist, die Strassenbahn eine Störung hat, wenn unter den zehntausenden Fürsorgefällen ein Versehen passiert oder in einem Neubau ein schlechtpassendes Fenster entdeckt wird. Eine Stadtverwaltung, wo immer und von wem immer sie geführt wird, darf niemals auf Lob und Dank rechnen, sondern muss dankbar sein, wenn sie nicht geschimpft wird. (Lebhafte Heiterkeit). Wir wünschen den Bewohnern dieses Hauses, sagte der Bürgermeister, dass sie dazu keinen Anlass haben, dass sie sich glücklich fühlen und ihre Kinder zu glücklichen Menschen erziehen. Der Bürgermeister dankte dann allen geistigen und manuellen Arbeitern, die an diesem stolzen Bau mitgeholfen haben, und erklärte unter jubelnden Zurufen den Wohnhausbau für eröffnet.

Als der Bürgermeister die Rednertribüne verliess, wurden ihm von einem Knaben und einem Mädchen mit einigen Versen Blumenangebinde überreicht. Kinder tanzten sodann einen Reigen, worauf der Bürgermeister und die Festgäste die Wohnhausanlage und ihre Einrichtungen besichtigten.

Internationaler Transportversicherungsverband. Anlässlich der Generalversammlung des Internationalen Transportversicherungsverbandes veranstaltete heute nachmittag die Stadt Wien im Festsaal des neuen Rathauses einen Empfang. In Vertretung des Bürgermeisters hiess Vizebürgermeister Emmerling die Gäste in Wien herzlich willkommen. Er dankte ihnen, dass sie Wien zu ihrem Kongressort gewählt haben, verwies auf die weltwirtschaftliche Bedeutung der Transportversicherung und wünschte ihren Beratungen den besten Erfolg. Im Namen der Gäste dankte Präsident Rymann (Göteborg) für den herzlichen Empfang. An diesem nahmen unter anderem auch die amtsführenden Stadträte Kokrda, Linder und Speiser, Stadtrat Rummelhardt, Landtagspräsident Hellmann und Nationalrat Allina teil.

Wien, am Montag, den 23. September 1929

.....

Lettische Kommunalpolitiker in Wien. Der Verband der Städte Lettlands hat eine Studienreise dortiger Kommunalfachmänner nach der Tschechoslowakei und Wien veranstaltet. Die Gäste sind vorige Woche in Wien eingetroffen. Sie vertreten die Städte Sigulda, Daugavpils, Luzda, Riga, Liepaja, Jelgava, Walmiera, Limbazi, Durbe und Balvi. Die ^{lettischen Kommunalfachleute} statteten heute mittag unter Führung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung von Sigulda Dr. O. Wiksnins dem Bürgermeister einen Besuch ab. Bürgermeister Seitz hiess die Gäste in Wien herzlich willkommen. Dr. O. Wiksnins dankte dem Bürgermeister für den herzlichen Empfang. Wir sind, sagte er, vom alten und neuen Wien begeistert und bewundern die Entschlusskraft der Stadtverwaltung, mit der sie an die Arbeit gegangen ist, und die Energie, mit der sie die Aufbauarbeit durchgeführt hat. Die Gäste haben bereits mehrere städtische Wohnhausanlagen, einzelne Bäder, die Gaswerke und Elektrizitätswerke sowie eine Reihe von Kindergärten, Mutterberatungsstellen, das Entbindungsheim der Stadt Wien und einige Jugendhorte besichtigt. Heute vormittags hörten sie einen Vortrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler über die Wohlfahrtspflege der Stadt Wien. Sie werden in den nächsten Tagen den Strassenreinigungsbetrieb, den Schlachthof St. Marx sowie den Betrieb der städtischen Strassenbahnen und Autobusse studieren.

.....

Goldene Hochzeiter. Am Samstag feierten die Ehepaare Anton und Barbara Philippi, Jodof und Maria Bilder, Franz und Theresia Moser und Johann und Theresia Vötsch das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters beglückwünschte die Jubelpaare amtsführender Stadtrat Linder und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Die letzten Viehmärkte. Wie die städtische Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der Vorwoche berichtet, wurden auf dem Rindermarkt 1835 Stück Mastvieh und 705 Stück Beinvieh aufgetrieben. Die Zufuhren auf dem Schweinemarkt betragen 9408 Stück Fleischschweine und 4839 Stück Fettschweine. Davon waren nur 56 Stück Fleischschweine aus dem Inland. Die Bahnzufuhren in die Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, betragen 41 Waggon mit 403'6 Tonnen Fleisch. Die Rindfleischpreise verteuerten sich, die Preise für Fettschweine gingen zurück; hingegen blieben Fleischschweine im Preise unverändert.

214

.....

Wien, am Dienstag, den 24. September 1929

.....

Städtische Subventionen. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen hielt am Montag eine Sitzung ab, in der wieder einige Subventionen beschlossen wurden. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller erhält der Verein zur Unterstützung der Lesehallen des Bezirksealternverbandes Brigittenau eine Subvention von 1500 Schilling. Der Verband betreibt in der Brigittenau zwei Kinderlesehallen sowie zwei damit in Verbindung stehende Bibliotheken für Schulentlassene. Die Lesehallen und Leihbibliotheken erfreuen sich namentlich in den Herbst- und Wintermonaten lebhaften Zuspruches. Der Verein der Freunde französischer Studien in Wien wird mit tausend Schilling subventioniert. Er stellt sich vornehmlich die Aufgabe, die Lehramtskandidaten für den französischen Unterricht an Mittelschulen dadurch zu unterstützen, dass er ihnen den Besuch von sechswöchigen Ferialkursen an den Universitäten Frankreichs ermöglicht und durch Beisteuer von Reisezuschüssen erleichtert. Auf Antrag des Gemeinderates Hiess beschloss der städtische Finanzausschuss ferner eine Subvention von tausend Schilling für das Komitee für die Restaurierung der Gedächtniskirche Am Kahlenberg. Diese Kirche ist ein historisches Denkmal für Oesterreich und insbesondere für Wien. Sie befindet sich gegenwärtig in einem reperaturbedürftigen Zustand.

.....

Strassenbahnablenkung. Wegen Gleisarbeiten in der Gredlerstrasse werden die Züge der Linie V von morgen Mittwoch an auf die Dauer von ungefähr zwei Wochen über die Schwedenbrücke geführt.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Rudolfsheim in der Pillergasse und auf der linken Wienzeile und in Döbling in der Weinberggasse, Korntheuergasse, Geistingergasse, Halteraugasse, auf dem Sonnbergplatz, auf dem Gehweg der Heiligenstädterstrasse und in der Boselstrasse in Betrieb gesetzt. In Ottakring werden demnächst die Haymerlegasse, Deinhardtsteingasse und der Richsrd Wagnerplatz mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....

Bezirksvertretung Favoriten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet kommenden Freitag um 16 Uhr statt.

.....

Four Red. Bielau

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 335
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 25. September 1929

.....
Die Ermässigung der städtischen Steuern.

Alle Vorlagen fertiggestellt.

Der Magistrat hat heute den Mitgliedern des Gemeinderates die Entwürfe über die Steuerermässigungen, die kürzlich vom Finanzreferenten Stadtrat Breitner angekündigt worden sind, übermittelt.

Es sind insgesamt sieben Vorlagen, die nunmehr den Wiener Landtag beschäftigen werden.

Der Magistrat beantragt, dass bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ein Nachlass von zwanzig Prozent in den Jahren 1930 und 1931 gewährt werden soll. Bedingung ist, dass der nachgelassene Betrag im abgabepflichtigen Betrieb und unmittelbar für dessen Zwecke bis 31. Dezember 1931 zur Gänze für Investitionen oder Instandsetzungen verwendet wird. Findet der Magistrat, dass der auf Investitionen oder Instandsetzungen aufgewendete Betrag um mehr als ein Fünftel hinter den nachgelassenen Abgabebetragen zurückbleibt, so tritt der Nachlass rückwirkend ausser Kraft.

Vom 1. Jänner 1930 tritt für alle Unternehmungen, die eine achteinhalbprozentige Fürsorgeabgabe zu entrichten haben, eine Ermässigung auf sechs Prozent ein.

Im Magistratsentwurf über die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe wird beantragt, dass vom 1. Jänner 1930 an die zu entrichtenden Abgabebeträge für Vermietungen um ein Viertel ermässigt werden. Die Gemeinde Wien wird ein Drittel des sich hienach ergebenden Ertrages der Fremdenzimmerabgabe für Zwecke der Fremdenverkehrspropaganda verwenden.

Die Kraftwagenabgabe beträgt jetzt für die ersten sechs Steuerpferdestärken je 100 Schilling und für jede weitere Steuerpferdestärke 150 Schilling im Jahr. Nach der magistratischen Vorlage wird die Abgabe für die ersten sieben Steuerpferdestärken auf je 60 Schilling jährlich herabgesetzt.

Die Anzeigenabgabe (Inseratensteuer) wird um ein Drittel ermässigt. Auch die Ankündigungsabgabe wird auf zwanzig vom Hundert der Bemessungsgrundlage herabgesetzt.

Einige sehr wesentliche Aenderungen werden vom Magistrat bei der Lustbarkeitssteuer vorgeschlagen. Bis jetzt musste für Vorführungen nicht beweglicher Lichtbilder zur Erläuterung von Vorträgen mit ausschliesslich gesprochenem Wort eine Abgabe von sieben Prozent entrichtet werden, die nun auf drei Prozent herabgesetzt werden soll. Die Theaterabgabe wurde seit dem Jahre

1923 nahezu alljährlich herabgesetzt und beträgt gegenwärtig fünf Prozent für Prosastücke und Opern und zehn Prozent für Operetten. Der Magistrat schläge nun vor, dass die Abgabe für Prosastücke und Opern auf vier Prozent und für Operetten und ähnliche Aufführungen auf sechs Prozent ermässigt wird. Diese Ermässigung kann für das ganze Spieljahr (1. September bis 31. August) oder für einen Teil des Jahres gewährt und an die Bedingung geknüpft werden, dass das Unternehmen sowohl während des laufenden als auch noch während des darauffolgenden Spieljahres ununterbrochen oder mit einer insgesamt höchstens vierzehntägigen Unterbrechung in der gleichen Art, in der es bisher geführt wurde, weitergeführt wird. Sportlichen Veranstaltungen wurde bisher nur dann eine Ermässigung der sechsundzwanzigprozentigen Abgabe auf zehn Prozent gewährt, wenn die Einnahme nicht mehr als hundert Schilling betrug. Nunmehr wird vorgeschlagen, dass alle sportlichen Veranstaltungen mit einer Bemessungsgrundlage bis zu zweitausend Schilling nur zehn Prozent zu bezahlen haben. Es werden dann von den rund 3200 sportlichen Veranstaltungen nur 200 die volle Abgabe zu entrichten haben. Die Kinoabgabe bewegt sich gegenwärtig zwischen 10 und 28,5 Prozent. Die unterste Grenze wird nun mit fünf Prozent bestimmt, was vor allem den kleinen Betrieben zugute kommt. Einem langgehegten Wunsch der Vereine und Lokalbesitzer trägt die Vorlage des Magistrates über die Ausdehnung der Veranstaltungsdauer bei Unterhaltungen Rechnung. Bis jetzt müssen solche Veranstaltungen, wenn sie bis 1 Uhr nachts dauerten, die doppelte Abgabe zahlen. Nunmehr wird eine Verlängerung bis 2 Uhr nachts vorgeschlagen, wodurch für den überwiegendsten Teil der Faschingsveranstaltungen nur mehr die einfache Abgabe zu zahlen ist.

Alle diese Steuerermässigungen sollen nach dem Vorschlag des Magistrates am 1. Jänner 1930 wirksam werden. Die Vorlagen enthalten die Bestimmung, dass die Wiener Landesregierung ermächtigt wird, diese Ermässigungen aufzuheben, wenn durch Abänderung des Finanzverfassungs- oder Abgabenteilungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen Wiens geschmälert oder der Stadt neue Lasten auferlegt werden.

.....-
Warnung vor dem Ankauf von Wohnungsqualifikationen. Im Annoncenteil einer Wiener Tageszeitung erscheinen wiederholt Inserate, die den Verkauf von Wohnungsqualifikationen ankündigen. Der städtische Wohnungsnachweis macht ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ein Ankauf solcher Qualifikationen niemals zur Vermietung einer Wohnung führen kann. Das Wohnungsamt prüft vor der Zuweisung einer Wohnung sehr genau, ob der Besitzer der Qualifikation auch mit der Person, auf die das Dokument lautet, identisch ist. Es muss daher vor dem Ankauf von Wohnungsqualifikationen gewarnt werden, da sie den Wohnungssuchenden nur zwecklose Geldausgaben verursachen.

Wien, am Mittwoch, den 25. September 1929 II. Ausgabe

.....

Der Magistrat gegen das Pfuscherwesen. Der Wiener Gewerbegegenseinschaftsverband hat beim Magistrat Klage geführt, dass das Pfuscherwesen die befugten Gewerbetreibenden in ihrer Existenz schwer schädige. Da es Aufgabe der Behörde ist, die befugten Gewerbetreibenden in ihren gesetzlich gewährleisteten Rechten zu schützen, daher den unfugten Betrieb von Gewerben zu bekämpfen, wird gegen Pfuscher mit allen gesetzlichen Mitteln, Geld oder Arreststrafen, sowie Beschlagnahme von Waren, Werkzeugen, Geräten und dergleichen vorgegangen werden.

.....

Verbesserungen im Strassenbahnverkehr. Wie die Direktion der Städtischen Strassenbahnen mitteilt, wird der Betrieb der Lastenstrassenlinie zwischen Praterstern und Schwarzspanierstrasse durch Einlage einer Linie 2 verlängert. Der letzte Zug wird vom Praterstern um 23¹/₄ Uhr und von der Schwarzspanierstrasse um 0¹/₇ Uhr abgelassen. Ferner werden die Züge der Linie 132 an Werktagen vom Betriebsbeginn bis acht Uhr ab Strebersdorf über die Brünnerstrasse, Stromstrasse und Jägerstrasse bis zum Wallensteinplatz geführt, von wo sie über die Wallensteinstrasse und Klosterneuburgerstrasse wieder nach Strebersdorf beziehungsweise Floridsdorf zurückgeleitet werden. Diese Verbesserungen im Strassenbahnverkehr treten schon am nächsten Montag in Wirksamkeit.

.....

1.849.625 Einwohner in Wien. Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, wurde der Stand der Wiener Bevölkerung für Ende August mit 1.849.625 Personen berechnet. Davon sind 995.893 weiblichen und 853.732 männlichen Geschlechtes. Im August wurden ferner in Wien 1757 Trauungen vollzogen. Von diesen wurden 1124 Ehen vor römisch-katholischen Seelsorgern und 426 vor der politischen Behörde geschlossen. Konfessionsänderungen wurden 1275 angemeldet. Darunter waren 1084 Austritte aus der römisch-katholischen Kirche. Gestorben sind im August in Wien 1669 Menschen. Davon waren 904 männlichen und 765 weiblichen Geschlechtes. In ihrer Wohnung starben 626 und in Anstalten 1043 Personen. Der Wiener Bevölkerung gehörten 1554 an, 115 waren ortsfremd. Die häufigsten Todesursachen waren der Krebs, organische Herzkrankheiten, Lungen- und Kehlkopftuberkulose sowie Gehirnschlag. 32 Todesfälle sind auf epidemische Erkrankungen zurückzuführen. 75 Menschen verübten Selbstmord. 409 Verstorbene waren über 70 Jahre alt.

Wien, am Donnerstag, den 26. September 1929

Erhöhung der städtischen Erhaltungsbeiträge.Ab 1. November 1929.

Der Wiener Gemeinderat hat sich zuletzt im Oktober 1923 und im Juni 1925 mit der Festsetzung der Erhaltungsbeiträge befasst. Im Oktober 1923 wurde die Untergrenze der Erhaltungsbeiträge mit neun Schilling und im Juni 1925 die Obergrenze mit 40 Schilling festgesetzt.

Nunmehr hat der Magistrat eine Vorlage ausgearbeitet, in der eine allgemeine Erhöhung der Erhaltungsbeiträge beantragt wird. Der Magistrat schlägt vor, die Erhaltungsbeiträge von neun, zehn und zwölf Schilling auf sechzehn Schilling zu erhöhen. Gleichzeitig sollen die Erhaltungsbeiträge von vierzehn bis einschliesslich sechsundzwanzig Schilling um je vier Schilling, die Erhaltungsbeiträge von achtundzwanzig Schilling bis einschliesslich sechsunddreissig Schilling um je sechs Schilling und die Erhaltungsbeiträge von achtunddreissig Schilling auf sechsundvierzig Schilling erhöht werden. Die Obergrenze der Erhaltungsbeiträge soll von vierzig auf sechsundfünfzig Schilling festgesetzt werden.

Die Erhöhungen sollen durch die Dienststellen des Magistrates ohne Ansuchen der Partei und ohne Mitwirkung der Fürsorgeinstitute automatisch durchgeführt werden. Die Erhaltungsbeiträge von vierzig Schilling sind ebenfalls ohne Einschreiten der Parteien, jedoch nach Ueberprüfung und Antragstellung durch die zuständigen Fürsorgeinstitute entsprechend zu erhöhen.

Die erhöhten Erhaltungsbeiträge werden zum erstenmal für den Monat November ausbezahlt.

Gegenwärtig beziehen 39.156 Personen einen städtischen Erhaltungsbeitrag. Die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für diese macht ein Jahreserfordernis von rund zweieinhalb Millionen Schilling aus.

Der Magistratsantrag wurde am Mittwoch vom Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen beschlossen. Die Vorlage wird demnächst den Finanzausschuss und sodann den Stadtsenat und Gemeinderat beschäftigen.

Bezirksvertretung Meidling. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Meidling findet am Donnerstag, den 10. Oktober, um 18 Uhr statt.

Wien, am Donnerstag, den 26. September 1929 Zweite Ausgabe

.....

Schweizer Gäste im Rathaus. Ende voriger Woche sind gegen 60 Mitglieder des Bildungsausschusses der Bezirksgruppe Winterthur (Schweiz) sowie eine starke Abordnung der Berner Lehrerschaft in Wien eingetroffen, um die neuen kommunalen Einrichtungen einem eingehenden Studium zu unterziehen. Die Schweizer Lehrer haben vor allem das Studium der Wiener Schulreform in ihr Programm aufgenommen. Zu Ehren der Gäste veranstaltete heute mittag die Stadt Wien im Sitzungssaal des Stadtsenates einen Empfang, bei dem in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Paul Speiser die Gäste auf Wiener Boden herzlich willkommen hiess. Im Namen des Bildungsausschusses dankte Abgeordneter Fuchs (Aarau) für die freundliche Aufnahme, die die Schweizer in Wien gefunden haben. Das Aufbauwerk der Wiener Gemeindeverwaltung, sagte er, hat auf uns einen übermächtigen Eindruck gemacht. Wir können viele wertvolle Anregungen in unsere Heimat mitnehmen und werden dort versuchen, sie nach dem Wiener Vorbild in die Tat umzusetzen. Der Leiter des Berner Schulwesens Gemeinderat Bärtschi übermittelte der Stadt Wien die herzlichsten Grüsse der Stadt Bern. Wir Schweizer, sagte er, stehen voll Bewunderung vor dem arbeitsreichen und gigantischen Aufbauwerk der Gemeinde Wien. Zu diesem gehört vor allem auch die Schulreform. Wir sind als Suchende gekommen und haben in der Wiener Schule die Versuchsschule für die ganze Menschheit gefunden. Die Freiheit der Schule ist ein besonderes Kulturgut, da mit ihr die Demokratie steht und fällt. An dem Empfang nahmen unter anderm Vizebürgermeister Hoss, Stadtschulratspräsident Glöckel und Landtagspräsident Hellmann teil.

.....

Freigabe der Hauptallee für Benzinautomobile. Auf Ansuchen des Wiener Trabrennvereines hat der Magistrat, die Genehmigung des Bundesministeriums für Handel und Verkehr voraussetzend, bewilligt, dass am 29. September und am 6. Oktober die Hauptallee von Benzinautomobilen befahren werden darf. Am 1. Sonntag findet das Rennen um den grossen Preis von Wien und am 2. Sonntag das Graf Kalman Hunyadi Gedenkrennen statt.

.....

Gebühren für die Fleischschau. Für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'77 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in einer Wiener Eisenbahn- oder Schiffstation ein- und ausgeladen werden.

Wien, am Freitag, den 27. September 1929

.....
Unwahre Nachrichten über Reden städtischer Angestellter. Nach dem am 10. August in einem Wiener Blatt erschienen Bericht hat der Löschmeister der städtischen Feuerwehr Uwira in einer Werbeversammlung der Wiener Heimwehr in Ottakring am 9. August eine Rede gehalten, die abfällige und beleidigende Aeusserungen über die Gemeindeverwaltung und insbesondere über die Wiener Feuerwehr enthielt. Uwira hat nun in der Voruntersuchung darüber, ob in dieser Sache ein Verfahren einzuleiten sei, erklärt, dass er bei der Heimwehrversammlung am 9. August die ihm in dieser Zeitung zugeschriebenen Aeusserungen nicht gemacht habe. Er sei stolz, im Feuerwehrdienst zu stehen, und es läge ihm ganz ferne, das Feuerwehrcorps und seine Dienstgeber irgendwie zu beleidigen oder auch nur zu kränken. Daraus ergibt sich, was von den Berichten, die in letzter Zeit in manchen Blättern über abfällige Reden von Gemeindeangestellten über die Gemeinde erschienen sind, zu halten ist.

.....
Die letzten Viehmärkte. Wie die städtische Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der laufenden Woche berichtet, waren sowohl der Rindermarkt als auch der Schweinemarkt stärker beschickt. Auf dem Rindermarkt wurden 1954 Stück Mastvieh und 715 Stück Beinlvieh aufgetrieben. Der Auftrieb in der Berichtswoche war um 129 Stück besser als in der Vorwoche. Die Zufuhren auf den Schweinemarkt betragen 11893 Stück Fleischschweine und 4266 Stück Fettschweine, gegenüber 9408 Stück Fleischschweinen und 4839 Fettschweinen in der Vorwoche. Auf dem Jung- und Stechviehmarkt waren die Zufuhren an Kälbern und Schweinen etwas geringer. Auf dem Rindermarkt trat infolge der besseren Beschickung in der Ia Qualität ein Preisrückgang um fünf bis zehn Groschen ein. Die übrigen Qualitäten wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen verkauft. Den Schweinemarkt belieferten insbesondere Polen und Ungarn stärker, aber auch Rumänien. Entsprechend dem starken Auftrieb gingen die Preise für Fleischschweine um fünfzehn bis zwanzig Groschen zurück, während die Fettschweine, deren Zufuhren etwas geringer waren, zu Vorwochenpreisen verkauft wurden. Auf dem Rindermarkt blieben 10 Stück und auf dem Schweinemarkt 368 Fleisch- und 42 Fettschweine unverkauft.

.....
Gemeindevermittlungsamts Neubau. Die nächsten Sühneverhandlungen im Gemeindevermittlungsamts Neubau finden am 2., 9., 16., 23. und 30. Oktober im Büro des Bezirksvorstehers um 10 Uhr 30 vormittags statt.

Wien, am Freitag, den 27. September 1929 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 27. September 1929

Vizebgm. Hoss eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Die Tagesordnung umfasst zwölf Geschäftsstücke, von denen acht ohne Debatte beschlossen werden. Für den Ausbau des städtischen Krankenhauses in St. Pölten bewilligt der Gemeinderat einen einmaligen Kostenbeitrag von 600 Schilling. Der Verein der Freunde französischer Studien in Wien wird mit tausend Schilling, der Verein zur Unterstützung der Lesehallen des Bezirkseaternverbandes Brigittenau mit 1500 Schilling subventioniert. Der Gemeinderat erteilt die Baubewilligung für die anlässlich der Aufstellung einer Quecksilberdampfgleichrichtergruppe vorzunehmenden baulichen Herstellungen und Abänderungen in dem Gebäude des Unterwerkes der städtischen Elektrizitätswerke in der Neubadgasse 6. Schliesslich werden dann noch einige Abänderungen des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplans ohne Debatte beschlossen.

GR. Hollmann berichtet über die Errichtung einer Benzinzapfstelle im Prater, Lusthausrondeau.

GR. Hörmayer (E.L.) wünscht die nähere Angabe des Ortes, an dem die Benzinzapfstelle errichtet werden soll. Er wendet sich dagegen, dass durch solche Benzinzapfstellen Baulichkeiten oder gärtnerische Anlagen Schaden leiden.

In seinem Schlusswort erwidert der Referent, dass die Benzinzapfstelle hinter das Lusthaus kommt, wo sie nicht im geringsten stört. Im übrigen sind die Benzinzapfstellen ein Erfordernis der Grosstadt.

Der Antrag wird angenommen.

Dann beantwortet Strassenbahndirektor Ingenieur Spängler den in der vorletzten Gemeinderatssitzung von den Gemeinderäten Daffinger und Kollegen eingebrachten Dringlichkeitsantrag betreffend die Strassenbahnunfälle. Er führt zunächst aus, dass die heurige Sommerperiode um 30 Prozent weniger Zusammenstöße zähle, als im Vorjahr. Wir haben in der Sommerperiode insgesamt vier Unfälle zu verzeichnen, bei denen ein Versagen der Bremse schuld war. Dann waren noch zehn Unfälle, bei denen wohl ein Versagen der Bremse behauptet wurde. Die genaueste Untersuchung ergab jedoch, dass dies nicht der Fall war. Der erste Unfall war am 20. Juli auf der Strecke des 36er Wagens, der leider ein Menschenleben forderte. Die Untersuchung ergab einen Fehler der mechanischen Bremse, bei dem ein Verschulden des Revisionsorgans vorliegt. Der zweite Unfall

war der Zusammenstoss auf der Kreuzung Spitalgasse und Alserstrasse. Die Ursache war das Abbrennen eines Kabelschuhs. Das ist ein Fehler, der bei der Einrichtung aufgetreten und nicht vermeidbar ist. Er ist wahrscheinlich auf einen Materialfehler zurückzuführen. Beim dritten Unfall, der sich auf der Kreuzung der Währingerstrasse und Nussdorferstrasse abspielte, war auch ein Fehler der Einrichtung schuld, und zwar ein Kurzschluss des Ankers. Der Fehler ist schon während der Fahrt aufgetreten, so dass eine Sicherung des Motors abbrannte. Der vierte Unfall trug sich auf der Kreuzung der Kaiserstrasse und Lerchenfelderstrasse zu. Der Motor war in Ordnung, der Triebwagen selbst mit den modernsten Fahrschaltern ausgestattet, trotzdem ist ein Ueberbrennen eingetreten, das die Bremse ausgeschaltet hat. Wenn bei der elektrischen Bremse Mängel auftreten, so sind sie zum Teil, so eigenartig es auch klingt, noch immer als Folgen aus der Kriegszeit zu betrachten. Was die Frage der elektrischen Bremse anlangt, so ist diese nach unserer Meinung, und wie es ja auch von den Herren der Minderheit im Ausschuss bestätigt wurde, die beste. Sie hat den Vorteil, dass sie während der Fahrt fortlaufend automatisch überprüft wird. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass sie nur dann angestellt werden kann, wenn der Strom von der Obbleitung vorher abgeschaltet wird. Die Stromabschaltung und die Bremsbetätigung besorgt der Fahrer mit einundderselben Kurbel. Ein weiterer Vorteil der elektrischen Bremse ist, dass ein Feststellen der Räder dauernd nicht stattfinden kann. Das ist auch der Grund, dass das Sandstreuen bei der elektrischen Bremse besser wirkt als bei allen anderen Bremsen. Als Folge dieser Vorteile ergeben sich bei ihr auch die kürzesten Bremswege und so ist die ganze technische Welt der Anschauung, dass sie für den Grosse-Stadtverkehr die beste Bremse ist. Direktor Spängler weist sodann darauf hin, dass die Wagen einer ganzen Reihe sehr gründlicher Revisionen unterzogen werden. Jede Nacht erfolgt eine Durchsicht der Motoren, der Fahrschalter und die genaueste Revision der Handbremsen. Alle sechs Wochen wird der ganze Wagen einer gründlichen Revision unterzogen. Ferner wurde eine fliegende Bremspartie zusammengestellt, die alle Wagen und zwar jeden ungefähr dreimal im Jahr ausschliesslich auf die elektrischen Bremsen untersucht. Darüber hinaus wird jeder Motorwagen nach 80 Kilometer Fahrt, in der Regel nach eineinhalb Jahren einer gründlichen Hauptrevision unterzogen. Ferner wurde eine ganze Reihe von Verbesserungen durchgeführt. Eine Anzahl älterer Motoren wurde durch grössere moderne Motore ersetzt, ebenso eine Anzahl von Fahrschaltern durch grössere und stärkere; es wurde ferner eine Reihe anderer Sicherungseinrichtungen an den Wagen getroffen. Wir haben auch, da sowohl bei der älteren sogenannten Parallelschaltung wie bei der Kreuzschaltung der modernen Motore bei einer Störung nicht immer die volle Bremswirkung erzielt werden kann, eingehende

Versuche gemacht und es ist uns schliesslich gelungen eine Schaltung zu finden, die es in sehr einfacher Weise ermöglicht, dass bei einem Fehler in einem Bremsstromkreis immer die volle hundertprozentige Bremswirkung vorhanden ist. Diese Neuerung wurde das erstemal bei uns erprobt. Wir werden diese Versuche bei einer grösseren Zahl von Wagen fortsetzen und durch diese Neuerung einen bedeutenden Schritt in der Verbesserung der Sicherungsmassnahmen machen. Direktor Spängler gibt schliesslich die Versicherung, dass die Strassenbahndirektion pflichtgemäss alles im Interesse der Betriebssicherheit getan habe und dass sie versuchen wird, durch Studien und Arbeiten die Sicherheit im Strassenbahnbetrieb auf die höchste Stufe technischer Vollendung zu bringen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Daffinger (E.L.) hält der Behauptung des Dir. Spänglers, dass die Unfälle sich nicht vermehrt hätten, gegenüber, dass seit der Einbringung des Dringlichkeitsantrages wieder drei neue Unfälle aufgetreten sind. Es ist dabei ganz gleichgültig ob die Unfälle durch das Versagen von elektrischen Bremsen herbeigeführt wurden oder nicht, wir wollen, dass es überhaupt keine Strassenbahnunfälle mehr gibt. Aus den Aeusserungen des Direktors Spängler geht hervor, dass man erst durch unseren Dringlichkeitsantrag bestimmt wurde, technische Neuerungen zu versuchen. GR. Daffinger wendet sich dagegen, dass Direktor Spängler die in dem Dringlichkeitsantrag erwähnten Unfälle auf der 4ler Linie und am Schottenring bestritten hat und liest die betreffenden Zeitungsnotizen zum Beweise der Richtigkeit dieser Angabe vor. Er bemängelt es ferner, dass Direktor Spängler nur einen ganz kursorischen Bericht über die Unfälle erstattet hat. Es scheint, dass der Strassenbahndirektor mehr weiss, als er berichtet hat. Zehn Jahre nach dem Kriege erzählt man uns noch immer, dass es sich um Kriegsschäden handle. In diesen zehn Jahren hätte man doch, da es sich um die Gefährdung von Gesundheit und Leben handelt, die vorhandenden Schäden beheben und das schlechte Material durch gutes ersetzen müssen. Wir haben schon wiederholt verlangt, dass die Motorkurzschlussbremse, mit der nur einmal gebremst werden kann durch eine wirklich elektrische Bremse mit der fortlaufend gebremst werden kann, ersetzt wird. Intensivere Wagenrevisionen sind erst nach unserer Kritik im Ausschuss durchgeführt worden. Wenn es richtig ist, dass jeder Wagen nach eineinhalb Jahren zur Generalrevision und Generalreparatur kommt, wie ist es dann zu erklären, dass es Wagen gibt, die zehn Jahre lang nicht repariert worden sind. Wir hoffen, dass unser Dringlichkeitsantrag die gute Folge haben wird, dass für die Sicherheit des Publikums mehr getan wird als bis her (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schelz (E.L.) bemerkt, die Beantwortung der in dem Dringlichkeitsantrag gestellten Fragen durch Direktor Spängler war nicht erschöpfend.

Es hätte uns vor allem interessiert zu hören, welche Sachschäden entstanden sind, und welche Entschädigungen an die Verunglückten während der letzten zwei Jahre die Strassenbahndirektion hat bezahlen müssen. Eine der Ursachen der Unfälle liegt im menschlichen Versehen. Da muss man aber fragen, ob diese Versehen nicht darauf zurückzuführen sind, dass die Angestellten überlastet sind und ob nicht namentlich durch die letztverfügten Massnahmen solche Versehen sich häufen werden. Eine weitere Ursache der Unfälle liegt in der Mangelhaftigkeit der Betriebsmittel. Nach elf Jahren leidet die Strassenbahn noch immer an Kriegsschäden. Heute kommt ein Wagen erst nach 7000 bis 8000 Schaltungen zu einer grossen Revision. Die Revisionszeiten sind viel zu lang. Auch der Gleiszustand ist schlecht und deshalb auch die schlechte Bremswirkung. Seitens der Strassenbahndirektion wird nicht das Nötwendige vorgekehrt. Vor drei Jahren ist ein Wagen der 40er Linie davongelaufen, vor eineinhalb Jahren wieder und erst dann hat man sich dazu entschlossen, an der betreffenden Stelle eine Sicherung einzubauen. Heuer ist in Nussdorf wieder ein Wagen davongelaufen. Es ist dies eine Sorglosigkeit der Direktion, die nicht von uns nicht scharf genug kritisiert werden kann. Die Direktion hätte schon lange den ganzen Gleisplan studieren und bei allen gefährlichen Steigungen Sicherungen gegen Unglücksfälle treffen müssen. Unser Dringlichkeitsantrag hat doch gute Wirkungen gehabt, denn seit dieser Zeit denkt doch die Direktion wenigstens über Verbesserungen nach (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Rummelhardt (E.L.) führt aus, dass er dem Versprechen des Strassenbahndirektors, den Strassenbahnbetrieb auf die höchste Stufe der Vollendung zu bringen, nicht glauben kann. Er hätte bis jetzt dem Betrieb schon auf eine höhere Stufe bringen können. Wir haben in Wien den schlechtesten Strassenbahnbetrieb. Es wurde eine Anleihe aufgenommen, für den Betrieb grosse Summen verwandt, aber dennoch müssen wir noch immer heftige Klagen führen. Jeder Fremde bezeichnet den Wiener Strassenbahnverkehr als einen unerhörten Skandal. Ich habe erst vorgestern mit Herrn Stadtrat Kunschak 25 Minuten auf einen H Wagen warten müssen. Das ist in einem ordentlich geführten Betrieb unmöglich. Auch fahren die Wagenführer jetzt durch Haltestellen durch, eine Angelegenheit, die unbedingt abgestellt werden muss. Ein Teil der Strassenbahner trägt noch immer im Dienst das sozialdemokratische Parteiabzeichen. Das ist eine unerhörte Beleidigung des Publikums. Auch ihr Verhalten den Fahrgästen gegenüber ist ebenfalls tadelswert. Sie müssen die Angestellten entsprechend bezahlen, diese jedoch müssen sich so manierlich benehmen, wie es die zivilisierte Welt verlangt. Die Bilanzgelder werden ungleichmässig ausbezahlt. Manchen Angestellten wurde die Remuneration einfach gestrichen. Besonders tadelnswert ist auch die unerhörte Überfüllung, die für die Fahrgäste eine Lebensgefahr bedeutet. Der Strassenbahnverkehr in

Wien ist ein Skandal im Inland und eine Schande gegenüber dem Ausland. (Beifall).

Vizebgm. Emmerling erwidert sodann, auf die Ausführungen der Redner der Minderheit. Ein Bericht, der nach so kurzer Zeit erstattet wird, kann nur ein summarischer sein. Andersfalls könnte der Bericht erst dann erstattet werden, wenn die Untersuchungen vollkommen abgeschlossen sind. Die anderthalbjährige Generalreparatur hat den Zweck festzustellen, ob der Wagen mit seiner Ausrüstung noch im Verkehr seinen Dienst machen kann. Die fliegende Revisionspartie ist schon eine zweijährige Einrichtung. Der H Wagen fährt alle zehn Minuten, im übrigen verkehrt auf der Alserstrasse jede Minute ein Wagen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

ST. R. Speiser berichtet über die Massnahmen betreffend die städtischen Angestellten. Der Verband der städtischen Angestellten ist im April ds. Jahres an die Gemeindeverwaltung mit einer Reihe von Forderungen herangetreten, die sich im wesentlichen auf eine allgemeine Erhöhung der Gehaltsbezüge und auf Wünsche einer Reihe von Angestelltingruppen bezogen haben. Die Verhandlungen nahmen einen längeren Zeitraum in Anspruch, weil das umfangreiche Forderungsprogramm einer eingehenden Beratung und Erörterung unterzogen wurde. Da die Vertreter der Angestelltenschaft das Schwergewicht auf eine allgemeine Bezugserhöhung legten, wurden die Verhandlungen auf dieser Grundlage weitergeführt. Die Gemeindeverwaltung hat in Würdigung der von dem in Betracht kommenden Angestelltingruppen bereits überhommenen Arbeitssteigerungen und im Hinblick darauf, dass die Verbandsvertreter die Mitwirkung der Angestelltenschaft bei der Fortsetzung der in Aussicht genommenen Reformen in den Aemtern, Schulen und Betrieben zugesichert haben, der Forderung nach einer allgemeinen Bezugserhöhung, soweit dies möglich war, Rechnung getragen und die Verhandlungen unter Zurückstellung der Gruppenwünsche mit dem Zugeständnisse der Auszahlung eines 14. Monatsgehältes zum Abschluss gebracht. Weiters ist eine Aufbesserung der Anfangsbezüge der in den Gruppen VIII und IX eingerichteten Bediensteten in Aussicht genommen, die einer gesonderten Beschlussfassung zugeführt werden. Im Zusammenhang mit dem getätigten Abschluss werden die gegenwärtig für die Benützung von Natural- und Dienstwohnungen festgesetzten Gehaltsrücklässe einer entsprechende Erhöhung erfahren, die gleichfalls in einer gesonderten Vorlage behandelt werden wird. Die beantragten Massnahmen, die sich auch auf die Pensionsparteien voll auswirken, sollen am 1. Dezember in Wirksamkeit treten. Die Kosten hiefür betragen jährlich rund 13 1/2 Millionen Schilling (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass mit dieser Vorlage die Bezüge des städtischen Personals um 7'7 Prozent erhöht werden. Wenn die Lage der städtischen Angestelltenschaft erträglich wäre, könnten sie auf die Aufbesserung leichter einige Monate warten. So aber ist diese Wartezeit eine schreckliche Quälerei. Der Abend hat vor zwei Jahren geschrieben, das städtische Bedienstete ein Monatseinkommen von 150 Schilling haben, einzelne Kategorien sogar nur 130 Schilling. In Koch- und Haushaltungsschulen gibt es weibliche Angestellte, die gar nur 65 bis 100 Schilling Monatslohn haben. Das grösste Lügenblatt Oesterreichs hat in diesen Fall wirklich die Wahrheit gesprochen. Der Personalreferent liebt es, bei Gehaltsfragen immer das Tun und Lassen des Bundes zum Vergleich heranzuziehen. Verlangen wir die Valorisierung der Bezüge der städtischen Angestellten, so erklärt er, er könne das dem Bund nicht antun. Vorweisen wir darauf, dass die Kriegsinvaliden beim Bund besser gestellt sind als bei der Gemeinde, erklärt der Personalreferent, er könne nicht alles nachmachen. Unter der christlichsozialen Verwaltung waren die Gemeindeangestellten innerhalb der öffentlichen Angestellten immer besser entlohnt. Das wird jetzt ständig abgebaut. Im letzten Jahr ist eine fünfzehnprozentige Teuerung zu verzeichnen, der bloss eine Bezugserhöhung von 7'7 Prozent gegenübersteht. Die allgemeine Steigerung der Mietzinse macht auch die Lösung der Quartiergeldfrage immer dringender. Der schwerste Schönheitsfehler der Vorlage ist aber die Behandlung der kinderreichen Angestellten. Ich kenne einen städtischen Lehrer, der acht Kinder besitzt und von der Gemeinde monatlich 40 Schilling Kinderzulage bekommt. Er würde beim Bund jährlich 1380 Schilling bekommen. Das ist eine selbstmörderische Schande, die in ganz Europa kein Gegenstück findet. Vorsorgen ist hier weit besser als fürsorgen und die Gemeinde sollte von ihrem Bodenreichtum für kinderreiche Angestellte etwas abgeben. Auch die Pensionisten klagen mit Recht, dass ihnen im Jahre 1927 die allgemeine Stufenvorrückung nicht angerechnet wurde. Wir stimmen nicht gegen die Vorlage, können sie aber auch nicht mit freudigem Herzen begrüssen, weil sie schwere Mängel enthält und die Frucht eines undemokratischen Vorgehens ist. Wiäder wurden alle übrigen Gewerkschaften von den Verhandlungen ausgeschlossen und dagegen protestieren wir auf das allerschärfste (Beifall).

GR. Schlösinger (E.L.) erklärt, dass die Vorlage vom Standpunkt der Lehrerschaft viel zu wünschen übrig lasse. Auch von ihr werde verlangt, dass sie die Bezugserhöhung durch eine vermehrte Leistung kompensiere. Die in ungeheurem Ausmass durchgeführten Umschulungen bedeuten für die Lehrerschaft ein gewaltiges Stück Arbeit. Bei einer Schülerzahl von 36 bis 42 kann von einer Fortsetzung der Schulreform keine Rede mehr sein. Eine grössere Schülerzahl hat früher die Lehrer nicht allzu sehr belastet, weil man andere

Unterrichtsmethoden hatte. Im modernen Schulbetrieb ist die Durchführung der Reform sehr stark abhängig von einer geringen Schülerzahl. Leider nehmen die Umschulungen noch immer kein Ende. So ist erst heute wieder die Schule in der Argentinierstrasse davon betroffen worden. Von der Bezugserhöhung wird leider der grösste Teil der Religionslehrer ausgenommen. Nur die definitiven Bürgerschulkatecheten haben Anrecht auf den 14. Gehalt. Noch heute bekommt ein Religionslehrer an der Volksschule für die Stunde 1 Schilling 21 Groschen und an der Bürgerschule 1 Schilling 52 Groschen. Rednerin beantragt, dass den katholischen Religionslehrern die Remunerationen im Ausmass des 14. Monatsgehaltes erhöht werden. (Beifall).

ST. R. Speiser entgegnet, dass selbst auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigten gewisse Gruppen besser gestellt sind, wie beim Bund. Man kann ruhig sagen, dass im allgemeinen die Bundesangestellten zufrieden wären, wenn sie die Verhältnisse hätten, die bei der Gemeinde herrschen. Es ist unrichtig, dass der amtliche Index eine Teuerung von 15, Prozent ausweist, er zeigt bloss 3,7 Prozent. Auch für die kinderreichen Angestellten sorgt die Gemeinde weit besser als der Bund. Es besteht die Institution der Aushilfen, wobei streng darauf geachtet wird, dass möglichstes Entgegenkommen bewiesen wird. Es wäre aber sehr zweckmässig gewesen, wenn die frühere Verwaltung schon in der Vorkriegszeit besser für die kinderreichen Angestellten gesorgt hätte. ST. Speiser stellt sodann gegenüber der GRtin Schlösinger fest, dass die Durchschnittszahl der Schüler in einer Klasse unter 30 ist und dass nur in manchen Bezirken, wo infolge Wohnhausbauten Mangel an Schulen besteht, die Schülerzahl höher sei, Das wird nach Möglichkeit abgestellt werden. Den Antrag der G. Rtin Schlösinger bittet ST. R. Speiser der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen, indem er darauf hinweist, dass die Katecheten nicht anders als andere Gruppen von städtischen Angestellten behandelt werden sind, die für Nebenleistungen ebenfalls keine Erhöhungen bekommen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen, der Antrag der G. Rtin Schlösinger wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Der Antrag auf eine Subvention von tausend Schilling an das Komitee für die Restaurierung der Gedächtniskirche auf dem Kahlenberg wird angenommen.

Schluss der Sitzung 20 Uhr abends.

.....

Wien, am Sonntag, den 29. September 1929

Bürgermeister Seitz über die verfassungsrechtliche Stellung Wiens.Eröffnung der neuen städtischen Wohnhausanlagen in Ottakring.

Der Arbeiterbezirk Ottakring feierte heute einen besonderen Festtag. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren prächtige Wohnhausanlagen in Ottakring errichtet, darunter den Schuhmeierhof, den Karl Volkerthof und in deren nächster Umgebung einige kleinere Wohnhausbauten, die heute unter der Teilnahme von vielen tausenden Menschen durch Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet wurden.

Die städtischen Wohnhausanlagen und die meisten privaten Miethäuser hatten reichen Festschmuck angelegt. Fahnen in den Farben der Stadt Wien, Transparente und Blumengirlanden schmückten die Häuser. In den grossangelegten Gartenhöfen der Wohnhausanlagen und in den Strassen und Gassen um dieselben staute sich eine vieltausendköpfige Menschenmenge. Die Eröffnungsfeier wuchs dadurch über den Rahmen einer solchen weit hinaus und wurde zu einer der imposantesten Kundmachung für die Wiener Stadtverwaltung.

Die amtsführenden Stadträte Kokrda, Weber und Professor Dr. Tandler, Stadtschulpräsident Glöckel, Altlandeshauptmann Sever, Bezirksvorsteher Pollitzer mit den Mandatären des Bezirkes, viele Nationalräte, Gemeinde- und Bezirksräte erwarteten Ecke Possingergasse und Hasnerstrasse den Bürgermeister, der bei seiner Ankunft stürmisch akklamiert wurde, und geleitet ihn durch ein dichtes Menschengespinn in den Gartenhof des Schuhmeierhofes, in dem die Eröffnungsfeier abgehalten wurde.

Diese wurde von den feierlichen Klängen der Bundeshymne eingeleitet. Dann sang der Volksschor Wien-West das Lied "Empor zum Licht", worauf amtsführender Stadtrat Anton Weber den Bürgermeister und die Festgäste begrüßte. Er schilderte das ungeheure Wohnungseld, unter dem insbesondere die Ottakringer Bevölkerung litt. Der Bezirk hat 50.000 Wohnungen, unter denen sich nicht weniger als 11.000 einräumige Wohnungen befinden. Es war daher eine selbstverständliche Pflicht der Gemeindeverwaltung, dieser drückenden Wohnungsnot durch die Errichtung von vorbildlich hygienischen Volkswohnungen nach besten Kräften abzuhelpen.

Bezirksvorsteher Pollitzer dankte der Stadtverwaltung für die beispiellose Wohnungsfürsorge, die sie der Ottakringer Bevölkerung in den letzten Jahren hat angedeihen lassen. Ottakring hat heute 2794 Gemeindewohnungen. Ausserdem sind noch 300 Wohnungen im Bau begriffen. Die Ottakringer Bevölkerung, sagte er, dankt für diese vorbildlichen Wohnungen und bittet die Gemeindeverwaltung, ihre Wohnbautätigkeit unbeirrt fortzusetzen.

Den Dank der Mieter überbrachte Obmann Berger. Der Schuhmeierhof, sagte er, beherbergt 551 erwachsene Menschen, 102 Knaben und Mädchen und 334 Kleinkinder, von denen 12 in dem prächtigen Bau geboren wurden. Alle Mieter, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, danken aus ganzem Herzen der Gemeinde für die hellen und gesunden Wohnungen.

Dann trat, minutenlang stürmisch begrüßt, Bürgermeister Seitz an das Rednerpult.

"Ich habe gestern in einer Zeitung gelesen, dass ich heute eine grosse politische Rede halten werde. Diese Prophezeiung trifft nicht zu. Ich werde keine grosse Rede halten, denn was immer man heute im Grossen politisch sagen wollte, es wäre ein parteipolitisches Wort. Eine Wohnhauseröffnung ist aber keine Parteiangelegenheit, sondern eine Sache der ganzen Bevölkerung, und der Bürgermeister ist hier kein Parteimann, sondern der Vertreter der ganzen Stadt.

Worüber ich als Bürgermeister allerdings sprechen kann, ist die Bedeutung und die Rechtsstellung der Stadt und des Landes Wien im Rahmen der Bundesrepublik.

In seiner Antrittsrede hat der neue Bundeskanzler das liebenswürdige Wort gesagt, dass alle Bürger der Republik Wien als ihr ideelles Eigentum in Anspruch nehmen. Das ist ein schönes Wort der Solidarität. Wir Wiener greifen es auf und geben es zurück: Der Bürger von Wien nimmt Niederösterreich, den schönen Semmering, Steiermark, Salzburg und Tirol und alle Länder der Republik gleichfalls als ideelles Eigentum in Anspruch, (lebhaft Zustimmung) und wenn man in diesem Geiste der Solidarität an die Neugestaltung der Verfassung geht, dann wird sie ein gutes Werk sein; dann wird sie die Solidarität und Liebe der Länder bekunden, dann wird sie uns alle zu einem reinen Ehebund des gleichen Rechtes und der gleichen Freiheit aller Länder zusammenführen. Nur Gleichheit und Freiheit, freie Hingabe führt zur reinen, zur sittlichen Ehe, Ungleichheit, Hörigkeit und Vergewaltigung schaffen

Zank und Hass, und niemals wird sich Wien in die Rolle der schönen Frau drängen lassen, die ein galanter Ritter mit Phrasen von ihrer Schönheit und Tugend über ihre Rechtlosigkeit hinwegtäuscht. (Stürmischer Beifall).

Die weitgehend föderalistische Verfassung Oesterreichs stammt aus einer Zeit, da man in Wien nur die Stadt des Elends, des Hungers und der Armut sah, die absterbende Stadt. Damals wollte man von Wien möglichst abrücken, um das befürchtete Schicksal Wiens nicht mittragen zu müssen. Nun, es ist anders gekommen! Wien lebt, es lebt neu auf, es entwickelt sich, es gewinnt aus seiner unerschöpflichen Volkskraft neue Impulse. Aus der Stadt des Hofes und des Adels ist in wenigen Jahren eine Stadt der Arbeit geworden. Das alte Scherzwort "Der Weana geht net unter" ist zum Wahrwort geworden: Wien besteht, festgebaut auf dem eisernen Lebenswillen der Wiener und auf ihrer Liebe zur Heimat. (Langer stürmischer Beifall).

Die Zeiten sind also andere geworden und mit ihnen auch die Wünsche nach Gestaltung der Verfassung. Gut, wir Wiener sind nicht rechthaberisch und eigenwillig. Man möge uns vorschlagen, wie man die Rechte des Bundes gegenüber den Ländern und die Rechte der Länder gegeneinander gestalten will, und man wird uns immer bereit finden, auf jeden vernünftigen Vorschlag einzugehen. Aber was immer man will, ein Grundsatz ist unerschütterlich: Der Grundsatz des gleichen Rechtes! (Begeisterte Zustimmung).

Das Prinzip der Rechtsgleichheit wird mit allen Mitteln verteidigt werden und Schmach dem Wiener, der im Kampf um das Recht seines Heimatlandes zum Verräter würde. In reiner Ehe wollen wir verbunden sein mit der Republik. Wenn der Nationalrat in Wien tagt, so ist und das Ehre, vielleicht auch Gewinn. Aber wir Wiener sind kein Volk, das einen Gewinn unter Preisgabe seiner Rechte, das heisst seiner Ehre einheimen will, das wäre keine Ehe, das wäre Prostitution. (Lebhafter Beifall).

Wien bedarf seiner finanziellen Mittel zum Aufbau der Stadt. Trotzdem sind wir bereit, im Gefühl der Solidarität aus den Mitteln der Stadt beizutragen zum Wohle des Bundes, zum Wohle der Länder. Die Wiener werden auch hier keinen kleinlichen egoistischen, geizigen Sinn, keine bornierte Bodenständigkeit, sondern ihre Grosszügigkeit, ihr Pflichtgefühl beweisen. Alles, was in dieser Stadt schafft, weiss, dass Wien bei der Abgabenteilung nicht feilschen, sondern grosszügig sein wird, wie es immer war. Aber alles, was in Wien schafft, Industrie, Handel, Gewerbe und die Arbeiterschaft, hat die Pflicht, darauf zu achten, dass diese Grossmut nicht missbraucht werde, dass noch Mittel zum Aufbau der Stadt erhalten bleiben, ohne dass der Steuerdruck ungleich schwerer wird als in anderen Ländern! (Langanhaltende Zustimmung).

Dann kommt der Bürgermeister auf Schuhmeier zu sprechen, dessen Namen die neue Wohnhausanlage trägt. Er gedenkt dieses Mannes aus dem Volk, des Arbeiters Schuhmeier in der Fabrik und zieht zwischen den damaligen und den heutigen Ottakringer Verhältnissen einen Vergleich. Er schildert die damaligen elenden Wohnungsverhältnisse, die Not in den Arbeiterfamilien, die Not und den Hunger der Arbeiterkinder, die sich in den Schulpausen zu 40 und 50 um die Lehrer jeder Klasse drängten, um eine der vier, fünf zur Verteilung gelangenden Speisemarken zu bekommen und mit einem Teller Gemüse ihren Hunger stillen zu können. Der Bürgermeister schilderte die Zeit, da die Staatsgewalt der Monarchie die erwachende Arbeiterbewegung niederzuhalten versuchte mit dem Ausnahmezustand, mit allen Verfolgungen und Waffengewalten der damaligen Zeit. "Aber", schliesst Bürgermeister Seitz, "alles das hat nichts genützt. Stärker als alle Gewalten des § 14, stärker als die Gewehre, Haubitzen und Säbel der Monarchie war der neue Gedanke, den Schuhmeier und seine Freunde unter die Arbeiter Ottakrings getragen haben. Ihnen muss die heutige Generation den Aufbau der Stadt danken, die Schule mit ihren sozialen Einrichtungen der Schülernausspeisungen, der Schulzahlkliniken, der Kinderfürsorge. Dieser Fortschritt in der Verwaltung von 1889 bis 1929 ist mehr als der gewöhnliche natürliche Fortschritt in Zivilisation und Kultur, er ist eine ungeheure Leistung, die nur unter der Gunst der Zeit, nur durch das verständnisvolle Zusammenwirken aller vollbracht werden konnte im Geiste Schuhmeiers, dessen Name der Wohnbau trägt.

Nicht als Parteimann, nicht von den Zinnen der Partei, sondern als Bürgermeister, als Vertreter der gesamten Interessen des Volkes dieser Stadt sage ich: Helfen wir alle zusammen, um Wien eine bessere Zukunft zu bauen. Wären wir unser Recht für uns und für unsere Kinder, auf dass in gesunden Wohnungen, in guten Schulen, betreut von einer guten Fürsorge die Jugend heranwachsen zu einem glücklichen Geschlecht. In diesem Sinne sei der Schuhmeierhof eröffnet! (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall und begeisterte Zurufe).

Dann überreichte ein kleines Mädchen dem Bürgermeister mit einigen Versen einen Blumenstrauss. Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten sodann den Schuhmeierhof, das Schuhmeierdenkmal und den Kindergarten. Dann wurden die neuen Wohnhausbauten Thalheimergasse 44 und 36, Brüsslgasse 34 und 35 sowie der Karl Volkerthof besichtigt. In den Wohnhausanlagen begrüsst die Mieterobmänner den Bürgermeister, der an die Parteien unter begeistertem Jubel kurze Ansprachen hielt. Auf dem Rundgang durch die Strassen Ottakrings bereitete die vieltausendköpfige Menschenmenge dem Bürgermeister wiederholt stürmische Ovationen.

Wien, am Montag, den 30. September 1929

Die städtischen Steuerermässigungen im Finanzausschuss. Der städtische Finanzausschuss hat heute die Gesetze wegen der Begünstigungen bei der Fremdenzimmerabgabe, Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, Lustbarkeitsabgabe, Fürsorgeabgabe, Automobilabgabe, Inseraten- und Plakatabgabe beraten und ebenso das Gesetz über die neue Bodenwertabgabe von unverbautem Grund. Bezüglich der Bodenwertabgabe führte Stadtrat Breitner aus, dass die Grundsteuer in Wien wesentlich niedriger sei, als in den anderen Bundesländern, insbesondere wenn man, was ja notwendig sei, alle Zuschläge berücksichtige, die dort noch eingehoben werden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet wäre eine ausnahmslose Bodenwertabgabe in Wien durchaus zulässig. Im Hinblick auf die ungünstige Lage der Landwirtschaft und des Weinbaues soll aber davon abgesehen werden. Es wird daher der Antrag gestellt, alle jene Grundflächen, die land- und forstwirtschaftlich oder zier- und handlungsgärtnerisch benützt werden, von der Steuerleistung auszunehmen. Die gleiche Begünstigung soll den Kleingärten zugute kommen, wobei der Beschluss des Gemeinderates vom 11. Mai 1928 als Richtlinie zu dienen hat. Dort heisst es im § 1 der Kleingartenordnung für Wien, dass als Kleingärten kleine Grundstücke oder Grundstücke zu gelten haben, die ohne Heranziehung besonders entlehnter und familienfremder Arbeitskräfte und ohne gewerbemässige Verwertung der Bodenprodukte vom Eigentümer oder Pächter des Grundes selbst (Kleingärtner) gärtnerisch bewirtschaftet werden. Diese Befreiung gilt für Kleingärten mit keinem grösseren Ausmass als 400 Quadratmeter. Im Gesetz über die Bodenwertabgabe fällt ferner jene Bestimmung fort, wonach bei Steigerung der Ausgaben für den Kleinrentnerfond automatisch eine Erhöhung des Abgabesatzes einzutreten hat, wenn, was heute noch nicht überblickt werden kann, die Gemeinde auf Grund des Bundesgesetzes zu höheren Beitragsleistungen für die Kleinrentner herangezogen werden wird, so soll in diesem Zeitpunkt für die Bedeckung vorgesorgt werden. Eine sehr wesentliche Verbesserung beantragt der Finanzreferent bei der Fremdenzimmerabgabe. Nach dem bisherigen Entwurf sollte ein Viertel der normalen Abgabe als Ermässigung ohne irgendeinen Zwang zu Investitionen in Wegfall kommen. Darüber hinaus wird nun den Hotels, Pensionen und Sanatorien das Recht eingeräumt werden, ein weiteres Achtel der Fremdenzimmerabgabe in den Jahren 1930 und 1931 zurückzubehalten. Doch wird daran die Bedingung geknüpft, dass dieser Teil für Investitionen im Sinne des seinerzeitigen Gesetzes verwendet werden muss. Eine Zuschussleistung aus eigenen Mitteln wird nicht vorgeschrieben. Von der sodann noch

verbleibenden Fremdenzimmerabgabe wird die Gemeinde ein volles Fünftel für die Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs widmen. Bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe erfahren die Buschenschänker eine besondere Berücksichtigung. Da bei ihnen der Ausschank sich nicht in eigenen Lokalen, sondern eigentlich in den Wohnräumen abspielt, hätten die Investitionen keinen geschäftlichen Charakter. Hingegen sind die Buschenschänker als Weinbauer in ungünstiger Lage und es wird ihnen nun das Recht gegeben, den Nachlass von zwanzig Prozent ihrer Abgabe zu Verbesserungen in ihren Weingärten zu verwenden. In der Generaldebatte führten die Redner der Minderheit aus, dass die in Aussicht genommenen Steuerermässigungen vollständig unzulänglich sind. Die Verpflichtung zu Investitionen ist ein Eingriff in das Wirtschaftsleben, der der Steuerbehörde nicht zusteht. Die Bestimmung, wonach die Landesregierung ermächtigt wird, die Ermässigungen aufzuheben, wenn nach ihrem Ermessen durch Abänderung des Finanzverfassungsgesetzes oder des Abgabenteilungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen der Bundeshauptstadt Wien geschmälert oder ihr neue Lasten auferlegt werden, ist aus allen Vorlagen unbedingt zu streichen. In der Spezialdebatte stellte GR. Zimmerl bezüglich der Lustbarkeitsabgabe den Antrag, die Veranstaltungen ohne Rücksicht auf ihre Dauer gleich zu halten und die Ansätze sowohl der Prozentual- als auch der Pauschalabgabe auf die Hälfte herabzusetzen. Bezüglich der Anzeigenabgabe beantragt GR. Zimmerl, die Ansätze ebenfalls auf die Hälfte herabzusetzen. In der Vorlage betreffend die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe sind alle Bestimmungen über die Investitionsverpflichtung zu streichen. Ferner ist der Nachlass nicht mit zwanzig, sondern mit fünfzig Prozent festzusetzen. Die Fremdenzimmerabgabe ist mit 1. Jänner 1930 ausser Kraft zu setzen. Bezüglich der Ankündigungsabgabe beantragte GR. Zimmerl die Streichung der Bestimmung, wonach der Magistrat die Bemessungsgrundlage durch Vergleich mit Entgelten für ähnliche Ankündigungen festsetzen soll, wenn das veranschlagte Entgelt nicht den ortsüblichen Preisen entspricht. Schliesslich beantragte GR. Zimmerl für alle Vorlagen die Streichung der Bestimmung, wonach die Landesregierung ermächtigt wird, die Ermässigung aufzuheben, wenn nach ihrem Ermessen durch Abänderung des Finanzverfassungsgesetzes oder des Abgabenteilungsgesetzes oder durch ein anderes Bundesgesetz die Einnahmen der Bundeshauptstadt Wien geschmälert oder ihr neue Lasten auferlegt werden. Der Antrag des St. R. Kunschak, private Gärten, die öffentlich zugänglich sind, von der Bodenwertabgabe zu befreien, ins solange sie öffentlich zugänglich bleiben, wurde angenommen. Somit wurden alle Steuerermässigungsgesetze und das Bodenwertabgabengesetz vom Finanzausschuss beschlossen.